„Kinder brauchen Zukunft – für ein Europa ohne Armut!“

Dokumentation des Europäischen
ExpertInnentreffens
vom 14. November 2008,
Berlin

AGF | Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

INHALT

Begrüßung
Elisabeth Bußmann, Berlin 3

Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in der EU
Dominic Richardson, Paris 7

Methoden der Armutsberichterstattung in Europa
Irena Topińska, Warschau 19

Anregungen für ein europäisches Positionspapier
Jana Hainsworth, Brüssel 30

Impulse und Diskussionen aus den Workshops

Workshop I: Bildung 35

Workshop II: Teilhabe 39

Workshop III: Beschäftigung und Einkommen 42

Workshop IV: Soziale Sicherung und Transferleistungen 45

Podiumsdiskussion: Eine gemeinsame Anti-Armutsstrategie für Europa – Utopie oder realistische Chance?
Moderator: Eric Marlier, Luxemburg 47

Schlussplädoyer: Kinder brauchen Zukunft!
Kajsa Dahlström, Stockholm 63

Fazit und Ausblick auf die Fachtagung 2009
Peggi Liebisch, Berlin 68

Liste der Referentinnen und Referenten
71

Begrüßung

Elisabeth Bußmann
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., Berlin

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe TeilnehmerInnen der Fachtagung, Ihnen und uns allen zunächst einen guten Tag, ein herzliches Willkommen. Ich darf Sie im Namen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen sehr herzlich begrüßen. Wir freuen uns, dass Sie den Weg aus Europa hierher angetreten haben, um zusammen mit der AGF, der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, diese europäische Fachkonferenz „Kinder brauchen Zukunft - für ein Europa ohne Armut“ zu bestreiten. Ganz besonders begrüßen möchte ich bei diesem Treffen von Expertinnen und Experten unsere Gäste aus Belgien, Frankreich, Spanien, dem Großherzogtum Luxemburg, Schweden und dem Vereinigten Königreich.

Wir - die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen - befassen uns schon seit längerer Zeit mit dem drängenden und umfassenden Problem der Kinderarmut. Etwa 2,5 Millionen und damit mehr als 17 Prozent aller Kinder in Deutschland sind in einem der reichsten Länder der Erde armutsgefährdet oder leben bereits in Armut. Besonders betroffen sind Kinder aus Einelternfamilien, aus Mehrkindfamilien und Familien mit Migrationshintergrund.

Kinderarmut ist Familienarmut. Es gibt keine armen Kinder ohne arme Familien. Die Ursachen, Zusammenhänge und Folgen sind bekannt. Zunehmende Kinderarmut in Deutschland ist begründet in fehlenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, durch Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten des deutschen Steuer- und Abgabensystems. Und der Beitrag, den Eltern durch ihre Leistung, durch Erziehung, Betreuung und Bildung für ihre Kinder und damit auch für die Zukunft einer Gesellschaft leisten, bleibt weitestgehend unberücksichtigt. In Deutschland ist diese Armutssituation von Kindern ein strukturelles Problem und in der AGF bewerten wir das auch als Skandal. Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen hat bislang in ihrer verbandspolitischen Arbeit die fehlenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die unzureichenden staatlichen Transferleistungen und auch die Ungerechtigkeiten im deutschen Steuer- und Abgabensystem kritisiert und immer wieder in Pressemitteilungen, Stellungnahmen, Positionspapieren, bei Anhörungen und im Rahmen von Fachkonferenzen darauf hingewiesen, der politischen und allgemeinen Öffentlichkeit vorgestellt und diese Situation kritisch angemerkt. Die Fachtagung unserer Arbeitsgemeinschaft „Kinderarmut – eine strukturelle Herausforderung“ im November vergangenen Jahres stellte diese ungerechten Strukturen in den Mittelpunkt und hat auch Lösungsvorschläge erarbeitet.

Die heutige Fachkonferenz ist eine Fortführung dieser Tagung und stellt die Problematik der Kinderarmut in einen europäischen Kontext.
Nach den offiziellen Daten der EU leben in Europa derzeit 78 Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Entsprechend der Definition des Armutsbegriffes stehen Ihnen damit weniger als 60 Prozent des jeweiligen nationalen Medianeinkommens zur Verfügung.
Besonders hoch ist das Armutsrisiko bei Kindern. In fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind Kinder deutlich häufiger als andere Gruppen von Armut betroffen. Während durchschnittlich etwa 16 Prozent aller EU-Bürger als arm gelten, leben europaweit rund 19 Prozent der Kinder in Armut, das sind 19 Millionen Kinder.
Die tatsächliche Dimension der Kinderarmut fällt in den einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch äußerst unterschiedlich aus. Nach dem „Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008“ der Europäischen Union liegt die Risikoquote für Kinderarmut in den am stärksten betroffenen Ländern bei nahezu 30 Prozent.
Trotz der generellen Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt nimmt auch die Zahl der von Armut betroffenen Kinder nach diesem Bericht weiter zu. Angesichts der aktuellen weltweiten Finanz- und zunehmenden Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt wir schon jetzt spüren und die nach Einschätzung von ExpertInnen noch weiter zunehmen wird, lässt sich bereits erahnen, welche Folgen dies für die Armut in Europa und insbesondere für die Kinder haben wird.
Armut ist eben auch Einkommensarmut. Ein sicherer Arbeitsplatz und ein ausreichendes Erwerbsarbeitseinkommen sowie eine gerechte Familienförderung sind wesentlicher Schutz vor Armut.
Gemäß dem genannten Bericht der Europäischen Union über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008 beträgt der Anteil armutsgefährdeter Kinder 25 Prozent, wenn nur ein Elternteil erwerbstätig ist, gegenüber 7 Prozent, wenn beide Eltern berufstätig sind. Weitere Risikofaktoren sind - in Verbindung mit niedriger Erwerbsintensität - das Leben mit nur einem Elternteil oder in einer großen Familie. In Deutschland kommt noch hinzu, dass Familien mit Migrationshintergrund zu der von Armut am stärksten betroffenen Gruppe gehören.
Deswegen freuen wir uns als Veranstalter dieser Fachtagung, dass wir in den Vorträgen und in den Workshop-Gruppen auch von den Darstellungen und den Erfahrungen der ReferentInnen aus den Mitgliedsländern profitieren können, um unser Wissen über die Armutssituation von Kindern und von Familien in Europa zu vertiefen.
Armut bedeutet für Kinder und deren Familien nicht nur ein unterdurchschnittliches monatliches Einkommen und die Abhängigkeit von eher niedrigen staatlichen Transferleistungen. Armut bedeutet auch Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe. Armut heißt, dass der Zugang zu einer angemessenen Bildung, zu ausreichendem Wohnraum begrenzt ist. Armut verschlechtert zunehmend auch die Chancen auf dem Ausbildungs- und

Arbeitsmarkt und hat natürlich auch Auswirkungen auf die Gesundheit sowie auf das psychische Wohlergehen der Betroffenen. Armut erschwert somit Kindern eine eigenverantwortlich gestaltete Zukunft. Ihnen werden durch die materiellen und ideellen Benachteiligungen entscheidende Entwicklungschancen für die Zukunft genommen. Eine freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ist unter diesen Umständen oft gar nicht möglich.

Dieser eingeschränkte oder zum Teil auch fehlende Zugang zu elementaren gesellschaftlichen Versorgungsbereichen verletzt die grundlegenden Rechte der Kinder, wie sie etwa 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet worden und in der Kinderrechtskonvention niedergelegt sind. Auch die europäischen Staaten haben diese Konvention ratifiziert und damit die dort formulierten Rechte der Kinder auf Gesundheitsversorgung, Bildung, gesunde Ernährung, angemessenes Wohnen anerkannt. Die Lebensbedingungen der von Armut betroffenen Kinder in Europa stehen jedoch oft im Widerspruch zu diesen Grundrechten. Die hier nur skizzenhaft angedeuteten Folgen von Armut werden wir heute in den Referaten, Diskussions- und Workshop-Gruppen weiter vertiefen und ergänzen.

Kinderarmut resultiert aus einer komplexen Wechselwirkung verschiedener Faktoren. Genau so vielfältig wie die Ursachen sind, müssen auch die Maßnahmen und die Programme zur Vermeidung und zur Bekämpfung von Kinderarmut sein. Es wird darum gehen, verschiedene Lösungsansätze, verschiedene Strategien zu kombinieren, die dann dazu führen, dass Eltern Zugang zu Beschäftigung haben, dass ihr Verbleiben im Erwerbsarbeitsleben während der Familienphase oder nach der Unterbrechung gesichert ist. Und da kann nur ein ausgewogener Mix die Antwort sein, der mit angemessenen finanziellen Mitteln die Lösungsansätze unterstreicht.

Wenn Kinder arm sind, dann sind sie es im Allgemeinen, weil sie in einem armen Haushalt leben. Die materielle Lage der Kinder zu verbessern bedeutet, dass Familien wegen ihrer Familienleistung entlastet werden müssen, dass Familienleistungen entsprechend finanziell anzuerkennen sind und es bedeutet auch, dass eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit notwendig ist. In Deutschland führen wir eine weitere wichtige Begründung an: wir brauchen mehr und vor allen Dingen auch qualitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, damit es auch eine bessere Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit gibt.

Wir stellen zurzeit fest, dass quer durch ganz Europa die Vermeidung und Bekämpfung der Armutssituation an politischer Bedeutung gewinnt. Deshalb hat die Europäische Kommission das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ernannt. Damit verbunden ist das Ziel, die Öffentlichkeit für das Problem der Kinderarmut und der Armutssituation von Familien zu sensibilisieren und die Armutsquoten in Europa deutlich zu senken.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen plant im Jahr 2009 eine weitere Fachkonferenz zu dieser Thematik unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern europäischer Institutionen und Organisationen wie das Europäische Parlament und die Europäische Kommission.

In Vorbereitung dieser Konferenz soll die diesjährige Veranstaltung die Grundlagen für eine intensive Beschäftigung mit der Armutssituation von Kindern in der EU sowie für eine kritische Diskussion der bisherigen Bewältigungsstrategien auf europäischer Ebene schaffen. Unser Ziel ist es, mit einer gemeinsam entwickelten Strategie Kinderarmut in den europäischen Ländern wirksam und nachhaltig zu bekämpfen und langfristig zu vermeiden. Wir möchten als Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen dafür werben, dass wir dieses Problem der Kinderarmut gemeinsam angehen und damit auch sichern, dass es faire und chancenreiche Lebensbedingungen und Lebensperspektiven für Kinder und Familien in Europa gibt. Kinder und Familien, das ist das soziale Kapital unseres gemeinsamen Hauses Europa! Deswegen die eindringliche Bitte an die heutige Fachtagung: Lassen Sie uns mit der heutigen Tagung das gemeinsame Haus Europa sozial unterfüttern, die Fundamente dafür schaffen, dass Kinder und Familien in Europa eine lebenswerte Zukunft haben.

Herzlichen Dank, dass Sie uns heute mit Ihrer Zeit und mit Ihrer Kompetenz bei dem Anliegen unterstützen, für die Kinder in Europa eine sichere und gerechte Zukunft zu schaffen. Dem Dank schließe ich auch einen Blick zu den DolmetscherInnen an: Vielen Dank für die Übersetzung, mit der Sie uns heute helfen, dass wir uns in Europa sprachlich besser verstehen können. Herzlichen Dank auch an Herrn Schäfer und an das Team der Geschäftsstelle, dass Sie diese Tagung mit Ihrer eigenen Kompetenz so vorbereitet haben, dass wir heute miteinander über den richtigen Weg für das soziale Haus Europa beraten können und hoffentlich auch Entscheidungen treffen. Danke schön!

Kinderarmut und soziale Ausgrenzung in der EU

Dominic John Richardson
Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, Paris

---

Zuerst einmal recht herzlichen Dank dafür, dass Sie mich eingeladen haben, hier einen Vortrag zu halten. Meine Organisation, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, freut sich sehr darüber. Ich habe 45 Minuten Redezeit erhalten und ich möchte über Kinderarmut in Europa sprechen.

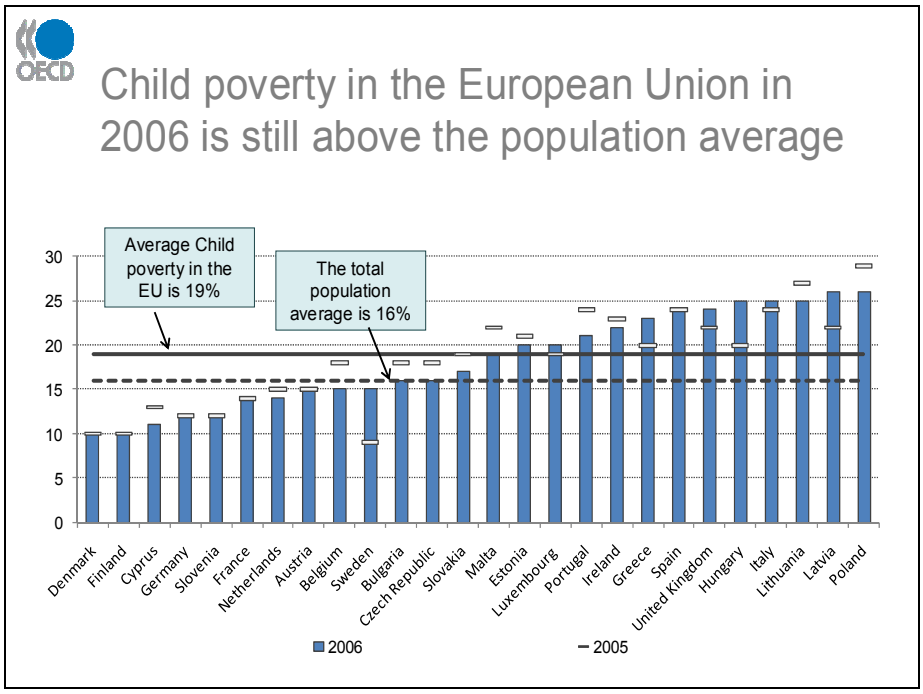
Ich habe den Bericht der Europäischen Kommission zur Kinderarmut und zum Wohlergehen von Kindern in der EU gelesen und muss sagen, er ist wirklich sehr interessant und sehr informativ. Es werden dort die unterschiedlichen Ausprägungen der Kinderarmut beschrieben und Ansätze für das weitere Vorgehen genannt. Man erhält dabei sehr wertvolle Informationen, die mich allerdings auch etwas erschreckt haben. In diesem Bericht steht, dass die Armutsrate für Familien mit zwei Kindern, in denen beide Elternteile Vollzeit arbeiten, unter 5 Prozent liegt. Wenn wir darüber nachdenken, dann stellt sich doch die Frage: Können wir das Problem der Kinderarmut vielleicht schon dadurch lösen, dass wir die Eltern ermutigen, zusammenzubleiben, zu arbeiten und nicht mehr als ein oder zwei Kinder zu bekommen? Ist die Antwort einfach eine demografische, erwerbsorientierte? Natürlich nicht, das wäre ein Eingriff in private Entscheidungen! Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Kinderarmut anders senken können. Fünf Prozent Kinderarmut, wäre das denn grundsätzlich eine akzeptable Sache? Können wir überhaupt Kinderarmut tolerieren und wenn ja, in welcher Höhe? Fünf Prozent, zehn Prozent? Momentan liegt die Armutsrate von Kindern in Europa deutlich höher, wie Sie wissen.

Ich würde sagen, wir dürfen überhaupt keine Kinderarmut haben. Es muss gleiche Chancen für alle Kinder geben, sie müssen alle in der Lage sein, ohne Armut aufzuwachsen. Es gibt gute politische Argumente, die wir dabei anführen können und die wir den PolitikerInnen mit auf den Weg geben sollten: Es ist wichtig, Kinderarmut zu beseitigen, weil man so auf lange Sicht Geld spart. Die Kinderarmutsrate zu senken ist eine sehr sinnvolle und wichtige Sache für die Entwicklung der Gesellschaft.

Ich möchte mit einigen zentralen Botschaften beginnen, eine Art Schlussfolgerung zuerst: Wie Sie wissen, beträgt die Kinderarmut in Europa 19 Prozent. Das war der Fall in 2005 und in 2006 und das ist bei weitem zu hoch. Das ist auch nicht fair gegenüber den Kindern. Zweitens würde ich sagen, die Bekämpfung der Kinderarmut ist wichtig, aber Armut ist nicht der einzige Faktor im Leben der Kinder, der ihr glückliches Aufwachsen und ihre Leistungsfähigkeit einschränkt. Wir müssen die Kinder dazu befähigen, dass sie in der Lage sind, Leistungen zu erzielen. Später in dieser Präsentation werde ich Ihnen dazu auch einige

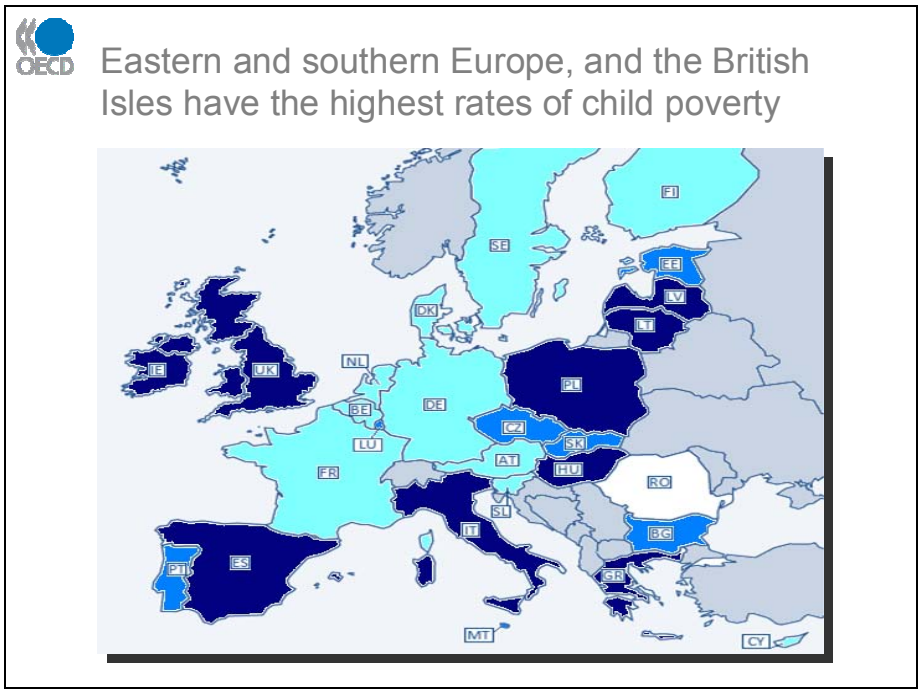
Zahlen und Messungen vortragen. Die dritte Sache ist: Ich glaube, wir sollten uns einmal mehr mit der Armut beschäftigen, wir sollten viel genauer sowohl auf die soziale Ausgrenzung als auch auf das Kindeswohl schauen, aber wir verfügen nicht wirklich über die Daten und die Instrumente, um das zu tun. Es gibt vielfältige Anstrengungen, um die Armut von Kindern zu messen. Aber ich würde sagen, wenn wir über die europäische Ebene sprechen, dann verfügen wir nicht wirklich über die notwendigen empirischen Zahlen, um daraus abzuleiten, wie man dieser Armut und der sozialen Ausgrenzung am besten entgegentritt. Das gilt nicht nur für Kinder im Allgemeinen. Es gibt besondere Kindheitsstadien, es fehlen genaue länderübergreifende Daten darüber, wie Kinder durch bestimmte soziale Dienstleistungen im Schulalter gefördert werden oder wie die gesundheitliche Fürsorge bei Kleinkindern gehandhabt wird. Man muss sich mit diesen Phasen einzeln beschäftigen, um zu erfahren, warum die Kinder eben nicht die Leistungen erhalten, um sich entsprechend zu entwickeln. Neue Daten über das Wohlergehen von Kindern sind daher notwendig, um die Bemühungen zur Reduzierung der Kinderarmut und der sozialen Ausgrenzung von Kindern zu komplettieren.

Es gibt eine ganze Reihe von sehr überzeugenden Argumenten, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Sie wissen das alles, aber es ist wirklich wichtig und lohnenswert, das zu benennen. Die Kinderarmutsrate variiert stark zwischen den Staaten Europas. Sie hängt ab von der Familienstruktur und sie weist auch Unterschiede auf hinsichtlich des Alters der betroffenen Kinder. Wie es in dem eingangs erwähnten europäischen Bericht im Detail erklärt wurde, hängt die Kinderarmutsrate auch mit der Arbeitslosigkeit der Eltern zusammen, mit dem herrschenden System der Sozialleistungen, damit, dass bestimmte Gruppen, die geringere Löhne erhalten, häufig trotz Arbeit armutsgefährdet sind. All dies beeinflusst die Höhe der Kinderarmut.



Sie sehen hier einmal die Armutsrate im Jahr 2005, die blauen Säulen stehen für 2006. Was hier bemerkenswert ist: dass in den meisten Fällen eine Verschiebung nach unten stattfindet. In Schweden allerdings gab es bisher gute Ergebnisse in der Vergangenheit, aber dort ist die Kinderarmut angestiegen. Auch in Großbritannien ist die Armutsrate von Kindern wieder gestiegen. Auf dieser Karte sehen Sie auch, wie hoch der Durchschnittswert der Kinderarmut in der EU insgesamt liegt.

Ich habe für meinen Vortrag einige Landkarten zusammengestellt, weil ich glaube, es könnte ganz interessant sein, wenn wir uns einige geografische Strukturen der Lebenssituation von Kindern anschauen: Was passiert hinsichtlich der Geografie? Gibt es spezielle Armutsregionen, wo die Kinder besonders schlecht gestellt sind? Ich habe die Brisanz der Armutssituation jeweils farblich gekennzeichnet: Dunkelblau sind die Länder mit einem großen Armutsproblem und Hellblau die Länder, die sich gut entwickeln. Die Zuordnung erfolgt aufgrund der Durchschnittswerte.



Wie Sie sehen können, verläuft die Trennlinie um die Britischen Inseln, südlich von Finnland und südwestlich von Frankreich. Die relative Kinderarmut in den mittleren, kontinentaleuropäischen Ländern ist vergleichsweise gering. Wenn man dagegen auf das Baltikum und nach Südeuropa schaut, ist die Kinderarmut dort hoch.

Bevor wir diese Ergebnisse nach verschiedenen Familienarten aufschlüsseln, schauen wir uns erst einmal die Kinderarmut entsprechend des Alters an. In der Literatur und in vielen Statistiken werden die Kinder als eine einheitliche Gruppe betrachtet. Die OECD hat verschiedene andere Unterteilungen vorgenommen, weil es besser ist, wenn man Kinderarmut in bestimmten Altersgruppen untersucht.

The youngest children in Europe are most likely to be the poorest children

0-5 years	6-14 years	15-17 years
Austria, Belgium, Bulgaria, Cyprus, Denmark, Estonia, Finland, France, Hungary, Luxembourg, Malta, Netherlands, Slovenia, Sweden, United Kingdom	Czech Republic, Germany, Greece, Ireland, Italy, Poland, Spain, Slovakia.	Greece, Latvia, Lithuania, Portugal.

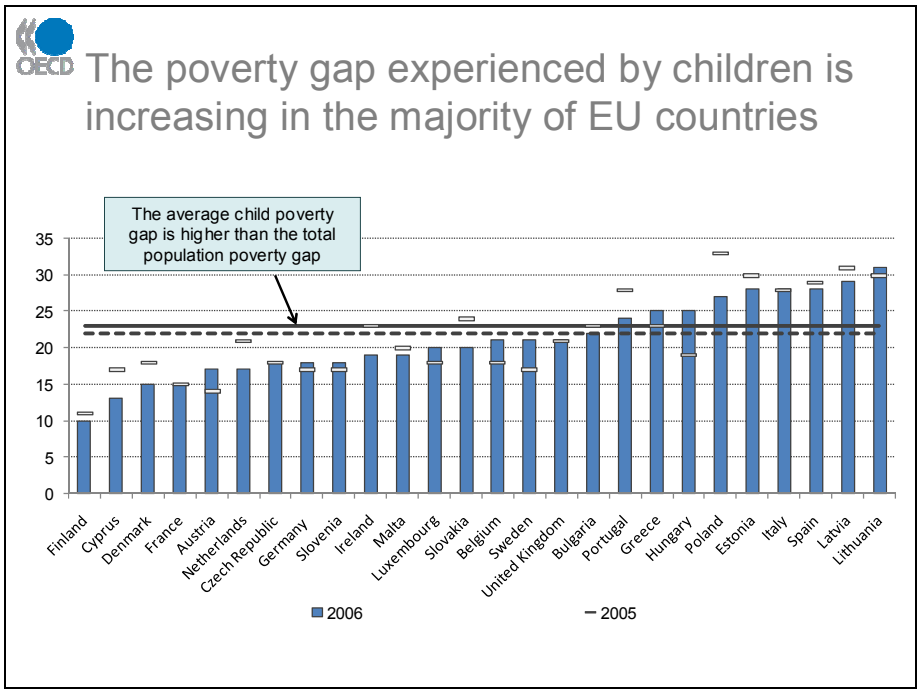
Calculations from EU SILC 2005 data.

Underlined countries have rates at least 3 points higher than for children overall.

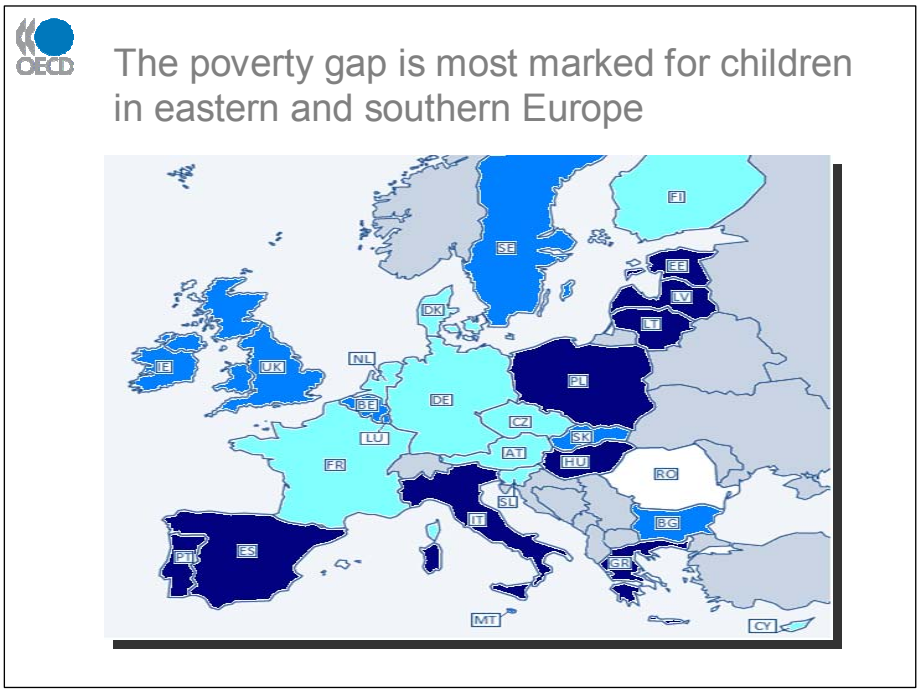
Sie sehen, in den meisten Ländern sind die ärmsten Kinder die jüngsten Kinder. In den Ländern, die unterstrichen sind, liegt die Kinderarmut in dieser Altersgruppe mindestens drei Prozent höher als für Kinder insgesamt, wie z.B. in Großbritannien. Das ist ein Problem, das berücksichtigt werden muss, wenn es darum geht, Maßnahmen gegen Kinderarmut zu entwickeln. Es ist wichtig für deren Wirksamkeit, für deren Effektivität. Als Forscher und Praktiker haben wir nach meiner Einschätzung die Pflicht, solche Sachverhalte nicht nur darzustellen, sondern auch mit PolitikerInnen darüber zu sprechen und ihnen zu sagen, dass sie Verantwortung tragen für verbesserte Lebenschancen für die Kinder, dass sie entsprechende, wirksame Maßnahmen einleiten müssen. Und Wirksamkeit bedeutet, die Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen der Kinder so gering wie möglich zu halten. Es geht auch darum, eine bestimmte Qualität der Lebensbedingungen zu entwickeln. Zweifellos hat die eine Familie weniger Geld, die andere hat mehr. In der Schule zum Beispiel spürt man das, den Kindern aus ärmeren Familien fehlen dann oft die entsprechenden Bücher. Darüber muss man sprechen. Armut in der frühen Kindheit ist sehr, sehr entmutigend für die Kinder. Aber auf diesen Punkt möchte ich mich jetzt nicht zu sehr fokussieren.

Kommen wir zur Armutslücke.*

* Die Armutslücke gibt an, wie groß der Abstand des tatsächlich erzielten Einkommens zur definierten Armutsschwelle von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens ist. Diese Abweichung wird in Prozent angegeben

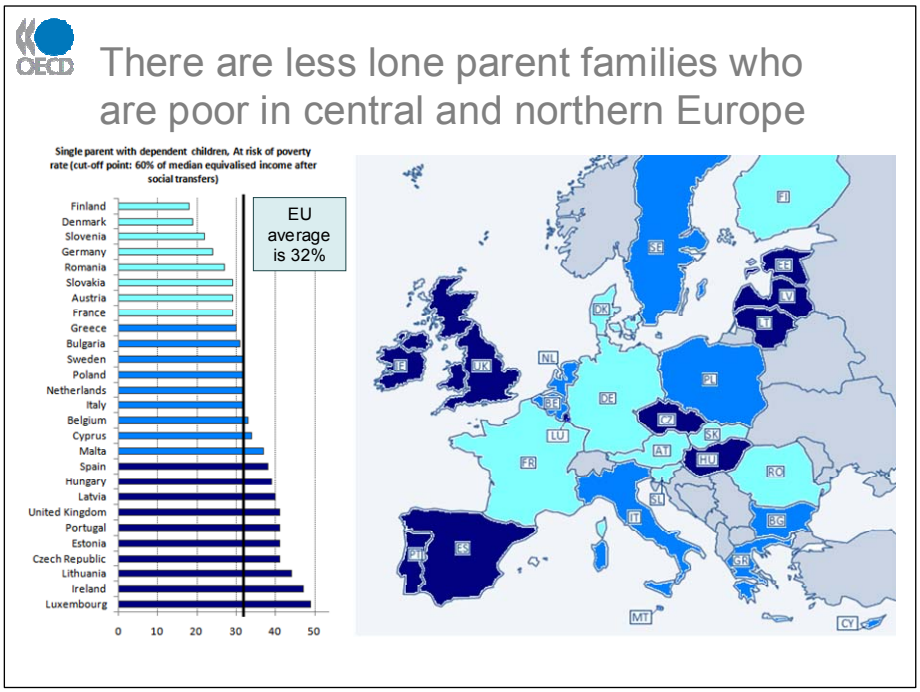


Hier sieht man, dass die Kinder in einigen europäischen Ländern wirklich sehr arm sein können. Auch hier fällt auf, dass die durchschnittliche Armutslücke bei Kindern größer ist als die Armutslücke in der Gesamtbevölkerung. Die Lücke ist von 2005 zu 2006 im Allgemeinen kleiner geworden, aber einige dieser Staaten haben schlimme Entwicklungen hinter sich. Wenn wir uns wiederum die Geografie ansehen, dann ergibt sich ein ähnliches Bild wie zuvor.

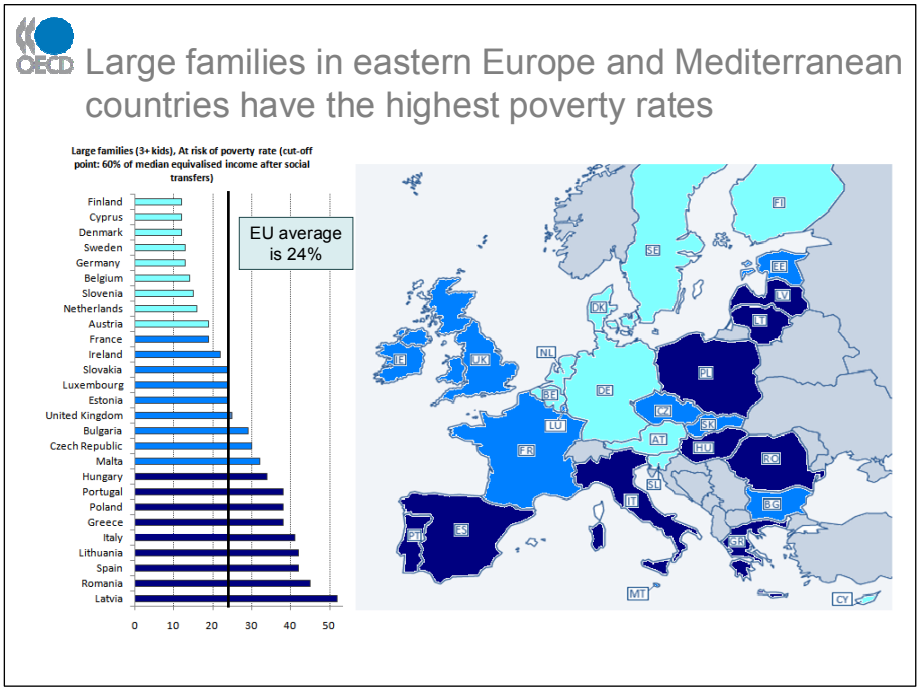


Wie sieht es mit der Armutsrate von Kindern in den verschiedenen Familientypen aus? In allen europäischen Ländern ist die Armutsrate der Kinder bei alleinerziehenden Eltern im

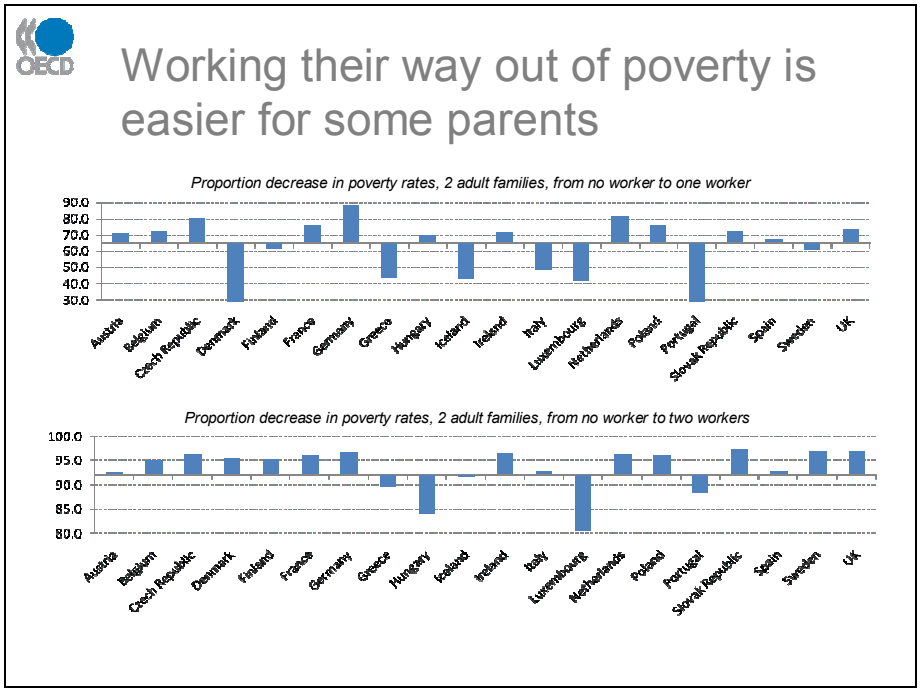
Vergleich höher als die Kinderarmutsrate insgesamt. Sie liegt im EU-Durchschnitt bei 32 Prozent. Schauen wir uns auch bei dieser Gruppe die geografische Situation an. Besonders hoch ist die Zahl armer Kinder in Alleinerziehenden-Haushalten in Spanien und in Portugal, wiederum auch auf den Britischen Inseln und im Baltikum.



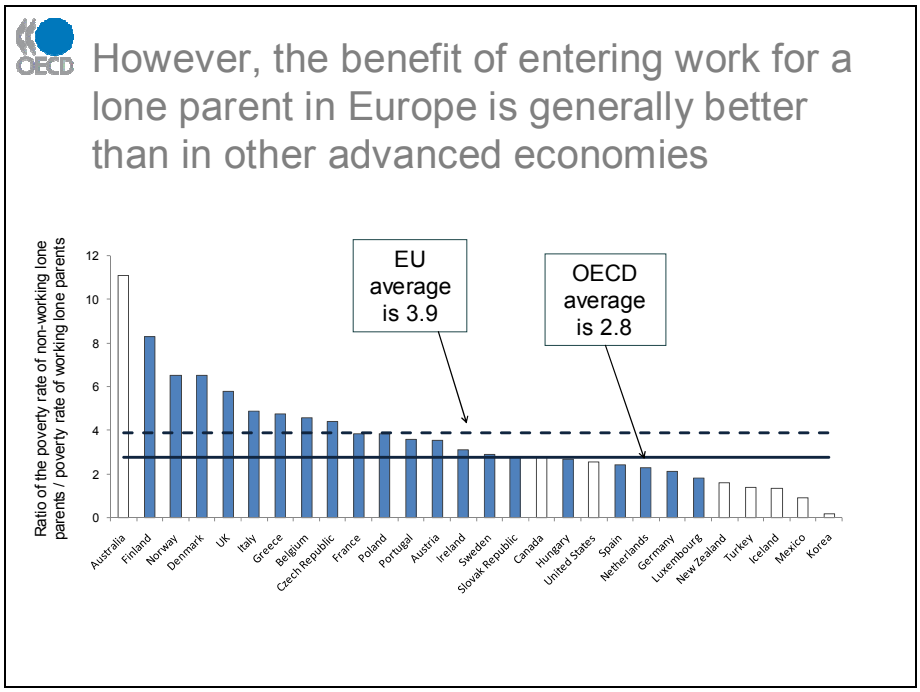
Bei Familien mit mehreren Kindern ist das Armutsrisiko ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Laut dem bereits erwähnten EU-Bericht sind im europäischen Durchschnitt etwa 25 Prozent der Kinder in diesen Haushalten arm. Wiederum zählen das Baltikum und die südeuropäischen Staaten zu den Ländern mit den schlechtesten Werten.



Die Armutsrate liegt bei Mehrkind-Familien und in Alleinerziehenden Familien wesentlich höher als in der übrigen Bevölkerung, es handelt sich also um zwei deutlich benachteiligte Gruppen in Europa. Im Hinblick auf die Verteilung der Armut sind sowohl die alleinerziehenden Eltern als auch die Mehrkind-Familien überproportional von Armut betroffen. Im Jahr 2006 war sogar ein Anstieg in diesen Gruppen zu verzeichnen.
Ich möchte Ihnen noch eine Grafik zeigen. Es handelt sich um Zahlen von der OECD, die das Absinken der Armutsraten bei zunehmender Erwerbstätigkeit der Familien mit zwei Erwachsenen verdeutlichen. Wenn die Eltern arbeiten, wie wirkt sich das auf die Armutsrate aus?



Diese Grafik ist nicht ganz einfach zu interpretieren, aber es wird trotzdem deutlich, dass für Familien mit zwei Elternteilen, die beide arbeiten, die Verringerung der Armutsrate oftmals ziemlich hoch ausfällt. Man kann nicht für alle Länder einheitliche Aussagen zum Zusammenhang zwischen einer Erwerbstätigkeit der Eltern und der Kinderarmutsrate treffen, die Folgen sind beispielsweise für Dänemark anders als für Portugal. Aber für die EU insgesamt - die OECD-Länder mit einbegriffen - und vor allem, wenn auch alleinerziehende Eltern berücksichtigt werden, kann durch eine Beschäftigung der Eltern mit Sicherheit die Armut gesenkt werden.



Es gibt eine Reihe von EU-Staaten, wo das gut funktioniert. Es gibt jedoch auch andere Länder, wo das nicht so gut funktioniert. Das hängt auch von der Entwicklung der Wirtschaft ab. Wenn man es den Eltern ermöglichen möchte, arbeiten zu gehen, dann stellt sich die Frage: Sind überhaupt genügend Arbeitsplätze da? Die Wirksamkeit einer Erwerbstätigkeit hängt von der Sicherheit der Arbeit ab, der Qualität der Tätigkeit und dem erzielten Einkommen der Eltern (werden sie angemessen bezahlt?). Die europäischen Beschäftigungspolitiken sind so gestaltet, dass Arbeitsplätze geschaffen werden sollen und dass der Anteil der erwerbsfähigen Menschen erhöht wird. Allerdings fallen die Ergebnisse dieser Anstrengungen der zurückliegenden sieben Jahre eher gering aus. Es gibt Länder, da bleibt der Anteil von Kindern aus Familien, in denen kein Elternteil arbeitet, trotz allem relativ stabil und es gibt Länder, da sind stärkere Veränderungen festzustellen – in beide Richtungen. Insgesamt hat sich die Relation der Kinder aus arbeitslosen Familien im EU-Durchschnitt über die letzten Jahre kaum verändert.

Ich werde sicher viele Themen nicht im Detail besprechen können, aber ich möchte an dieser Stelle vor allem darüber sprechen, welche Mechanismen genutzt werden können, um die Kinderarmut anzugehen. Dabei beziehe ich mich auf Arbeiten der OECD. Ein erster Aspekt ist die Höhe und die Art der Ausgaben. Man unterscheidet grundsätzlich zwischen Barauszahlungen und Sachleistungen. Zweitens ist die Ausgestaltung der politischen Leitlinien wichtig. In den verschiedenen Ländern werden unterschiedliche Ansätze verfolgt, wie dort unterstützt wird, auch in Abhängigkeit von der jeweiligen Höhe der Armut. Es gibt dabei zum Beispiel die Unterscheidung nach dem Kindesalter, aber auch nach bestimmten Zielgruppen. Es geht bei diesem Aspekt vor allem auch darum, was man ausgibt und wie man es ausgibt, das ist sehr entscheidend. Wie Sie wissen, gibt es in der ganzen EU und der

gesamten OECD verschiedene Ansätze, wie Familien unterstützt werden. Manche erhöhen die finanziellen Leistungen, manche verändern sie je nach Alter der Kinder, bei manchen bleiben die Ausgaben gleich. In Kanada und Australien zum Beispiel wird das Kindergeld verringert, je älter das Kind wird. Gleichzeitig reduziert dies die Steuerbelastung für die Bereitstellung von Familienleistungen. Es ist interessant zu sehen, dass die Länder, die das Kindergeld mit Zuschlagszahlungen für Alleinerziehende ergänzen, in der Regel mehr Erfolg bei der Bekämpfung der Kinderarmut erzielen als jene Länder, die das nicht tun. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Systemsstrukturen vergleicht, unabhängig davon, wie viel letztlich bezahlt wird. Das ist ein Ergebnis, das erstaunt. Den dritten Aspekt mit Auswirkungen auf die Kinderarmut bilden die arbeitsbezogenen Leistungen.

Bei den sozialpolitischen Leistungen in Europa müssen Entscheidungen darüber getroffen werden, wann das Geld für die Kinder ausgegeben wird. Aber der Zeitpunkt, wann Kinder bestimmte Unterstützung erhalten, hat unterschiedlich starke Auswirkungen auf die Kinderarmut. Wir sollten diese Korrelation verstehen, diese gegenseitige Abhängigkeit davon, wann die Leistungen erbracht werden.

Die meisten Länder investieren eher in die späte Kindheit. Es geht dabei vor allem um Sozialausgaben und um Bildungsausgaben. Sie sehen, in Deutschland z.B. wird in den frühen Jahren weniger ausgegeben und in späteren Kindheitsjahren mehr. In anderen Ländern sieht man die Unterschiede noch deutlicher. Mexiko zum Beispiel ist nicht in der Europäischen Union, das weiß ich auch, aber ich habe es eingefügt, denn es gibt das meiste Geld aus für Kinder von 6 bis 11 Jahren. Warum? Wir wissen es nicht. Ich hoffe, wenigstens sie wissen warum, vielleicht liegt es daran, dass die Kinder in Mexiko eher die Schule verlassen. Island investiert dagegen wesentlich mehr in die früheren Kindheitsjahre. Wenn Sie nach Island schauen, so werden dort die Kinder vor allem am Anfang unterstützt, in den frühesten Kinderjahren. In anderen Ländern dagegen sind die Ausgaben für Kinder im Alter von 11, 12 Jahren am höchsten, wenn sie in die Sekundarschule gehen, und dann sinken die Investitionen wieder nach unten. Grundsätzlich ist es bei den Investitionen in Kinder doch ein bisschen wie bei dem Bau eines Hauses: Wenn Sie ihr Haus gut instand halten wollen, können Sie natürlich jedes Jahr nach den Wänden schauen und sie immer wieder reparieren. Aber man kann natürlich auch ganz viel am Anfang investieren, in ein gutes, beständiges Fundament. Dann wird man sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren deutlich weniger ausgeben müssen, um die Qualität zu halten.

Eine wichtige Dimension fehlt jedoch, nämlich die Gesundheitsausgaben. Da gibt es eine „teure“ Zeit während der Geburt der Kinder und kurz danach. Zwei Gründe, warum wir die Gesundheitsausgaben nicht mit berücksichtigt haben: Erstens fehlen uns die entsprechenden Daten und zweitens wäre es vielleicht auch nicht so sinnvoll, denn es ist uns nicht klar, ob diese Leistungen der Mutter zuzurechnen sind oder dem Kind. Das ist

schwierig zu sagen bei den Gesundheitsausgaben. In dieser Grafik sind daher wirklich nur direkte Ausgaben für die Kinder erfasst, also Bildung und Soziales. Wir können leider nicht genau sagen, welche sozialen Dienstleistungen genau enthalten sind oder nicht, da uns selbst nur aggregierte Daten vorliegen.
Die Grundidee ist jedoch die: Island beginnt in den frühen Jahren mit Investitionen und die nächsten Ausgaben sind dann effektiver für das Kind. An sich ist es also sinnvoller, am Anfang mehr zu investieren und die Ausgaben später zu reduzieren. Aber das passiert in den meisten Ländern nicht und da fragt man sich: Warum nicht?
Ich möchte Ihnen noch ein paar Informationen speziell zu den Investitionen in die frühe Kindheit geben. Es geht dabei um Bildungsausgaben, um Sachleistungen, um die Kinderbetreuung, um Geldleistungen und eben auch um Steuererleichterungen für Eltern mit Kindern. Gerade diese Steuererleichterungen spielen eine wachsende Rolle in den Umverteilungssystemen in Europa. Neben den finanziellen Transferleistungen wird oft auch ein großer Anteil für die Kinderbetreuung ausgegeben. Tatsache ist: Die Länder, die zu einem früheren Zeitpunkt mehr ausgeben, haben geringere Armutsraten.

Was versuchen wir hier gerade? Wir betrachten unterschiedliche Familientypen, die Rolle der staatlichen Ausgaben, der kindspezifischen Unterstützungsleistungen – das ist eine Art Mikrosimulation, um zu sehen, welche Methoden bei der Bekämpfung von Kinderarmut bei den am meisten gefährdeten Zielgruppen wie wirken. Alleinerziehende und große Familien haben ein größeres Risiko arm zu werden oder in Armut zu bleiben. Die Leistungssysteme sind unterschiedlich effektiv und werden in den verschiedenen Ländern auch verschieden eingesetzt. Es gibt viele Dinge, die man betrachten muss, wenn man über die Ursachen der Kinderarmut und über sinnvolle Maßnahmen ihrer Beseitigung spricht. Es geht nicht nur um die Familiengröße und um die Höhe und die Ausgabenstruktur sozialer Transferleistungen. Es geht zum Beispiel auch um die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und darum, dass die Eltern Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten haben. Das Wichtigste ist, dass wir die gesamteuropäische Situation betrachten, dass wir das Makroniveau betrachten, dass wir sehen, wie das Ergebnis insgesamt zu bewerten ist. Es geht nicht darum, dass wir einen einzigen Ansatz verfolgen, das bringt nichts, das funktioniert nicht, denn es ist nur ein begrenzter Wert für ein einzelnes Land.
Wie hängt Armut nun schließlich mit sozialer Ausgrenzung zusammen? Was sind die Indikatoren, die anzeigen, ob es einem Kind gut geht? Und was bedeutet soziale Ausgrenzung? Worin liegt der Unterschied zwischen Kinderarmut und dem Wohlergehen des Kindes? Welche anderen Kriterien außer der materiellen Armut passen in die Betrachtung, um die Situation der Kinder europaweit beurteilen zu können? Da haben wir vor allen Dingen die Gesundheit betrachtet. Hier gab es Umfragen unter Kindern, es gab 2005, 2006

entsprechende Berichte zur Selbsteinschätzung der eigenen Gesundheit. Der Anteil der Kinder, die ihre Gesundheit als nicht besonders gut oder nur als mittelmäßig einschätzen, ist in Südeuropa und der Slowakei besonders hoch. Insgesamt gibt es in Europa aber keine große Varianz in den Ergebnissen. Andererseits sind in Südeuropa die Armutsrate und die Armutslücke am höchsten - aber es gibt auch dort Kinder, die sagen, dass ihre Gesundheit sehr gut ist. Der von den Kindern selbst eingeschätzte Gesundheitszustand hängt also auf der Ebene aggregierter Daten nicht direkt mit der Armutsrate zusammen. Allerdings ist in den Ländern, in denen die Armutsrate hoch ist, die Lebenszufriedenheit der Kinder deutlich niedriger.

Aber nicht nur die Gesundheit, auch die Bildungsleistung, gemessen anhand der Lesefähigkeit, einem Teil der Pisastudie, gibt Auskunft über die Situation der Kinder in Europa. Sicher gibt es dabei auch wieder methodische Fragen, die zu diskutieren sind: Kann die Lesefähigkeit die tatsächliche Bildungsleistung eines Kindes abbilden? Wie viele Kinder sind in den Datenerhebungen wiederum nicht mit enthalten? Das ist natürlich auch wieder eine Frage der statistischen Akkuratheit. Bei der Lesefähigkeit kommt man zu dem Ergebnis, dass Finnland in Europa führt, finnische Kinder stehen bei der Lesefähigkeit sehr positiv da. Aber es gibt keine direkte Übereinstimmung, kein gleiches Muster entsprechend der Armutsrate. Die Bildungsleistung scheint also wieder einem anderen Gesetz zu folgen. Die Armutsrate in Großfamilien allerdings korreliert mit der Lesefähigkeit der Kinder, bei Alleinerziehenden ist dies nicht der Fall. Das heißt, es gibt einen klaren Zusammenhang zwischen der Armut bei Mehrkind-Familien und den Bildungsleistungen der Kinder.

Dann zu Unterkunft, Unterbringung, Wohnung. Armut und Wohnverhältnisse hängen eindeutig zusammen. Armut spiegelt sich sofort in den Wohnbedingungen wider. Das ist das erste, woran man Armut erkennen kann: überfüllte Wohnungen und schlechte Wohnverhältnisse. Auch die Armutslücke korrespondiert mit den Wohnverhältnissen. Elternschaft im Teenager-Alter ist auch ein Indikator von Armut. Warum das so ist, ist schwierig zu sagen. Vielleicht wollen die Mädchen Mütter werden, um keine Kinder mehr zu sein? Es gibt allerdings dabei keinen ganz klaren Zusammenhang zwischen Armut, sozialer Ausgrenzung und Teenager-Schwangerschaften.

Insgesamt gesehen ist es so: Es ist nicht allein das Einkommen, dass Armut bestimmt und schlechte Lebensverhältnisse für Kinder ausmacht. Daher muss man sich neben der Einkommensarmut auch andere Kriterien der kindlichen Lebenssituation anschauen, wie zum Beispiel die Gesundheit, die Bildung und das Lebensumfeld der Kinder. Diese Faktoren komplettieren das Bild der Kinderarmut in Europa und sie liefern wichtige Anhaltspunkte für wirksame Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Kindesalter. Daran müssen wir weiter arbeiten, denn Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern sind sowohl ökonomisch unklug als auch nicht gerecht dem Kind gegenüber. Danke schön!

Methoden der Armutsberichterstattung in Europa

Irena Topińska
Centre for Social and Economic Research, Warschau

Ich möchte mich zunächst herzlich für die Einladung zu dieser Konferenz bedanken. Es freut mich sehr, dass ich mit Ihnen hier in den Meinungs- und Erfahrungsaustausch treten kann. Ich bin nicht wirklich eine Expertin, was Kinderarmut angeht, aber es gibt durchaus Verbindungen zu meinen bisherigen Forschungsarbeiten, daher bin ich sehr gespannt auf die folgenden Diskussionen.

In meinem Vortrag wird es darum gehen, wie über Armut in Europa berichtet wird und wie Armut überhaupt gemessen wird. Es sind ja sehr viele ExpertInnen hier anwesend, die über die Armutsstatistiken bereits bescheid wissen. Ich möchte Ihnen daher auch eine persönliche Einschätzung zu der bisher angewandten Methodologie geben.

Dementsprechend möchte ich meine Präsentation in zwei Teile teilen. Zuerst werde ich über die Berichterstattung zur Armut in der EU sprechen. Ich will versuchen zu zeigen, wie diese Berichterstattung funktioniert. Was kann man durch die Statistik, durch Eurostat und andere offizielle Quellen über Armut in der EU erfahren? Ich habe es selbst ausprobiert. Ich bin ins Internet gegangen und suchte nach dem Begriff „Armut“, um herauszufinden welche Ergebnisse man erhält und wie übersichtlich diese sind. Ich habe mich in die Rolle eines Menschen versetzt, der sich für Armut in Europa interessiert, der aber kein Experte ist. Im zweiten Teil wird es direkt um die Methoden der statistischen Armutserfassung gehen Ich werde die Methoden, die wir in der Europäischen Union anwenden, mit denen einer anderen internationalen Institution, der Weltbank, vergleichen. Man kann den Ansatz der Weltbank und den Ansatz der EU sehr gut kontrastieren. Einige sagen, dass der Ansatz der Weltbank besser ist, andere wiederum sagen, es ist ein Ansatz, der ungünstiger für eine realistische Armutsberichterstattung ist. Der Ansatz der Weltbank ist jedoch äußerst wichtig, denn die neuen Mitgliedsstaaten, die erst vor einigen Jahren in die EU aufgenommen worden sind, wurden bisher durch die Methodik der Weltbank beeinflusst. Deren Methoden zur Messung von Armut wurden von diesen Ländern mehrheitlich übernommen, daher beruhen die Armutsstatistiken der neuen Mitgliedsländer im Wesentlichen auf den Weltbank-Methoden. Entsprechende Schlussfolgerungen dazu werde ich am Ende meines Vortrages darlegen.

Ich beginne also mit der Berichterstattung. Wie ist es mit dem Schlagwort „Armut“? Armut in Europa, so lautet der Titel dieser Veranstaltung. Also habe ich bei Google eingegeben: „Armut in der EU“. Ich habe auf Anhieb keine EU-Statistiken gefunden. Es erscheinen Links zu bestimmten Zeitungen, zu Netzwerken, zu vielen Nicht-Regierungs-Organisationen - und schließlich und endlich finde ich auch die direkte Information. Aber ganz einfach sind diese

Statistiken nicht zu finden für jemanden, der kein Experte ist. Also begebe ich mich zu den offiziellen Seiten der EU und gebe wieder das Wort „Armut“ ein. In den ersten Links, die danach angezeigt werden, geht es um Weltarmut, um globale Armut, um Afrika. Es sind auch Programme der EU darunter, Unterstützungsprogramme und Hilfsprogramme, die in anderen Ländern gestartet werden, aber es geht nicht um die Armut in Europa.

Was habe ich als nächstes versucht? Ich bin direkt auf die Website der EU-Kommission „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit“ gegangen. Dort gab es verschiedene Links: Beschäftigung, Gender-Fragen - und dann auch tatsächlich: Armut. Allerdings nicht Armut direkt, sondern „soziale Inklusion“. Also wieder keine direkte Reaktion auf die Suche. Es ist schon schwierig, Informationen direkt zum Thema Armut in Europa zu finden. Als ich schließlich „Armut in Europa“ eingebe, erscheinen nationale Strategieberichte und dann tatsächlich der Begriff „Kinderarmut“. Ich habe die Links zu den nationalen Strategieberichten geöffnet und was habe ich gefunden? Sehr, sehr viele Berichte von 27 Ländern und viele, viele statistische Angaben. Die Nationalen Strategieberichte sprechen allerdings auch nicht von Armut, sie sprechen von sozialem Schutz und sozialer Inklusion. Es gibt daneben noch einen gemeinsamen Sozialbericht der EU. Auch hier ist der Titel nicht „Armut“. Wenn man diesen gemeinsamen Bericht jedoch öffnet, dann findet man natürlich auch Informationen zu Armut. Es gibt sogar ein eigenes Kapitel zu diesem Thema. Wenn ich aber nicht wirklich weiß, was in diesem Bericht steht, dann komme ich nicht unbedingt darauf, dass dort über Armut gesprochen wird.

Was möchte ich damit sagen? Es gibt innerhalb der EU keinen klaren Veröffentlichungsweg zum Thema Armut. Die letzte Eurostat-Veröffentlichung stammt aus dem Jahr 2003. Man kann natürlich trotzdem Information zur Armutssituation in Europa im Internet finden, dazu Kommentare, Berichterstattungen und Untersuchungen. Aber es gibt bisher keine klare, nachvollziehbare Art und Weise, diese Informationen für interessierte Bürger öffentlich zugänglich zu machen.

Auch bei den statistischen Daten selbst bestätigt sich dieser Eindruck. Wieder gibt es keine direkte Antwort auf „Armut“. Es gibt den Hinweis auf gemeinsame Indikatoren, auf denen die bereits erwähnten nationalen Strategieberichte basieren und auf die so genannte „Open Method of Coordination“. Dort habe ich schließlich genauer nachgesehen, um zu finden, was ich suchte. Es gab einen Link zu Eurostat und eine Übersicht über die übergreifenden Sozialindikatoren: soziale Inklusion, Renten, Gesundheit, Pflege. Wieder fällt der Begriff „Armut“ nicht. Natürlich, wenn ich diese einzelnen Tabellenblätter öffne, dann finde ich Informationen zu Armut. Sie sind jedoch nicht direkt ersichtlich sondern eingebettet in die Fülle anderer Faktoren: der Renten, der sozialen Begünstigungen, des sozialen Sicherungssystems. „Armut“ als solches wird nicht aufgelistet. Auf der Seite von Eurostat gibt es auch wieder ganz klare Themen, die sofort aufscheinen. „Armut“ gehört allerdings

nicht dazu. Es geht um soziale Kohäsion, um nachhaltige Entwicklung, soziale Inklusion und soziale Integration. Es gibt die Indikatoren Bevölkerung, Lebensstandard – aber keine Armut. Warum spricht man nicht über Armut als solches? Nicht über soziale Ausgrenzung oder sozialen Schutz, über Armut und Kinderarmut als solche!

Aber gut, zurück zur Statistik. Ich habe alles geöffnet, ich habe die ganzen Indikatoren betrachtet, die einzelnen Seiten geöffnet. Und dort gibt es schließlich Informationen zur Armutssituation in der EU und in den Mitgliedsstaaten. Es werden die Armutsrisikoraten vor und nach den sozialen Transfers aufgelistet, die Armutsrate zu einem bestimmten Zeitpunkt, die Rate anhaltender Armut sowie die relative mittlere Armutsrisikoquote. Und was kann ich schließlich daraus schlussfolgern? Das ganze Prozedere ist nicht nutzerfreundlich, auch die Begrifflichkeiten nicht. Schon allein das Wort, auf Englisch „at-risk-of-poverty-rate“, also „Armutsrisikorate“, ist umständlich. Es wird deutlich, dass Armut als Thema in gewisser Weise gemieden wird. Das liegt auch daran, dass innerhalb der EU nicht von extremer Armut gesprochen wird, sondern von einer Art relativer Armut. Wenn man allerdings nach Kinderarmut sucht, dann wird plötzlich nicht mehr von diesem Terminus „at-risk-of-poverty-rate“ gesprochen. Hier gibt es wirklich eine Unklarheit in der Nutzung der Begriffe.

Was lässt sich noch erkennen? Es gibt zwei wesentliche Indikatoren: Einmal die Armutsrate, also das Ausmaß der Armut, der Anteil der Armen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Und dann gibt es noch die so genannte Armutslücke, auf Englisch „poverty gap“. Was wird da gemessen? Dieses Wort „Armutslücke“ wird nur von einigen Experten genutzt. Sie zum Beispiel, Herr Richardson, haben diesen Begriff genutzt. Aber die, die nicht wirklich Statistik-ExpertInnen sind, vermeiden im Grunde diesen Begriff. Was die Armutsrate ist, das wissen wir, das können wir fühlen, aber was ist die „Armutslücke“? Was bedeutet „kleine Lücke“, was bedeutet „große Lücke“? Was bedeutet eine „mittlere Lücke“? Und ist eine Armutslücke von 30 Prozent klein oder groß? Hier ist wirklich die Frage: Was bedeutet dieser Begriff? Das kann man nicht richtig greifen. Alle statistischen Experten, auch Politiker, möchten den Begriff im Grunde nutzen, aber er muss dringend in einen nutzerfreundlicheren umgewandelt werden. Dieser Begriff gefällt mir persönlich nicht, er ist sperrig. Vielleicht kann man stattdessen besser von „Armutstiefe“ sprechen?

Aber vorerst zurück zur Armutsrate. Wonach wird die Armutsrate aufgeschlüsselt? Nach Geschlecht, nach Altersgruppen - es gibt viele Altersgruppen; veröffentlicht wird bis zu einem Alter von 17 Jahren, dann nach Erwerbsalter und nach verschiedenen Gruppen für die Älteren - nach Haushaltstyp, nach dem Stand der Erwerbstätigkeit, auch nach Bildung, obwohl der Zusammenhang nicht so leicht zu finden war. Wenn ich mich recht erinnere, war dieser Zusammenhang sogar nur in einer einzigen Statistik ausgewiesen. Überraschenderweise wird auch die Art der Unterkunft ausgewiesen, d.h., ob man

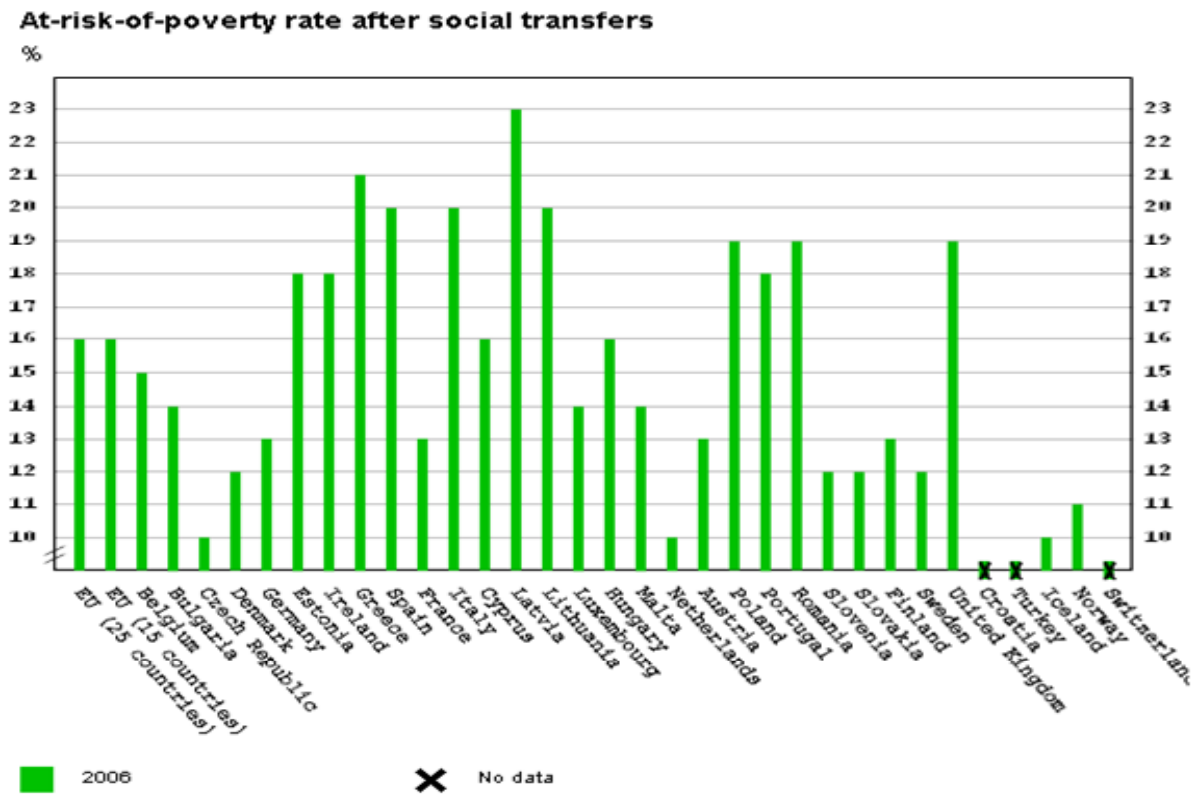
Hausbesitzer ist oder zur Miete wohnt. Das ist schon auch wichtig, aber ich denke, da gibt es ein Problem der Messung.

Was fehlt hier? Wenn man sich überlegt, was fehlt bei dieser Aufschlüsselung, dann möchte ich hinzufügen: Was offensichtlich in den Statistiken fehlt, ist sozusagen der Standort, das Lebensumfeld. Findet sich Armut eher in den Städten oder eher auf dem Land? Wie steht es mit dem Leben in den Hauptstädten? Das wird nicht berücksichtigt. Wir wissen, dass das wichtig ist, dass der Wohnort großen Einfluss auf die Armutssituation hat. In vielen Ländern wird das Lebensumfeld berücksichtigt, wenn man Armut misst, aber nicht in der EU.

Auch die Migration, die wir ja vorhin schon angesprochen haben, wird in diesen Statistiken nicht berücksichtigt. In einigen Ländern ist das Thema vielleicht auch nicht so wichtig, in anderen ist es dagegen von großer Bedeutung, auch für die Armutsstatistik. Ich habe dieses Kriterium jedenfalls nicht gefunden, es gehört nicht zu den Aufschlüsselungen. Das liegt vielleicht auch daran, dass es schwierig sein kann, entsprechende Daten zu erheben. Aber es fehlen auch Angaben, die nicht schwierig zu ermitteln sind: zum Beispiel der Gesundheitszustand. Armut unter Behinderten oder unter Menschen mit chronischen gesundheitlichen Problemen kann in einigen Ländern eine große Rolle spielen. Der Gesundheitszustand kann erhebliche Auswirkungen auf die Armutssituation haben. Ich denke, der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheitszustand ist nicht so schwer zu erheben. Die von Herrn Richardson erwähnten drei Altersgruppen der Kinder tauchen auch nicht auf. Man könnte selber danach suchen, natürlich, aber das ist nicht unsere Aufgabe. Es wäre sehr einfach, die entsprechenden Altersgruppen direkt in die Statistiken einzubringen, aber das wurde bisher nicht getan.

Noch etwas: was an Informationen zugänglich ist, sind die Armutsraten mit den verschiedenen Aufschlüsselungen, die Armutslücke und in einigen Bereichen geht es dann auch weiter, zur so genannten monetären Armut und damit zur Einkommensungleichheit. Insgesamt beruht die Statistik sehr stark auf einer Fokussierung auf das Einkommen, d.h. die geldbezogene, monetäre Sichtweise auf die Armut dominiert. Bei einigen Indikatoren von Eurostat findet man auch Aspekte der nicht-monetären Armut und der sozialen Ausgrenzung, aber es ist sehr wenig, was man dazu finden kann. Sehr gut abgedeckt sind die Wohnverhältnisse, dazu findet man sehr viele Informationen, auch der Zugang zum Arbeitsmarkt wird berücksichtigt, aber es überwiegen eindeutig die Messungen der finanziellen Armut. Alle anderen Indikatoren werden nur beiläufig abgehandelt. Sie existieren, das ist klar, und wir wollen zufrieden sein, aber der Schwerpunkt liegt auf der geldbezogenen Armutsmessung. Mit Informationen zu den gewählten Erhebungsmethoden hält sich Eurostat dagegen nicht so zurück. Da gibt es eine Fülle an Informationen und Datenquellen, schließlich handelt es sich ja um etwas sehr Offizielles.

Aber wie sieht die Berichterstattung jetzt aus? Das hier ist zum Beispiel eine Grafik, die man sehr schnell findet, wenn man sich auf den genannten Webseiten bewegt.



Was sehen wir? Es werden einige interessante Aspekte zur Armutsmessung und der Berichterstattung in Europa deutlich. Zum einen: die Grafik enthält nicht nur Daten zu den Mitgliedsstaaten der EU, es sind auch Island, Norwegen und die Schweiz mit aufgelistet. Die Ukraine und Weißrussland wiederum sind nicht dabei, auch nicht alle Kaukasus-Staaten. Wir könnten jetzt diskutieren, warum bestimmte Länder hier nicht aufgelistet sind, dafür aber andere, die nicht zur EU gehören. Ich würde sagen, viele in der Ukraine würden gerne der EU beitreten. Ob sie erfolgreich sein werden oder nicht, das sei dahingestellt, aber sie könnten doch im statistischen Ansatz schon mit berücksichtigt werden. Aber wir sehen hier nichts. Was sehen wir noch an dieser Statistik? Eurostat listet die Ergebnisse nach der alphabetischen Reihenfolge der Länder, nicht nach der Höhe der Armutsrate, aber das kann man sehr leicht verändern, das ist nicht wirklich ein Problem. Was fällt noch ins Auge, wenn man diese grafische Darstellung betrachtet? Wir sehen hier mehr als 30 Länder, aber es gibt nur aggregierte Daten für die EU-25, zwei Mitgliedsländer fehlen also in dieser Zusammenstellung: Bulgarien und Rumänien. Das bedeutet, dass diese Länder noch nicht die europaweit gültigen Erhebungsmethoden anwenden, deshalb sind vergleichbare Statistiken noch nicht vorhanden. Ich frage mich: Warum ist das jetzt noch so? Warum haben wir auch immer noch Angaben zur EU-15 in dieser Grafik? Das statistische Amt hinkt

den neuen Bedingungen in der EU offenbar ein bisschen hinterher Mein letzter Kommentar zu diesem Schaubild: Der Bericht ist von 2006 - aber die Daten sind von 2005! Das ist zwar nur ein sehr kleines Problem, denn Eurostat wählt oft das Jahr der Berichterstattung und nicht das Jahr der Datenerhebung als Referenzwert, doch das muss man wissen. Wenn Sie hier also 2006 lesen, dann sind die Ergebnisse schon auch für 2006 relevant, doch die Daten dazu stammen in der Regel aus dem Jahr 2005. Ich wollte das nur erwähnen, weil es ein bisschen irreführt.

Um das zusammenzufassen: Was sehe ich als Stärken der europäischen Armutsstatistiken? Und was sind die Schwächen, die ich hier auch noch mal erwähnen möchte? Als sehr gut empfinde ich die breite territoriale Abdeckung und auch die Zeitspanne der statistischen Veröffentlichungen. Im Grunde genommen handelt es sich um eine klare Darstellung und um eine angemessene Erklärung der verwendeten Methoden, ich bin nur nicht mit allem glücklich. Die Terminologie ist diffus und teilweise irreführend. Die Indikatoren sind unterschiedlich weit verbreitet; es gibt keinen klaren Armutsbegriff, der direkt zu finden ist und der entsprechend genutzt wird. Es gibt Verzögerungen bei der Bereitstellung von Informationen. Diese Verzögerungen sind im internationalen Kontext wohl nicht zu vermeiden, das ist ein grundlegendes Problem, aber es ist natürlich auch eine Schwachstelle der Statistiken. Schließlich können wir dadurch im Jahr 2009 erst mit Daten von 2005 oder 2006 arbeiten. Insgesamt fehlt eine regelmäßige, umfassende Analyse der Armutssituation in Europa und damit eine echte Armutsberichterstattung auf europäischer Ebene.

Nun zum zweiten Teil meines Vortrages. Hier geht es um die Wahl der Methoden. Man sollte wissen, dass sich die Methoden, die ich im Folgenden erläutern werde, speziell für internationale Vergleiche eignen. Die nationalen Methoden zur Messung von Armut können andere sein und auch zu Recht. Im nationalen Rahmen muss man bestimmte spezifische Gegebenheiten berücksichtigen. Aber für internationale Analysen, mit denen wir es hier zu tun haben, geht es um Vergleichbarkeit. Die Vergleichbarkeit ist das Hauptkriterium zur Auswahl geeigneter Methoden. Die Methoden, die in der Europäischen Union genutzt werden, wurden vor vielen Jahren für relativ wenige Mitgliedsstaaten erstellt. Jetzt haben wir viele neue Mitgliedsstaaten, die Vielfalt zwischen den Ländern ist noch gewachsen, auch die Vielfalt spezifischer Merkmale. Die wirtschaftliche Situation in den Ländern ist ebenfalls sehr verschieden. Was damals angemessen war an Methoden, müsste vor diesem Hintergrund noch einmal überprüft und unter Umständen revidiert werden, um die Methodik an die heutigen Verhältnisse in der EU anzupassen. Man müsste einen klaren Konsens finden: Was sind Methoden, die sich für den europäischen Vergleich eignen? Allerdings ist es schwierig, das für die Europäische Union zu verändern, das ist sicher ein langwieriger Prozess.

So, jetzt also zu den verfahrenstechnischen Aspekten. Ich habe schon einige genannt. In der Europäischen Union wird in der Regel Bezug genommen auf die Daten von „EU-SILC“. In

dieser Statistik werden die Einkommen und die Lebensbedingungen der Bürger in Europa erfasst. Für die Vergleichbarkeit der Länder untereinander ist es wichtig, dass wir die gleichen Erhebungsmethoden nutzen, für alle Länder, die wir analysieren wollen. Die EU-SILC, d.h. die „Statistics on Income and Living Conditions“ sichern die Vergleichbarkeit und die Akkuratheit der Daten besser als die Methoden der Weltbank. Es wird auf jeden Fall eine Art Rahmen gesetzt und auch die Fragebögen ähneln sich. Durch die einheitlichen statistischen Kategorien, wie zum Beispiel die Verbrauchsausgaben, werden die erhobenen Daten einander angenähert. Das Beste wäre natürlich, wir hätten genau die gleichen Datenquellen für jedes Land. Es gibt viele Empfehlungen, wie man dabei methodisch vorgehen kann.

Ein wichtiger anderer Aspekt ist natürlich das Konzept von Armut: Was ist Armut? Wie identifiziere ich die Armut? Alles andere folgt daraus. Wie die Indikatoren geschaffen werden, wie sie gestaltet werden, das alles spielt natürlich eine Rolle und beeinflusst das Ergebnis. Aber alles entscheidet sich schließlich und letztendlich am Konzept der Armut. Welche Ansätze gibt es? Einmal den Subsistenzansatz, ein sehr alter, der traditionelle Ansatz im Grunde. Dieser Ansatz konzentriert sich auf die materielle Armut. Danach ist ein Mensch arm, wenn er nicht die grundlegenden materiellen Bedürfnisse adäquat befriedigen kann. Wo dieser alte, traditionelle Ansatz, zum Einsatz kommt, da geht es um extreme Armut. Und in einigen Ländern kommt diese Armut ja vor, selbst in europäischen Ländern gibt es extreme Armut. Die Weltbank hat Armut folgendermaßen definiert. In ihren Entwicklungsberichten aus dem Jahr 1990 ist Armut die Unfähigkeit, einen Mindestlebensstandard zu erreichen. Da geht es schon nicht mehr nur um materielle Aspekte. Der Begriff „Lebensstandard“ enthält schon anderes, Gebrauchsgüter oder auch Kleidung zum Beispiel. Im Jahr 2000 hat die Weltbank Armut noch einmal neu definiert, da heißt es, Armut ist eine unakzeptable, menschliche Benachteiligung. Was zählt alles zu Benachteiligungen? Natürlich auch ein Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben oder eine geringere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieses Armuts-Konzept Ist also noch wesentlich umfassender. Wie sieht es nun mit dem Verständnis von Armut in der Europäischen Union aus? Die EU definiert die Armen als Individuen oder Familien, deren Kapazitäten so gering sind, dass sie von einer annehmbaren Lebensweise ausgeschlossen sind. Es gibt also ganz klar einen sozialen Kontext. Der Ansatz der EU ist also ein multidimensionaler Ansatz, den wir auch fördern. Es geht nicht nur um Einkommensarmut, es geht um Gesundheit, Bildung, soziale Mitwirkung. Wenn wir diese Perspektive einnehmen, dann müssen wir allerdings auch multidimensionale Methoden nutzen. Die Realität sieht jedoch anders aus: es dominiert bei den Messungen die Konzentration auf die geldbezogene, monetäre Armut. Ja, es gibt Ansätze multidimensionaler Herangehensweisen, aber nur begrenzt. Es gibt keinen einheitlichen Index multidimensionaler Armut. Im Grunde gibt es nur Indikatoren für die

monetäre Armut und einige ergänzende Aspekte. Und ob der soziale Kontext nun wirklich enthalten ist? In der Europäischen Union inzwischen ja, aber in den Methoden der Weltbank nicht.

Gehen wir noch einen Schritt weiter in der Analyse. Wir brauchen vom Prinzip her eigentlich auch eine Definition des Wohlergehens, um zu wissen, was die Armut ist und um die Armutsschwelle zu definieren. Was ist Lebensstandard? In der Europäischen Union wird dafür das Einkommen herangezogen, bei der Weltbank der Verbrauch. Wie ist es mit der Armutsschwelle? Die ist bei der Europäischen Union relativ, aber absolut bei der Erhebung der Weltbank. Warum einmal Einkommen und einmal Verbrauch? Das Einkommen ist wichtiger für entwickelte Wirtschaften, und man kann es natürlich auch leichter erheben. Warum vermeidet die Weltbank diese Einkommensperspektive? Weil dort auch die ärmsten Länder mit gemessen werden, und die können nichts wirklich sagen über Einkommen, da ist oft das Einkommen unbekannt, deswegen muss man dort nach dem Verbrauch gehen. Aber innerhalb der EU ist die Messung des Einkommens natürlich möglich. Und warum die relative Schwelle? Dadurch, dass bei den EU-Methoden der soziale Kontext enthalten ist, ist natürlich auch die Armutsschwelle relativ und bei der Weltbank entsprechend absolut. Die absolute Schwelle ist bei internationalen Vergleichen vielleicht angebracht, aber sie sollte mit großer Vorsicht behandelt werden. Wenn da irgendetwas falsch ist, dann finden wir Ergebnisse, die nicht der Realität entsprechen. Es gibt also ganz viele Gründe dafür, dass wir die relative Armutsschwelle nutzen.

Jetzt zur Messung des Lebensstandards. Auch da gibt es wieder die Unterscheidung zwischen Einkommen und Verbrauch. In der EU wird allein das verfügbare monetäre Einkommen berücksichtigt, keine anderen Einkommensarten. In der Weltbank wird dagegen der Verbrauch gemessen, d.h. die tatsächlich getätigten Ausgaben sowie die daraus resultierenden Verbrauchsverläufe. Darüber hinaus werden auch nicht-geldliche Komponenten des Lebensstandards erfasst. Allerdings erfolgt die Erhebung entsprechender Daten in der Europäischen Union erst sehr begrenzt, aber es wird immerhin diskutiert. Dagegen sind bei den Methoden der Weltbank diese nicht-geldlichen Komponenten schon jetzt enthalten. Dann die demographische Skalierung. In der Europäischen Union gelten für alle ganz klare, strenge Äquivalenzskalen zur Abbildung der verschiedenen Haushaltsgrößen und –typen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen. Grundlage dafür ist die so genannte modifizierte OECD-Skala, die einem ersten Erwachsenen den Gewichtungswert 1,0 zuweist, jedem weiteren Erwachsenen den Wert 0,5 und Kindern unter 14 Jahren den Wert 0,3. In der Weltbank wird das eher optional behandelt. Man berücksichtigt da eher den Pro-Kopf-Verbrauch. Es gibt zwar das Bekenntnis, dass eine solche Einstufung wichtig ist, aber in der Praxis wird es von der Weltbank optional behandelt.

Dann spreche ich jetzt zu den nicht-geldlichen Komponenten der Einkommens- und Verbrauchsmessung. Wenn ich ein Haus habe, dann besitze ich damit auch ein bestimmtes zusätzliches Einkommen. Also sollten wir es doch auch mit berücksichtigen, das ergibt ein adäquateres Bild. Denn es ist ein Unterschied, ob jemand ein Haus besitzt oder ob er keins besitzt. Es sollte daher über kalkulatorische Mietkosten mit einbezogen werden. Das wird auch von der Weltbank empfohlen. Ähnlich ist es mit den Verbrauchsverläufen von Gebrauchsgütern. Hier sollten alle berücksichtigt und gemessen werden. Das wird sowohl von der Weltbank als auch von der Europäischen Union empfohlen, die EU ist dabei jedoch deutlich zurückhaltender. Meines Wissens wird in der EU gerade darüber diskutiert, inwieweit zum Beispiel Firmenwagen mit berücksichtigt werden sollen. Aber auch selbst produzierte Nahrung spielt bei der Erfassung von Armut eine Rolle. Für die Weltbank, die auch in den ärmsten Ländern Messungen durchführt, ist das selbstverständlich, sonst würde man zu keinem Einkommen kommen. Man muss die Naturalgüterproduktion oder den Handel mit Lebensmitteln berücksichtigen. Die selbst produzierte Nahrung wird daher miterfasst. In der EU nicht. Das ist aber ein Problem, gerade wenn man an Südeuropa denkt. Da gibt es mehr Bauern, und die nutzen natürlich mehr aus ihren Gärten, Feldern usw. Es ist nicht so wichtig für das mittlere Einkommen, aber gerade wenn es um die geringsten Einkommensklassen geht, da spielt es eine Rolle, inwieweit die Menschen selbst noch Nahrung produzieren.

Also sollte man die hier erwähnten Güter dem Einkommen zuschreiben oder nicht? Diese Zuschreibungsprozesse sind nicht einfach, da gibt es Probleme. Wenn man zum Beispiel die Miete mit berücksichtigt, da braucht man bestimmte Informationen zum Wohnungsmarkt. Wie soll man die Besitzer von Unterkünften, von Häusern vergleichen mit jenen, die Miete zahlen? Das ist sehr schwierig. Man muss natürlich klären, wie hoch der Wert der Häuser ist, wie gut die Wohnverhältnisse tatsächlich sind. Da fließen jedoch auch subjektive Aspekte mit ein, die eine Rolle spielen. Also wie soll man die Miete oder das, was für Wohnung und Unterkunft gezahlt wird, mit anrechnen? Wenn wir es anrechnen, dann müssen wir uns klar sein, dass sich dann das Armutsbild ändern wird. Die Armutsschätzungen werden sich auch verändern. Wenn wir also die zugeschriebene Miete für Wohneigentum mit berücksichtigen, dann werden die Armutszahlen in der Gruppe der Älteren sicher geringer. Denn viele ältere Leute besitzen eine Wohnung oder ein Haus und junge Leute eher nicht. Wie ist es mit der ländlichen Nahrungsproduktion und Selbstversorgung? Dann werden sich die Armutszahlen für die ländliche Gegend sehr verändern. Wenn man das jetzt einführt, sollte man darauf achten, was für Veränderungen das schafft. Und man muss sich fragen, inwieweit diese Faktoren wichtig sind, um ein adäquateres Bild von der tatsächlichen Armut zu erhalten.

Sprechen wir an dieser Stelle noch einmal über die Äquivalenzskalen. Was bedeutet das? Mit dieser Skalierung wird versucht, die Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen, die

unterschiedlichen Bedürfnisse von verschiedenen Haushalten. Nehmen wir als Beispiel ein Haushaltseinkommen von 4000 Euro im Monat für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern an. Das wäre pro Kopf ein verfügbares Einkommen von 1000 Euro. Bei einer Gewichtung der Haushaltsmitglieder nach der alten OECD-Skala, bei der ein zweiter Erwachsener den Wert 0,7 und Kinder unter 14 Jahren den Wert 0,5 erhalten haben, läge das verfügbare Einkommen schon bei mehr als 1.400 Euro. Mit der modifizierten Skala der OECD liegt das verfügbare Einkommen rechnerisch nochmals deutlich höher. Damit kommt man zu einem höheren geschätzten Lebensstandard. Mit dem Wechsel der Skala sanken in vielen Fällen die ermittelten Armutsraten. Auch die demographische Zusammensetzung der Armutspopulation verändert sich mit der neuen Skala. In der Regel kommt es zu einem Rückgang der Armutsraten bei Familien mit Kindern und zu einem Anstieg der Armut bei den Älteren, Alleinstehenden. Das liegt daran, dass mit der neuen modifizierten OECD-Skala Kinder nur vergleichsweise wenig Gewicht erhalten. Es macht also einen großen Unterschied, welche Art von Methoden man anwendet. Welche Skala soll man nutzen? Die Europäische Union und Eurostat sind zu der modifizierten OECD-Statistik übergegangen. Es gab viele Experten, die zu Bedenken gaben, dass damit eine Absenkung des Armutsrisikos erfolgt. Viele neue Mitgliedsstaaten sagen, die modifizierte Skala entspricht nicht ihrer Wirklichkeit, die Skalen sollten überarbeitet werden, um zu sehen, wo die tatsächlichen Werte sich im Moment befinden. Man muss allerdings auch eingestehen: die modifizierte Skala der OECD wirkt trotz den genannten Schwächen recht passend, insbesondere im Hinblick auf zukünftige Armutsstudien.

Noch einen wichtigen Unterschied zwischen der EU und der Weltbank möchte ich erwähnen. Die Weltbank arbeitet mit einem absoluten Armutswert. Bei der Weltbank werden ein oder zwei Dollar pro Tag als Schwellenwert für ein Leben in Armut angesetzt. Das ist sehr begrenzt. Die Europäische Union dagegen betrachtet Armut als eine relative Größe, jedes einzelne Land hat seine eigene Armutsschwelle. Der Schwellenwert liegt dabei bei jeweils 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens. Damit wird klar eine relative Armut erfasst. Aber warum 60 Prozent des Medianeinkommens? Nun ja, der Median ist gut geeignet und wir sind es gewohnt, ihn anzuwenden. Es gibt einige Forscher, die 70 Prozent ansetzen, oder aber auch 50 Prozent des Medianeinkommens. Eine nationale Schwelle spiegelt schließlich auch die nationalen Bedingungen wider. Aber diese Herangehensweise, dieser Ansatz der Festsetzung von nationalen Schwellenwerten verursacht auch Probleme. Versuchen wir einmal den Vergleich über Ländergrenzen hinweg. Die Schwellenwerte sind unterschiedlich. In der Folge gelten Menschen, die zum Beispiel in Belgien unterhalb der Armutsgrenze leben, in der tschechischen Republik als Verdiener eines recht guten Einkommens. Oder andersherum. Wenn wir das nicht ganz eng miteinander vergleichen müssen, dann ist das eigentlich nicht weiter dramatisch. Wir wollen aber alle Leute in der

gleichen Art und Weise erfassen. Das ist das Problem. Wir können beobachten, dass nach EU-Beitritten die Armutsrate in der Europäischen Union insgesamt plötzlich niedriger war. Natürlich fragen sich die Leute: Warum ist die Armutsgrenze nach dem Beitritt zur EU abgesunken? Das ist das Ergebnis der Einführung der relativen Armutsschwelle.

Es gibt auch einige andere Probleme, zum Beispiel, wenn wir uns den Verlauf der Zeit ansehen. Armut kann sich im Zeitlauf verändern und es ist schwierig, dem eine dauerhafte, verbindliche Definition von Armut entgegen zu setzen. Für einen Vergleich der Armut über mehrere Jahre, wäre es besser, wenn man eine festgelegte Armutsschwelle hat und diese auch über mehrere Jahre gleich geblieben ist. Sicher, es gibt Inflation, und natürlich gibt es Schwierigkeiten auch bei der Untersuchung, da sich eben, wie schon gesagt, die Armut im Laufe der Zeit ändert, da soziale und fiskale Politiken natürlich Einfluss auf die Entwicklung der Armutssituation haben. Trotzdem wäre es einfacher, mit einem festen, absoluten Armutswert zu arbeiten. Wenn man die Armutszahlen über 10 Jahre auf dem gleichen Niveau betrachten kann, dann ist es einfacher, Veränderungen festzustellen. Daher stellt sich die Frage, ob man den Schwellenwert ändert oder nicht. Oder ob man sogar von einem relativen zu einem absoluten Schwellenwert übergeht, das ist auch wichtig. Aber ist der Wechsel von den nationalen zu einem einheitlichen gemeinsamen Schwellenwert innerhalb der Europäischen Union überhaupt möglich? Es gibt viele Probleme, die da beinhaltet sind und über die sehr viel diskutiert wird. Es gibt durchaus einige ExpertInnen, die meinen, es sollte etwas getan werden auf diesem Gebiet.

Erlauben Sie mir noch eine kurze Zusammenfassung zur Armutsmessung und zur Berichterstattung über Armut in der EU. Es ist wichtig, dass man auf der EU-Ebene einen gemeinsamen Armuts-Schwellenwert einrichtet, dass man die Messungen über die Lebensstandards verändert und dass man über den bisherigen monetären Ansatz hinausgeht. Zumindest kennen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur sehr wenige Indikatoren hinsichtlich des nicht-monetären Ansatzes. Es ist schwierig, solche Indikatoren zu finden, weil sie in gewisser Weise verborgen sind und die EU gegenwärtig die monetären Aspekte der Armut fokussiert. Insgesamt ist es sehr problematisch, dass in der Europäischen Union bisher klare Berichte zur Armutssituation in der EU sowie zu deren politischer Bewertung fehlen. Danke sehr.

Anregungen für ein europäisches Positionspapier

Jana Hainsworth
Eurochild AISBL, Brüssel

Guten Tag an alle und recht herzlichen Dank an die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, dass Eurochild heute hier dabei sein darf. Ich wurde gebeten, Empfehlungen für ein europäisches Positionspapier auszusprechen - möglicherweise kann ich Ihre Erwartungen nicht ganz erfüllen. Ich werde jedoch versuchen, Ihnen einen Einblick in die Arbeit von Eurochild zu geben und Ihnen die Ideen schildern, die wir haben, um das wichtige Thema der Kinderarmut in Europa anzugehen. Sie haben mit Ihrer Veranstaltung wirklich direkt ins Mark unserer Arbeit getroffen!

Zunächst möchte ich ganz kurz erklären, was Eurochild ist, dann werde ich mich mit der Kinderarmut in der Europäischen Union beschäftigen, allerdings werde ich nicht zu sehr ins Detail gehen, da wir schon sehr viele Informationen darüber erhalten haben. Anschließend werde ich etwas zur Politik der EU sagen und die Schlüsselthemen zur Bekämpfung der Kinderarmut aus unserer Perspektive umreißen.

Eurochild ist eine Mitglieder-Organisation mit Sitz in Brüssel. Wir haben zurzeit 72 Vollmitglieder und assoziierte Mitglieder, einschließlich Einzelpersonen aus 27 europäischen Ländern. Alle diese Organisationen arbeiten daran, das Recht und das Wohlergehen von Kindern und jungen Menschen zu unterstützen. Unsere Mitglieder sind sehr verschieden, sie arbeiten sowohl auf lokaler, auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Zu unseren Mitgliedern gehören ebenfalls nationale Dachverbände z.B. aus Großbritannien, sowie länderübergreifende Netzwerke. Aus Deutschland haben wir eine Mitgliedsorganisation, die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, kurz AGJ. Auch dabei handelt es sich um eine Dachorganisation. Bei uns sind aber auch kleinere Organisationen der regionalen und lokalen Ebene Mitglied. Auf europäischer Ebene sind wir einzigartig: Wir konzentrieren uns nicht nur auf NGOs oder Wohlfahrtsorganisationen, wir sind offen für alle, für lokale Behörden ebenso wie für Berufsverbände. Diese Organisationsstruktur wurde bewusst so offen entwickelt, als Eurochild 2004 gegründet wurde, damit bei der Unterstützung und Förderung der Rechte der Kinder eine Brücke geschlagen wird zwischen den verschiedenen Institutionen. Wir kämpfen dafür, dass die Kinderrechte auf EU-Ebene sichtbarer werden und wir arbeiten dabei mit den EU-Einrichtungen zusammen. Unsere Arbeit zielt darauf ab, den Austausch über „best practice“ sowie den Zugewinn von Kompetenzen zwischen den Mitgliedern zu fördern. Wir konzentrieren uns auf Schlüsselthemen und bringen verschiedene Mitglieder in Kontakt miteinander. Dies geschieht im Wesentlichen durch länderübergreifende, thematische Arbeitsgruppen. Das Ziel von Eurochild ist es,

Hintergrundpapiere zu erstellen, die sich direkt auf die Praxis beziehen und mit denen die politische Entscheidungsfindung unterstützt werden kann.
Was wissen wir nun über Kinderarmut in der EU? Ich möchte nicht so sehr ins Detail gehen, Sie haben heute Morgen schon viel gehört über Einkommensarmut. Wir wissen, dass es in der Europäischen Union 19 Millionen Kinder gibt, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Es gibt jedoch sehr große Unterschiede hinsichtlich der Kinderarmutsraten in den europäischen Ländern, von neun bis zehn Prozent in den nordischen Staaten bis hin zu 27 und 29 Prozent in Litauen und Polen. Wir haben bereits über Haushalte von Alleinerziehenden und von kinderreichen Familien gesprochen. Aber was ist mit den Haushalten, in denen Arbeitslosigkeit herrscht? Dort liegt eines der größten Armutsrisiken für Kinder. Es gibt noch viele weitere Risikogruppen, aber das ist nicht das Thema, über das ich heute sprechen will.
Von Bedeutung sind nicht nur die Indikatoren für die Einkommensarmut, wichtig ist vielmehr: Was wollen wir für Europa in Zukunft erreichen? Es kann nicht nur darum gehen, dass ausreichend gebildetes Humankapital vorhanden ist, um in der Lage zu sein, das volle ökonomische Potenzial Europas zu entwickeln. Wir müssen uns auch die Umstände ansehen, unter denen die Kinder aufwachsen. Werden sie geliebt? Haben sie das Gefühl, dass sie in den Familien unterstützt werden? Sind sie in der Lage, die familiären und gesellschaftlichen Möglichkeiten zu nutzen und aktiv daran teilzunehmen? Erhalten die Familien und die Kinder die notwendige Unterstützung durch den Staat? Das ist das wesentlich umfangreichere Konzept von Eurochild. .Natürlich geht es auch um die Potenziale der Kinder, die sie für den zukünftigen Arbeitsmarkt haben, aber wir konzentrieren uns vor allen Dingen auf das gegenwärtige Wohlergehen der Kinder. Das heißt, wir beschäftigen uns mit den Kindern so wie sie jetzt sind und nicht als zukünftige Erwachsene.
Ich möchte ganz kurz etwas zur Politik der Europäischen Union sagen. Im Laufe der letzten 6 bis 10 Jahre und im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) ist meines Erachtens das Bewusstsein und das Wissen über die Kinderarmut und den sozialen Schutz in Europa gestiegen. Obwohl es ein weiches Instrument ist, hat es dazu geführt, dass es inzwischen nationale Aktionspläne gibt, die auch wichtig sind hinsichtlich der Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut. Es gibt den gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung, der vom Europäischen Rat und von der EU-Kommission erarbeitet wurde und es gibt Aktionsprogramme zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Diese Entwicklung wurde durch eine Vielzahl von Studien unterstützt, verschiedene Netzwerke von ExpertInnen haben zusammengearbeitet und diskutiert. Auch unser Netzwerk gehörte dazu und ich glaube, dass es sehr wichtig ist, einen Ansatz zu verfolgen, bei dem alle Organe zusammenarbeiten. Wir haben seit Anfang dieses Jahres eine Partnerschaftsvereinbarung mit der Europäischen Kommission im Rahmen des PROGRESS-Projektes, dem Gemeinschaftsprogramm für Beschäftigung und Soziale

Solidarität. Das ist eine sehr progressive Herangehensweise im Rahmen der Netzwerkgestaltung. Dieser Prozess ist sicherlich nicht perfekt, aber er erfährt breitere, offizielle politische Anerkennung. Man sieht das zum Beispiel anhand der Erklärung des Europäischen Rates, dass Kinderarmut in den Vordergrund gerückt werden muss, dass alle Kinder gleiche Chancen erhalten müssen, ungeachtet deren sozialer Herkunft. Im Jahr 2007 wurde auch eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der ExpertInnen zum Thema Kinderarmut und Kindeswohl miteinander verbunden sind und die mit Fragebögen zur Kinderarmut an die relevanten staatlichen Einrichtungen in den europäischen Mitgliedsländern herangetreten ist. 2006 hat Eurochild einen Bericht erstellt, der die Strategien im Kampf gegen Kinderarmut in jedem einzelnen Mitgliedsland analysiert und die Potenziale aufgezeigt hat, die in jedem Land vorhanden sind. Es gibt also bereits Empfehlungen und Dominic Richardson hat diesen Morgen schon darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr ein Strategiebericht zum Wohlergehen der Kinder in Europa veröffentlicht wurde. Das ist ein sehr wichtiges europäisches Dokument, das auch Politikreformen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten unterstützen und fördern kann. Durch diese Prozesse auf europäischer Ebene kann sichergestellt werden, dass die Mitgliedsstaaten dieses Thema ernst nehmen. Und wir haben tatsächlich bereits einige Fortschritte erzielt: es gibt Belege für eine stärkere multidimensionale Herangehensweise, wir haben bessere Zielsetzungen, ein besseres Monitoring. Und was die Zahlen angeht, ist die Kinderarmut in Europa mehr oder weniger stabil geblieben.

Allerdings ist es für uns nicht hinnehmbar, dass das Wohlergehen von Kindern vor allem deswegen Beachtung findet, weil sie zu möglichst ergiebigen Kräften des zukünftigen europäischen Arbeitsmarktes heranwachsen sollen. Sicher ist es wichtig, dass sie eine gute Bildung erhalten. Aber wir fühlen uns ebenfalls verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Kinder ihr volles Potenzial ausschöpfen können, dass ihnen eine individuelle Entwicklung ermöglicht wird und dass sie in der Lage sind, ihre Kindheit auch wirklich genießen zu können.

Ein weiteres Schlüsselthema für uns ist, dass es bisher keine Anerkennung für Kinder als Vertreter ihrer eigenen Interessen gibt. Es finden keine Konsultationen mit Kindern und Jugendlichen statt. Und es gibt auch kaum Pläne, Kinder als Akteure in diesen Prozess mit einzubeziehen. Im Rahmen der sozialpolitischen OMK gibt es jährliche Treffen mit Personen, die in Armut leben. Diese werden von der jeweiligen EU-Präsidentschaft in jedem ersten Halbjahr organisiert und ich glaube, das ist ein sehr guter Ansatz. Aber die Idee, Kinder und junge Menschen selbst mit einzubeziehen, wurde noch nicht realisiert. Eurochild ist an diesem Prozess beteiligt, wir sind Partner in der OMK und wir arbeiten an einer entsprechenden Weiterentwicklung dieser Methode. Im Juli 2006 wurde eine EU-Strategie zu den Rechten der Kinder ins Leben gerufen, bei der es um die Berücksichtigung der grundlegenden Rechte der Kinder und Jugendlichen im Rahmen der EU-Politik geht. Diese

Strategie verpflichtet die Europäische Union, Daten bezüglich der sozialen Ausgrenzung von Kindern bereitzustellen. Geplant ist auch, ein Konsultationsdokument zu veröffentlichen. Am 9. Dezember wird es dazu ein EU-Forum über die Kinderrechte geben.

Die EU hat versprochen, Kinder mit einzubeziehen und eine richtige Strategie zu entwickeln.

Wenn wir uns die Zukunft anschauen, müssen wir verstärkt in der OMC arbeiten und das Ziel, den Kampf gegen Armut und sozialen Ausschluss bis 2010 weiterverfolgen. Die Europäische Union muss sich auf die Armutsbekämpfung konzentrieren und die europäische Armut sichtbarer machen. Wenn ich mit Menschen über Armut gesprochen habe, dachten die immer, Armut sei kein Problem innerhalb der EU, das tritt nur außerhalb der Europäischen Union auf. Deshalb müssen wir auch das öffentliche Bewusstsein für die Armutssituation in der EU erhöhen.

Nun zu den zentralen Botschaften meines Vortrages: Wir sind im Prozess, ein Positionspapier zu erarbeiten. Die vier Schlüsselbereiche dabei sind: ein kindzentrierter Ansatz, die politische Führung und Sichtbarkeit, die Koordinierung aller Politikbereiche sowie die direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Das ist wichtig, das ändert unser Verständnis für Kinderarmut und auch, wie das von der Politik umgesetzt wird und aufgefasst wird. Im Bereich der politischen Führung und Sichtbarkeit ist es sehr wichtig, dass es eine Verpflichtung auf deutlich benannte Ziele gibt, sowohl auf nationaler Ebene als auch auf EU-Ebene. Diese müssen durch klare Prozesse unterstützt werden und sie müssen kontrolliert werden, um einen tatsächlichen Fortschritt zu erreichen. Trotz des ganzen Wissens, über das wir verfügen, haben sich die Armuts-Zahlen nicht verändert. Wir brauchen politische Diskussionen, um die Aufmerksamkeit auf das Problem zu lenken. Und wir müssen die Mitgliedsstaaten stärker in die Verantwortung nehmen. Es gibt keine Pflicht, die Empfehlungen der europäischen Ebene umzusetzen. Sie stimmen den Beschlüssen zwar zu, aber es hat keinen Effekt auf die nationale Politik. Das heißt, wir müssen sie dazu zwingen, die Ziele zu überwachen und genau zu kontrollieren, was wirklich getan wird. Dafür brauchen wir auch bessere Indikatoren.

Wir würden gerne auch einen Kommissar für Kinderrechte auf EU-Level haben. Momentan gibt es einen Kommissar für Gerechtigkeit und Freiheit, aber man muss sich auf europäischer Ebene auch ganz gezielt mit dem Schutz der Kinder beschäftigen. Deshalb brauchen wir wirklich jemanden, der sich auf EU-Ebene für die Kinder einsetzt. Das muss auf jeden Fall geschehen. Wenn wir diese politische Sichtbarkeit erlangen, sollten wir sehen, dass dadurch auch eine breitere Koordinierung der politischen Methoden und der Politikbereiche insgesamt hinsichtlich des Kindeswohls erreicht wird und dass ein Screening erfolgt um zu beobachten, welchen Einfluss die Politik der EU auf Kinder und junge Menschen hat.

Zur Teilhabe der Kinder: Da gibt es sehr viel, was schon getan wurde mit gutem Erfolg, aber wir müssen sicherstellen, dass Mechanismen entwickelt werden, die Kinder noch viel mehr dazu befähigen, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, die sie betreffen. Einige Ziele finden sich bereits in dem erwähnten Kommunikationspapier zu den Kinderrechten in der EU.

Was unsere Organisation Eurochild betrifft: Wir und unsere Mitglieder analysieren zurzeit nationale Strategieberichte zur sozialen Eingliederung und entwickeln daraus unsere eigene Position. Wir haben etwa 17 Mitgliedsorganisationen, die sich an dieser Analyse beteiligen, in Deutschland ist das die AGJ. Wir führen darüber hinaus Gespräche mit den Betroffenen, wir folgen also selbst einem kindzentrierten Ansatz, und wir formulieren daraus ganz klare Empfehlungen, die wir dann im Februar 2009 innerhalb des Parlaments der EU vorstellen werden. Das übernimmt eine Vertreterin von uns, die speziell für das Thema Armut und soziale Ausgrenzung auf EU-Ebene verantwortlich ist. Im November 2009 veranstalten wir eine Konferenz, bei der wir noch einmal die Indikatoren und auch die Ziele der Armutsbekämpfung betrachten wollen, um zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf die reale Situation der Kinder und Jugendlichen haben. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit wird natürlich auch das Europäische Jahr 2010 sein, das Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, mit dem Ziel, der Kinderarmut ein Gesicht zu geben und die Armutsverhältnisse in der EU offen zu legen..

Ich werde an dieser Stelle jetzt Schluss machen. Ich weiß, dass es noch sehr viele weitere Informationen gibt und vieles, was hier ebenfalls noch zur Sprache kommen soll. Wer noch Fragen an mich hat, kann mich deshalb gerne während des Nachmittags ansprechen.

Danke schön!

Impulse und Diskussionen aus den Workshops

Workshop I: Bildung

Moderation: *Peggi Liebisch*
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V., AGF, Berlin

TeilnehmerInnen: *Geert Jørgensen (Børnesagens Fællesråd), Kopenhagen*
Jana Hainsworth (Eurochild), Brüssel
Irena Topinska (CASE), Warschau
Jochen Schäfer (AGF), Berlin

Statement: *Marion MacLeod*
Children in Scotland, Edinburgh

Im Zentrum des Workshops standen die Fragestellungen: Was bedeutet Armut in Bezug auf Bildung? Welche Probleme ergeben sich? Wie unterscheiden sich die Mitgliedsstaaten diesbezüglich? Wie beurteilen sie ihre eigenen Maßnahmen und die Maßnahmen anderer? Gibt es gemeinsame Aspekte, aus denen sich europäische Forderungen ableiten lassen? Machen Forderungen auf der europäischen Ebene Sinn?

Marion MacLeod stellte zunächst die Arbeitsstrukturen und die inhaltlichen Schwerpunkte ihrer Organisation vor und gab einen fundierten Einblick in die Armutslage von Kindern und Jugendlichen in Schottland. Children in Scotland ist eine Dachorganisation, die ca. 400 verschiedene Einrichtungen umfasst, darunter Freiwilligenagenturen, lokale Behörden, Schulen, Universitäten und Einzelpersonen. Children in Scotland hat das Ziel, die Lebensbedingungen von Kindern und jungen Menschen zu verbessern und ihre Interessen stärker in der Politik zu berücksichtigen. Die Arbeit konzentriert sich dabei vor allem auf die Rechte und die Teilhabe von Kindern sowie auf die Einforderung einer guten, universellen Vorschulbildung. Zu diesem Zweck werden von der Organisation eigene Studien durchgeführt, Publikationen erstellt sowie Weiterbildungen und Konferenzen veranstaltet. Children in Scotland versucht darüber hinaus, die nationale Politik entsprechend zu beeinflussen. Sie fungiert in diesem Zusammenhang auch als nationaler Berater.

Schottland steht im europäischen Vergleich der Kinderarmut auf einer sehr schlechten Position. In den letzten Jahren hat sich die Situation nochmals zunehmend verschlechtert. Nach den Angaben von Marion MacLeod war Schottland im Jahr 1969 das sechstschlechteste Land innerhalb Europas hinsichtlich der Kinderarmut, heute ist es bereits das viertschlechteste. Gegenwärtig leben in Schottland etwa 250 000 Kinder in Armut, das entspricht etwa 25 Prozent aller Kinder. Materielle Armut hat klare Auswirkungen auf die Entwicklung in anderen Lebensbereichen. Kinder aus armen Familien haben generell weniger Chancen im Leben. Die negativen Folgen sind häufig schlechte Schulabschlüsse bis

hin zum Schulabbruch, Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Gesundheitsprobleme, eine geringere Lebenserwartung und verstärkter Drogenkonsum. In Schottland ist materielle Armut stark mit anderen Risikofaktoren verbunden. Dazu zählen in erster Linie das Leben als allein erziehender Elternteil, Teenager-Schwangerschaften, problematische Wohnverhältnisse und mangelhafte Ernährung. Da es jeweils in London und in Schottland eine Regierung gibt und Schottland nicht die volle Entscheidungsbefugnis hat, sondern die Zustimmung Londons bei einigen Gesetzesänderungen notwendig wird, ist es auch in Schottland ein langwieriger und schwieriger Prozess, Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Minderung der Folgen durchzusetzen. Beispielsweise ist die Schottische Regierung zwar für die Bereiche Gesundheit und Bildung zuständig, die soziale Sicherung aber wiederum zählt zu den Aufgaben der Londoner Regierung. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung in London zielen vorrangig auf die Ausweitung der Beschäftigung ab. Dazu zählen beispielsweise die Einführung eines Mindestlohns, Veränderung im Steuersystem sowie die Entwicklung einer nationalen Kinderbetreuungsinitiative. Die schottische Regierung entwickelt zurzeit eine eigene Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut. Dabei geht es neben der Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs vor allem darum, die Bildungschancen für benachteiligte Kinder zu verbessern, die Ungleichheiten im Gesundheitszustand zu beseitigen, eine frühzeitige Intervention für benachteiligte Kinder zu gewährleisten und den Zugang zu kostenlosem Schulessen zu erleichtern. Der Bildungsbereich wird als ein wesentlicher Aspekt bei der Armutsvermeidung betrachtet. Bisher wurden bereits verschiedene bildungspolitische Maßnahmen eingeführt wie etwa das Sure Start Programm oder das Recht aller 3- und 4-jährigen Kinder auf kostenlose Kindergartenerziehung. Es gibt aktuell weitere verschiedene Pläne, das Bildungssystem zu verändern. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, die Kinderarmut bis 2010 zu halbieren und bis 2020 ganz zu beseitigen. Ein gemeinsamer europäischer Aktionsplan würde dieses Vorhaben bekräftigen und stützen.

Im Anschluss an diese Einführung schilderten die Workshop-Teilnehmer die Bildungssituation in ihrem jeweiligen Land. Irena Topińska berichtete, dass in Polen die Vorschulerziehung teuer und nicht verpflichtend ist, daher gehen Kinder aus armen Familien nicht in die Vorschule. Gleichzeitig gibt es auch nicht genügend Einrichtungen, so dass prinzipiell nicht alle Kinder in die Vorschule gehen können. Die polnische Regierung plant derzeit, das Schulalter herabzusetzen, es gibt jedoch starke Bewegungen gegen diesen Versuch, da die Meinung vorherrscht, die Kinder seien dann noch zu klein. Insbesondere Kinder in ländlichen Gebieten gehen oft nicht regelmäßig in die Schule, dies gilt auch für Kinder mit Migrationshintergrund. Die polnische Regierung versuchte jedoch, Programme zur Schulintegration zu starten. Grundsätzlich besteht eine Art Bildungsdiskriminierung der armen Kinder. Irena Topińska wies jedoch auch darauf hin, dass nicht nur die Bildung der Kinder verbessert werden muss, sondern auch die Erwachsenenbildung.

Die Situation in Dänemark gestaltet sich dagegen ganz anders als in Schottland, so Geert Jørgensen. Dort geht fast jedes Kind in den Kindergarten, 85 Prozent der Schulen sind öffentlich und auch bei Privatschulen wird ein Großteil der Kosten von der Regierung gezahlt. Allerdings gibt es die gleichen Risikofaktoren für eine unzureichende Bildung. Insgesamt schaffen nur 85 Prozent der Schüler einen höheren Schulabschluss. Es gibt in Dänemark Programme zur Förderung des Vorschulbesuchs sowie zur Steigerung der Anzahl von SchülerInnen mit einem guten Schulabschluss und zur Verbesserung der Elternförderung. Auch in Dänemark gibt es eine Korrelation hinsichtlich der Höhe des Einkommens der Eltern und der Anzahl der Bücher im Haushalt mit dem Bildungsniveau des Kindes. Bei der Bekämpfung der Kinderarmut liegt der Schwerpunkt der Regierung auch auf der Bildung, diskutiert werden zum Beispiel die Verkleinerung der Klassengrößen, doch wichtiger wäre etwa die Einführung eines Frühstücks in der Schule.
Peggi Liebisch berichtete über das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland, das bereits durch seine Struktur Kinder ausgrenzt, die die unteren, „schlechten“ Schultypen besuchen. Darüber hinaus ist Bildung nicht frei zugänglich, zum Beispiel müssen Lehrbücher und anderes Unterrichtsmaterial gekauft werden. Auch die Vorschulbetreuung ist teuer. Grundsätzlich gibt es in Deutschland verschiedene Bildungsstrukturen in den einzelnen Bundesländern, die in erster Linie für den Bildungsbereich verantwortlich sind. Bisher sehen die Regierungen den Zusammenhang nicht, dass durch Investitionen in die Bildung auch Investitionen in die Zukunft geleistet werden.
Die Schwerpunkte der bildungspolitischen Arbeit von Eurochild liegen laut Jana Hainsworth auf der Förderung im frühen Kindesalter. In dieser Altersgruppe muss nicht nur Betreuung gewährt werden, sondern auch bereits Bildung erfolgen. Entsprechend der europäischen Zielvorgaben sollen 33 Prozent der Kinder in der EU eine Vorschuleinrichtung besuchen und 90 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz erhalten. Bei diesem Ziel sollte jedoch das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen, nicht allein der verbesserte Zugang der Frauen zum Arbeitsmarkt. Daher muss die Qualität der Bildung im Vorschulalter erhöht werden.

In der nachfolgenden Diskussion wurde Bildung als Schlüssel aus der Armut genannt. Problematisch sei jedoch, dass positive Veränderungen nicht sofort erkennbar sind, die Regierungen aber oft sofortige Fortschritte sehen wollen.
Die Bildung wurde als ein sehr komplexes, mehrdimensionales Thema bezeichnet mit Beziehungen zur Gesundheit, zur Pflege sowie zur Ernährung. Dabei gilt es, immer auch die Eltern mit einzubeziehen und zu unterstützen bzw. weiter zu bilden. Auch die Prävention bei Risikofaktoren wurde als wichtig erachtet, zum Beispiel sollte es Präventionsmaßnahmen hinsichtlich der Kinder- und Jugendkriminalität geben. Es wurde angemerkt, dass die

LehrerInnenbildung oft mangelhaft ist und LehrerInnen beispielsweise oft nicht mit den besonderen Lebenslagen von SchülerInnen mit Migrationshintergrund umgehen können. Dies ist jedoch wichtig für deren Anerkennung und Förderung. Einigkeit bestand dahin gehend, dass entsprechende Maßnahmen und die Umverteilung der Mittel in der Regel nicht sofort durchführbar sind und es daher schwierig ist, die theoretischen Erkenntnisse in Regierungsmaßnahmen umzusetzen. Die EU könnte jedoch auch in Bezug auf die Verbesserung der Bildung Einfluss nehmen, beispielsweise durch eine finanzielle Unterstützung. Grundsätzlich muss die Bevölkerung besser über die Armutslage in Europa informiert werden. Es wurde kritisch bemerkt, dass es auch in Europa Kinder gibt, die nicht am nationalen Bildungssystem teilnehmen können, wie zum Beispiel Flüchtlingskinder. Daneben gibt es auch Kinder, die nur sehr unregelmäßig in die Schule gehen, da sie zu Hause mitarbeiten oder auf die Geschwister aufpassen müssen. Daher ist ein System notwendig, indem wirklich alle Kinder beteiligt werden können.
Dabei ist es wichtig, Maßnahmen aus der Sichtweise der Kinder zu gestalten und sie nicht lediglich „einzupassen", damit sie später als funktionstüchtige Kräfte für den Arbeitsmarkt fungieren. Es muss verschiedene Arten von Bildung geben, passend für verschiedene Kinder. Bei der Verbesserung der Bildungschancen sollte ebenfalls der Genderaspekt berücksichtiget werden: oft machen Frauen nicht so einen hohen Abschluss wie Männer, dadurch verdienen sie weniger und haben so ein höheres Risiko unter die Armutsgrenze zu fallen. Diskutiert wurden auch die Fragen, ob es arme Kinder im frei verfügbaren staatlichen Bildungssystem generell schwerer haben und ob der Zeitpunkt des Bildungsbeginns bedeutsamer ist als andere Aspekte, wie etwa die Unterstützung durch die Eltern.

Ergebnisse

Die Workshop-TeilnehmerInnen einigten sich darauf, dass die Priorität bei der Förderung der Bildung auf der **Intervention im frühen Kindesalter** liegt. Es muss eine **umfassende Prävention** stattfinden, kein notdürftiges „Reparieren" bei bereits bestehenden Problemen. Auch eine **verbesserte Aus- und Weiterbildung der LehrerInnen** ist wichtig, zusätzlich müssen die **Eltern** unterstützt werden. Als eine Möglichkeit wurde dabei das dänische Modell der Familienzentren genannt, in denen die Teilnahme der Eltern und der Austausch gefördert werden. Der **Gender-Aspekt in der Bildung** muss ebenfalls berücksichtigt werden.
Wichtig ist darüber hinaus eine stärkere Berücksichtigung der Kinderrechte. Insbesondere ist die **Stellung des Kindes im Bildungssystem** zu **verbessern**: das Kind muss im Zentrum stehen, das System sollte sich an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und **alle Kinder müssen vom Bildungssystem erfasst werden**.

Workshop II: Teilhabe

Moderation: *Cornelia Spohn*
Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf) e.V., AGF, Frankfurt/Main

TeilnehmerInnen: *Luk de Smet (Gezinsbond), Brüssel*
Kajsa Dahlström (Globeträdet), Stockholm
Mari Cruz de la Torre (Isadora Duncan), León
Maria Garcia Alvarez (Isadora Duncan), León
Cristina Prieto Puente (Isadora Duncan), León
Edith Schwab (VAMV, AGF), Berlin

Statement: *Jeanne Dietrich*
UNIOPSS, Paris

Jeanne Dietrich machte zu Beginn deutlich, dass eine Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen an den politischen Entscheidungsprozessen außerordentlich wichtig ist für eine glaubwürdige und wirksame Sozialpolitik. Das Ziel dabei sollte es sein, die Erfahrungen und Problemlagen armer Menschen anzuhören, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv für die Verbesserung ihrer Situation einzusetzen und im Gespräch mit der Politik sowie mit Sozialverbänden gemeinsam effektive Lösungen zu entwickeln. Eine gelungene Teilhabe in diesem Sinn ist möglich, wenn man die Betroffenen auf allen politischen Entscheidungsebenen, d.h. lokal, national und international, selbst zu Wort kommen lässt.
In Frankreich gibt es bereits einige Beispiele für die Beteiligung von Menschen in prekären Lebenslagen. Der Regionalverband URIOPSS Nord pas de Calais, der sich vor allem mit dem Thema der Arbeitslosigkeit befasst, organisiert beispielsweise regelmäßig Veranstaltungen, bei denen GeringverdienerInnen und Arbeitslose ihre bisherigen Erfahrungen reflektieren und auch Fragen an anwesende LokalpolitikerInnen sowie SozialwissenschaftlerInnen stellen können.
Auf nationaler Ebene finden ebenfalls regelmäßige Treffen des Nationalen Rates für die Armutsbekämpfung statt, der einmal im Monat zusammenkommt. Zu diesen Gesprächen werden neben BehördenvertreterInnen und NGOs der lokalen Ebene direkt von Armut betroffene Personen eingeladen. Auch die französische Regierung selbst hat bereits eine Konsultation unter Beteiligung von sozial benachteiligten Menschen durchgeführt, mit dem Ziel, die vertraglichen Sonderbedingungen für Langzeitarbeitslose neu zu definieren. Im Rahmen dieser Anhörung hatten die Betroffenen den gleichen Stellenwert wie die VertreterInnen von Gewerkschaften, der Handelskammern oder der Politik.
Ein Beispiel, wie die Beteiligung von der lokalen und nationalen Ebene auch auf die europäische Ebene transformiert werden kann, liefern die jährlichen Europäischen Treffen der Menschen mit Armutserfahrungen. Im Rahmen der regionalen Veranstaltungen unter Beteiligung der von Armut betroffenen Menschen wird ein Vertreter oder eine Vertreterin der

jeweiligen Region gewählt. Mit der Unterstützung durch SozialarbeiterInnen erarbeiten diese dann gemeinsam ihre Positionen, um sie den RepräsentantInnen der Europäischen Kommission vorzutragen.
Die direkte Teilhabe der von Armut Betroffenen bringt Vorteile für alle Seiten. Die betroffenen Menschen haben die Möglichkeit, für sich selbst zu sprechen, die unterstützenden SozialarbeiterInnen können den Erfolg ihrer Arbeit direkt sehen und die PolitikerInnen erhalten Rückmeldungen aus „erster Hand". Eine erfolgreiche Beteiligung verlangt jedoch auch sorgfältige Vorbereitungen: klare Zielsetzungen, die Einbindung der betroffenen Menschen über einen längeren Zeitraum und die Vermittlung der notwendigen „Werkzeuge" für ihre Wortmeldungen sind wichtige Bedingungen für eine gelungene Teilhabe.

Nach diesem Beitrag von Frau Dietrich äußerten die TeilnehmerInnen große Zustimmung, dass besonders im alltäglichen Kampf gegen Armut die Bedürfnisse der Betroffenen berücksichtigt werden müssen. Das Ziel dabei sollte es sein, Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft zu verbinden und Armut als Problem transparent zu machen. Sehr schnell tauchte jedoch die Frage auf, wie die Menschen für diese Art der Beteiligung zu begeistern wären. Für die von Armut betroffenen Menschen sei vermutlich bereits die Beachtung ihrer persönlichen Erfahrungen eine wichtige Wertschätzung und Motivation. Doch wie kann man den Menschen in Armut eine politische Stimme geben? Kajsa Dahlström erklärte, dass dies am besten durch Aktivitäten wie Theater, Musik oder ähnliches gelingen kann. Sie berichtete über ihre Erfahrungen mit dem „reisenden Theater" ihrer Organisation Globetree, die sich weltweit für bessere Zukunftschancen von Kindern einsetzt und diese aktiv mit einbezieht. Diese Vorführungen, bei denen Kinder aus ihrem Leben und ihren Gedanken erzählen, hätten letztlich auch für Ministerien und besser gestellte Kreise stattgefunden. Sie betonte, dass es einen wichtigen Unterschied macht, ob Kinder für sich selbst sprechen oder ob dies Erwachsene für sie tun, da den Kindern mehr Beachtung geschenkt wird.
Ob die PolitikerInnen zu mehr Beteiligung der Betroffenen motiviert werden können, blieb fraglich, insbesondere durch die Tatsache, dass sich die Politik immer stärker der sozialen Verantwortung entzieht und die sozialen Risiken zunehmend privatisiert. Möglicherweise müssten zusätzliche Anreize für die PolitikerInnen geschaffen werden, etwa durch geladene Gäste bzw. Paten mit großem Prestige. Wichtig sei jedoch, dass die PolitikerInnen die Möglichkeit haben, den Betroffenen zuzuhören. Ein positives Beispiel zur Einbindung der politischen Ebene führte Luk de Smet aus Belgien an. Dort gibt es in jeder Region ein Public Service Center, das vom Staat Gelder zugewiesen bekommt, um die Teilhabe der Menschen in der Region zu fördern.

Die DiskussionsteilnehmerInnen einigten sich schließlich darauf, dass die Politik ein **regelmäßiges, fixes Budget zur Unterstützung der Betroffenen** bereitstellen sollte, um deren Teilhabe zu ermöglichen. Diese sollte vor allem **durch künstlerische Methoden** umgesetzt werden, um die Herzen zu öffnen und zu motivieren und den **Prinzipien des Empowerment sowie des aktiven Zuhörens** folgen.

Workshop III: Beschäftigung und Einkommen

Moderation: *Dr. Insa Schöningh*
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), AGF, Berlin

TeilnehmerInnen: *Siegfried Stresing (DFV, AGF), Berlin*
Sabine Mundolf (eaf, AGF), Berlin
Markus Faßhauer (FDK, AGF), Berlin
Ivonne Famula (AGF), Berlin

Statement: *Prof. Dr. Elżbieta Tarkowska*
Polnische Akademie der Wissenschaften (PAN), Warschau

Dr. Tarkowska stellte zu Beginn kurz die Armutssituation in Polen dar. Demnach hat sich die Armut seit dem Beitritt Polens zur EU verringert, was vor allem mit dem daraus folgenden ökonomischen Aufschwung in Polen zusammenhängt. Allerdings steigt die Anzahl derer, die in Niedriglohnverhältnissen Beschäftigung finden und trotz Arbeit nicht über ein ausreichendes Einkommen verfügen.

In Polen ist Armut in erster Linie ein ländliches Problem. Besonders betroffen sind vor allem zwei Gruppen: Bauern mit kleinen Höfen (Selbstversorger) und geringem Einkommen,

die in verdeckter Armut leben sowie die Bevölkerung in Gebieten ehemaliger ländlicher Staatsbetriebe (Genossenschaften), da diese häufig an „isolierten“ Orten liegen und über keine ausreichende Infrastruktur verfügen. Der Zugang dieser Kinder und Jugendlichen zu Bildung ist beispielsweise kaum möglich, da Institutionen teilweise geschlossen oder schwer zu erreichen sind. Auch Arbeitsplätze sind kaum vorhanden. In diesen Gebieten erreicht Armut nahezu jede Familie, daher nennt Dr. Tarkowska sie „Enklaven der Armut“. Die Gefahr permanenter Armut besteht in solchen Zusammenhängen in hohem Maße.

Armut ist eng verknüpft mit Arbeitslosigkeit. Um dieser oder der Arbeit im Niedriglohnsektor zu entgehen, ist Arbeitsmigration ein weit verbreitetes Phänomen in Polen. Dies hat jedoch zur Folge, dass bislang etwa 100.000 Kinder zurückgelassen wurden, was häufig zu ihrer sozialen Ausgrenzung führt. Zwar kann nun durch Erwerbstätigkeit im Ausland materielle Sicherheit gewährleistet werden, jedoch ersetzt diese nicht die emotionale, elterliche Fürsorge.

Kinderreiche Familien betrifft die Armut besonders. Generell ist die Armut der polnischen Kinder und Jugendlichen ein beständiges Problem, da die Armut von Generation zu Generation vererbt wird und feste Lohn- bzw. Arbeitsverhältnisse für Jugendliche in Polen kaum erreichbar sind. Die gelebte Kindheit ist bei armen Familien in ihrer Dauer kürzer, da diese Kinder schon früh Verantwortung übernehmen müssen. Auch Formen der Kinderarbeit, wie der Verkauf von Pilzen und Beeren, sind bei außerordentlich schwierigen ökonomischen Verhältnissen von Familien teilweise anzutreffen. Insgesamt wird das Gefälle zwischen arm

und reich in Polen größer. Die Tendenz weist in folgende Richtung: Armut und Arbeitslosigkeit nehmen zwar ab, dennoch breitet sich Armut unter Kindern und Jugendlichen zusehends aus. Diese Entwicklung findet jedoch nicht ausreichend Anerkennung in der polnischen Politik und der Öffentlichkeit, daher wird die Armut in Polen kaum wahrgenommen, sie bleibt oftmals „unsichtbar“.
Da in Polen weitgehend traditionelle Rollenmuster in Bezug auf Familie gelten und sich die Rolle des Mannes auf das Geldverdienen beschränkt, während sich Frauen um die Organisation des „restlichen Lebens“ kümmern, wird die Verantwortung der Armutsbekämpfung oft auf die Frauen und Mütter abgeschoben: Es gehört in Polen traditionell zu deren Aufgaben, die tägliche Versorgung der Familie sicher zu stellen, sich um die Erziehung und Bildung der Kinder zu kümmern sowie Behördengänge zu erledigen. Gleichzeitig sind Frauen eine eigene Armutsrisikogruppe, denn sie verdienen im Durchschnitt 20 Prozent weniger und erhalten durchschnittlich 30 Prozent weniger Rente als Männer. Dies gilt es zu beachten, vor allem wenn man Kinderarmut unter alleinerziehenden Frauen betrachtet, da deren Zahl zunimmt. Während Arme in Polen vor einiger Zeit noch als unglückliche „Opfer“ galten, hat sich das öffentliche Bild der Armen inzwischen zum „Faulpelz“ gewandelt.

In der folgenden Diskussion wurde zunächst eine Gegenüberstellung der deutschen und der polnischen Armutslagen getroffen. In beiden Ländern gibt es grundsätzlich einen deutlichen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut, wobei trotz sinkender Arbeitslosigkeit die Zahl der von Armut betroffenen Kinder stagniert beziehungsweise sogar steigt. Wie Polen verzeichnet auch Deutschland eine zunehmende Beschäftigung im Niedriglohnbereich und auf der Grundlage unsicherer Arbeitsverhältnisse sowie schwierige Arbeitsmarktbedingungen für junge Berufseinsteiger und Frauen, die zudem oft geringer entlohnt werden. In Polen stellt die größtenteils nicht vorhandene Infrastruktur der Kinderbetreuung eine weitere Schwierigkeit für die Arbeitsaufnahme von Frauen dar.
Kinderarmut in Deutschland stellt sich eher als ein urbanes Problem dar. Eine wesentliche Risikogruppe dabei sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in Verbindung mit einem geringen Bildungsniveau überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind. Eine solche „ethnische Dimension“ der Armut gibt es nach Angaben von Frau Tarkowska in Polen nicht. Trotz des überwiegend städtischen Armutsproblems wurde festgestellt, dass auch in den Regionen der ehemaligen landwirtschaftlichen Großbetriebe in Ostdeutschland, die ähnliche Strukturen wie die ländlichen Staatsbetriebe aufwiesen, besondere Schwierigkeiten bestehen.
Anders als in Polen sind Kinderarmut und die wachsende Kluft zwischen arm und reich inzwischen ein viel diskutiertes Thema in Deutschland. Die Armut erreicht zunehmend die Mittelschicht und schränkt auch deren Teilhabe am öffentlichen Leben ein.

Im Anschluss an diese Situationsbeschreibungen wurde versucht, Lösungsmöglichkeiten für die Sicherung von Einkommen und Beschäftigung zur Vermeidung von Armut zu finden. Um das in beiden Staaten bestehende Problem der „Working Poor“ zu beseitigen, wurden die **Etablierung langfristiger Arbeitsverhältnisse** und die **Einführung des Mindestlohns** genannt. Jedoch wurde angemerkt, dass dieser möglicherweise mit staatlichen Zuschüssen gestützt werden müsste, da zum Beispiel in Polen der derzeitige Mindestlohn nicht für die Existenzsicherung ausreicht.

Um die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** zu erleichtern, sollte dieser Aspekt verstärkt in das Bewusstsein von Arbeitgebern gerückt werden. Wie, blieb jedoch offen.

Aufgrund der zeitlichen Beschränkung des Workshops blieben folgende Fragen ungeklärt:

- Wie viel Fürsorge, Teilhabe und Erziehung müssen gewährleistet sein, um ein kindgerechtes Aufwachsen zu ermöglichen?
- Wie kann man dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit begegnen?
- Wie können regionale Arbeitssituationen und -bedingungen verbessert werden?

Workshop IV: Soziale Sicherung und Transferleistungen

Moderation: *Carolin Bösing*
Familienbund der Katholiken (FdK), AGF, Berlin

TeilnehmerInnen: *Dr. Albin Nees (DFV, AGF), Berlin*
Françoise Knaack-Hitti (VAMV, AGF), Berlin
Dominic Richardson (OECD), Paris
Eric Marlier (CEPS/INSTEAD Institut), Differdange, Luxemburg
Iris Emmelmann (DFV, AGF), Berlin

Statement: *Dr. Bea Cantillon*
Universität Antwerpen, Belgien

Es gibt viele verschiedene Datenquellen für Statistiken über Kinderarmut, und obwohl das Thema Kinderarmut im Allgemeinen von der Politik vorrangig behandelt wird, gibt es nur minimale Fortschritte bei ihrer Verhinderung. Ein Grund, warum die Umsetzung so schwierig ist, besteht in der Geschwindigkeit, mit der die wirtschaftlichen, demographischen und weitere Gegebenheiten sich ändern. Da die Möglichkeit solch kurzfristiger Änderungen der Grundbedingungen besteht, zögern viele Gesetzgeber, politische Gesetze zu erlassen, die sich schon allzu bald als überholt erweisen könnten.
Für diese Diskussion wurden Messungen der monetären Armut herangezogen, um weltweit Armutsgrenzen für Kinder zu bestimmen, mit besonderer Betonung auf sozialer Sicherung und Transferleistungen. Die Grundidee, die Frau Cantillon der Gruppe unterbreitete, lautete, dass mehr in die soziale Sicherung investiert werden muss, aber mit einem wichtigen Zusatz: sie muss auch für Familien verfügbar sein, die sozialen Schutz benötigen. Länder, die diese Art von Strategie verfolgen, berichten über geringere Kinderarmut, wohingegen Länder wie Italien, die das Pensionssystem eingeführt haben, den Kindern sehr wenig an Leistungen zu bieten haben, sodass ihre Berichte über Kinderarmut erheblich höher ausfallen. Es gibt auch die Option der „benefit strategy"; aber die funktioniert nur, wenn sie in einem gleichgewichtigen Markt umgesetzt wird, da Länder mit hoher Beschäftigungsquote aber niedrigen Löhnen diese Strategie als viel zu teuer empfinden würden.
Das Problem ist, dass bei der Erstellung nationaler Aktionspläne für die soziale Eingliederung oft vergessen wird, wie teuer sie sind und diese deshalb per se schon nicht umgesetzt werden können.

Während den anschließenden Debatten wurden angesichts der momentanen Ängste vor einer globalen Rezession von den TeilnehmerInnen auch Befürchtungen geäußert, welche Auswirkungen diese auf Aktionspläne gegen Kinderarmut haben könnte. Bea Cantillon schlug vor, Schwedens System für Soziale Sicherung und Transferleistungen umzusetzen,

da dieses Modell in mehreren Berichten als allgemeiner Standard benutzt wurde. Aber Dominic Richardson von der OECD warf ein, dass man, um die gleichen Ergebnisse wie in Schweden zu erzielen, auch die Ausgaben entsprechend zuteilen müsste, ansonsten würde das System zusammenbrechen. Er meinte außerdem, dass wir, um Schweden ähnlicher zu werden, eigentlich wie Schweden sein müssten, mitsamt den demographischen Bedingungen von Schweden. Es gibt so viele verschiedenartige Länder in der EU, und die alle mit einem einzigen Land zu vergleichen, schien für viele Teilnehmer ein wenig weit hergeholt.

Ergebnisse

Leider wurden zum Ende der Debatte nur wenige Ideen geäußert, wie denn das derzeitige Problem gelöst werden könne. An erster Stelle stand die nahe liegende Forderung, die Regierungen dazu anzuhalten, die **soziale Eingliederung wieder mehr** zu **forcieren**. Die Enttäuschung war allenthalben groß darüber, dass die Mitgliedsländer nicht genug mit den Informationen anfangen, die ihnen zur Verfügung stehen. Außerdem sollten die **Informationen individuell ausgewertet werden**, um zu sehen, welches System für welches Land das Beste wäre und ob **gegebenenfalls eine Mischlösung** in Frage käme.

Podiumsdiskussion:

Eine gemeinsame Anti-Armutsstrategie für Europa – Utopie oder realistische Chance?

Moderator: *Eric Marlier,*
CEPS/INSTEAD Institut, Luxemburg

Teilnehmer: *Dr. Bea Cantillon, Universität Antwerpen*
Jeanne Dietrich, UNIOPSS, Paris
Marion MacLeod, Children in Scotland, Edinburgh
Dr. Albin Nees, Deutscher Familienverband, AGF, Berlin
Prof. Dr. Elżbieta Tarkowska, PAN, Warschau

Eric Marlier

Ursprünglich hatten wir für die Podiumsdiskussion 90 Minuten zur Verfügung, aber leider müssen Bea Cantillon und ich um fünf Uhr weg, sonst verpassen wir unseren Flug. Wir versuchen trotzdem, alle Ideen und Meinungen hier festzuhalten. Ich möchte zunächst die SprecherInnen vorstellen: Ganz rechts außen sitzt Herr Albin Nees, Doktor der Rechtswissenschaft, Politiker und Staatssekretär im Sozialministerium des Bundeslandes Sachsen aus Deutschland. Er ist der Präsident des Deutschen Familienverbandes und Mitautor eines Lehrbuchs zum Thema Sozialleistungen.

Auf der anderen Seite sitzt Bea Cantillon, sie kommt aus Belgien, wie ich. Bea ist Professorin am Zentrum für Gesellschaftspolitik der Universität von Antwerpen. Sie unterrichtet in den Bereichen Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaaten und hat eine Reihe von Publikationen zu den Themen Armut, soziale Sicherheit und Wohlfahrtsstaaten veröffentlicht. Sie ist auch als Beraterin für die OECD und die Europäische Kommission tätig.

Schauen wir nach Polen, zu Elżbieta Tarkowska. Sie ist Professorin für Soziologie und Leiterin der Forschungsgruppe zur Armut an der polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, Polen. Ihre Studien konzentrieren sich auf die Gegenwart und die Vergangenheit der Armut in Polen, auf die Lebensmodelle armer Familien sowie auf die Kinderarmut und die Themenbereiche Bildung und Armut sowie Frauen und Armut.

Zu Frankreich: Jeanne Dietrich ist Referentin für Beschäftigung und Wohnungsbau in der Abteilung „Kampf gegen soziale Ausgrenzung“ bei der Organisation UNIOPSS in Paris, Frankreich. UNIOPSS bedeutet soviel wie „Nationale Union der Institutionen und Verbände im Gesundheits- und Sozialwesen“. Diese Organisation setzt sich für die Interessen der benachteiligten Menschen bei der Weiterentwicklung der Sozialpolitik ein und bemüht sich darum, diese Personen angemessen zu vertreten.

Damit komme ich schließlich zu Großbritannien. Ich habe Großbritannien gesagt, nicht England! Marion Mac Leod arbeitet für die Organisation „Children in Scotland“ in Edinburgh, Schottland. Ihre Schlüsselaktivitäten konzentrieren sich auf die politische

Beratung und die Information der Mitglieder des schottischen Parlamentes sowie anderer politischer EntscheidungsträgerInnen, mit der Absicht die Regierungspolitik und die Gesetzgebung zum Vorteil für Kinder und deren Familien zu beeinflussen.

Es tut mir Leid, dass wir weniger Zeit haben, als ursprünglich angenommen. Was ich gerne machen würde, ist, zunächst drei Kernfragen zu stellen. Ich habe darüber bereits mit den Personen auf dem Podium gesprochen.

1. Welche Schwerpunkte der Kinderarmut und des Kindeswohls wurden in Ihrem Workshop diskutiert?
2. Welche politischen Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut in den verschiedenen EU-Ländern, die Sie kennen, halten Sie für besonders Erfolg versprechend und warum?
3. Sind Sie der Meinung, dass diese Ansätze auf die EU oder zumindest in einige weitere Mitgliedsländer übertragen werden können? Wenn nein, warum nicht ? Wenn ja: welche Institutionen und Methoden sollten dabei vor allem einbezogen werden? Brauchen wir eventuell weitere Instrumente?

Für die dritte Frage möchte ich Sie kurz über einige der vorhandenen Instrumente informieren. Ein Element des so genannten „tool kit“, das auf EU-Ebene vorhanden ist, wurde heute zu Beginn des Nachmittags schon von Jana Hainsworth erwähnt – die NGOs. Diese sind sehr aktiv, sie haben gründliche Analysen in ihren Bereichen durchgeführt und im Jahr 2006 nationale Berichte über die soziale Ausgrenzung und über die Einhaltung der Kinderrechte erstellt. Die NGOs sind daher ein Instrument, das im Rahmen der EU verfügbar ist.

Ein weiteres Tool sind die kleinen Treffen, bei denen einige wenige Länder, etwa jeweils sechs bis neun Länder, eine bestimmte Politik diskutieren. Ein bestimmtes Thema, wie Obdachlosigkeit zum Beispiel oder eine bestimmte Fragestellung, etwa: Wie fördert man Kindertageseinrichtungen? Das wird von den Ländern und von den teilnehmenden ExpertInnen bei diesen Treffen diskutiert. Das Ziel ist es, von einander zu lernen und möglicherweise mit neuen Ideen und Vorstellungen zurückzugehen. In Ungarn wurde nach einem solchen Treffen beispielsweise eine politische Reform angestoßen, die durch die Diskussionen während des Treffens inspiriert wurde. Das ist also ein weiteres Instrument.

Es gibt daneben verschiedene Netzwerke unabhängiger ExpertInnen in verschiedenen Bereichen, auch zur sozialen Ausgrenzung. Ich leite beispielsweise ein Netzwerk, das sich speziell mit gesellschaftlicher Ausgrenzung beschäftigt. In diesen Netzwerken gibt es mindestens einen Experten oder eine Expertin aus jedem einzelnen Mitgliedsstaat plus Kroatien, Mazedonien und der Türkei. Jeder von ihnen erstellt einen unabhängigen Bericht

auf der Grundlage von Richtlinien, die wir als Gruppe erarbeitet haben und aufgrund deren Expertise. Auf der Grundlage dieser Einzelberichte erstellen wir schließlich einen analytischen Gesamtbericht, dieser geht anschließend an die Kommission. Der Bericht, den wir zurzeit schreiben, wird die nationalen Berichte über die soziale Ausgrenzung, den jedes Land im vergangenen September eingereicht hat, unabhängig bewerten.

Ein weiteres Beispiel für die Instrumente, die auf europäischer Ebene zur Verfügung stehen, sind die so genannten Task Forces. Das sind Arbeitsgruppen, die sich aus nationalen Vertretern und unabhängigen ExpertInnen zusammensetzen. So ist auch der EU-Bericht über Kinderarmut entstanden. Das Ziel dieser Arbeitsgruppen ist es, so tief wie möglich in die Analyse zu gehen, bestimmte Probleme zusammen zu erkennen und sehr genaue Empfehlungen vorzulegen, die dann von allen 27 Staaten übernommen werden. Der Bericht über Kinderarmut zum Beispiel wurde von allen EU-Mitgliedern angenommen. Es ist dadurch eine Art offizielles Dokument, auf das Sie sich auch beziehen können, wenn Sie Lobbyarbeit machen.

So, verschiedene Instrumente und Möglichkeiten habe ich erwähnt. Nun möchte ich Bea erst einmal bitten, mit diesen 3 Fragen zu beginnen.

Bea Cantillon:

Die Aspekte, die in meinem Workshop diskutiert worden sind, drehten sich vor allem um „good practices“ und um die Möglichkeiten der Politik in Europa, wie man Kinderarmut bekämpfen kann. Ich glaube, es gab zwei Hauptschlussfolgerungen. Die erste ist: Um bei Strategien gegen die Kinderarmut erfolgreich zu sein, müssen die Bemühungen sehr tiefgreifend und bedeutsam sein. Die Bemühungen müssen konzentriert werden auf soziale Sicherheit, auf sozialen Schutz und natürlich auch auf Beschäftigungsstrategien. Die zweite Schlussfolgerung - das ist etwas enttäuschend da Sie nach „best practices“ fragen - ist: Was funktioniert und was nicht funktioniert, hängt vom Kontext ab, von der Architektur der jeweiligen nationalen sozialen Systeme. Es hängt von der Geschichte ab, vom Arbeitsmarkt, von der Politik und so weiter. Daher ist es schwierig, „best practices“ oder empfehlenswerte politische Maßnahmen zu identifizieren. Was in einem Land erfolgreich ist, muss nicht unbedingt in einem anderen Land erfolgreich sein.

Ich möchte auch noch einmal auf einen Sachverhalt hinweisen, den wir im Workshop diskutiert haben und an das anknüpfen, was am frühen Nachmittag gesagt wurde: Es ist eine Tatsache, dass wir zwar viele Daten und Analysen haben, aber trotzdem nicht viel darüber wissen, was in den letzten 10, 20 oder 30 Jahren passiert ist. Alle unsere europäischen Regierungen haben sich auf europäischer Ebene dem Kampf gegen die Kinderarmut verschrieben. In den letzten Jahrzehnten hat sich in den meisten Jahren die Zahl der arbeitenden Bevölkerung erhöht, es gab einen Anstieg von Sozialausgaben - mehr oder

weniger, nicht so wie in den 50er oder 60er Jahren -, aber es gab einen wesentlichen Anstieg der Sozialausgaben, der Staatsausgaben. Trotzdem haben wir keinen Fortschritt gesehen im Hinblick auf weniger Kinderarmut im Land. In vielen Ländern gibt es stattdessen die Tendenz, dass sich die Kinderarmut noch vergrößert. Das bedeutet, dass wir in den letzten Jahrzehnten Möglichkeiten vergessen haben, dass wir wichtige Lösungsansätze aus den Augen verloren haben.

Die Zukunft wird im wirtschaftlichen Kontext voraussichtlich weniger gute Voraussetzungen für Strategien im Kampf gegen Kinderarmut bieten. Es wird möglicherweise in den nächsten Jahren sehr schwierig: die demographische Lage wird sehr ungünstig sein und die Möglichkeiten für die Regierungen, weiterhin Sozialausgaben für Kinder zu erhöhen, werden schwieriger werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das war die Frage, die in unserer Gruppe diskutiert wurde: Was sollte in der Zukunft getan werden, um erfolgreicher zu sein? Aber in einem Kontext, der schwieriger sein wird als in der Vergangenheit. Die Frage blieb ohne Antwort.

Eric Marlier:

Sehr kurz hinsichtlich der Möglichkeit des Politik-Transfers in der EU: Glauben Sie, wir sollten an neue Instrumente denken oder ist das derzeitige „tool kit“ auf europäischer Ebene ausreichend?

Dr. Bea Cantillon:

Ich glaube, dieses „tool kit“ ist okay, hinsichtlich der Instrumente, die wir haben. Was fehlt, ist ein wahrhaftiger politischer Wille in den Staaten, um Fortschritte zu machen. Wir sprechen über Anti-Armuts-Strategien, aber der Wille dazu ist nicht wirklich ernsthaft vorhanden.

Eric Marlier:

Danke. Jeanne?

Jeanne Dietrich:

Unser Workshop hat sich mit dem Thema „Teilhabe“ beschäftigt. Wir haben versucht, einige gute Beispiele zu sammeln, „good practices“, die sich auf alle Länder anwenden lassen. Wir haben zunächst die Teilhabemöglichkeiten in Frankreich betrachtet und überlegt, was auf andere Länder übertragen werden könnte. Als Teilhabe haben wir die Einbeziehung der Menschen, die Armut erleben, in die politischen Entscheidungsprozesse verstanden. Dazu gehört in Frankreich, dass die Nicht-Regierungs-Organisationen Möglichkeiten schaffen, dass diese von Armut betroffenen Menschen sich über ihr Wissen austauschen

können und dass sie ihr Wissen auch vergrößern können. Das wäre das erste. Zweitens begünstigen die Nicht-Regierungs-Organisationen diesen Austausch auf allen Ebenen: lokal, national und EU-weit. Diese Beispiele von den guten Erfahrungen in Frankreich könnten übertragen werden auf andere Länder.

Ein anderes Beispiel kam aus Belgien. In Belgien gibt es in den einzelnen Bundesstaaten ein bestimmtes Budget für kleine Städte. Den lokalen Behörden wird auf diese Weise Geld zur Verfügung gestellt, dass sie weiterleiten, können an bestimmte Menschen, damit diese sich sozial und kulturell beteiligen können, damit sie aktiv sein können. Und das funktioniert.

Diese Maßnahmen bergen jedoch auch eine gewisse Gefahr. Menschen, die von Armut betroffen sind, könnten sich gedemütigt fühlen. Sie treten offen als Arme in Erscheinung und werden zunächst durch ihre Armut wahrgenommen, nicht als „normale" Individuen, die gerne zur Gesellschaft gehören möchten, die kulturell oder sozial aktiv sein wollen. Diese Stigmatisierung wäre eine Gefahr. Aber generell ist es, denke ich, ein gutes System, das vielleicht auch auf andere Länder übertragen werden kann.

Wir haben im Workshop über diese Beispiele aus Frankreich und Belgien gesprochen und haben dabei allerdings feststellen müssen, dass so etwas in Spanien zum Beispiel nicht funktionieren würde, weil in Spanien die Solidarität auf dem Familienverband beruht. Und da wäre es eine unannehmbare Demütigung, zu öffentlichen Behörden zu sagen: Wir sind arm. In Spanien ist es so, dass die Familie die Verantwortung übernehmen muss, um innerhalb des Familienverbandes Armut zu identifizieren und zu bekämpfen.

Eric Marlier:

Eine kurze Nachfrage. Wenn Sie von dem Beispiel aus Frankreich oder Belgien lernen wollen, das übertragen möchten auf andere Länder, dann stellt sich die Frage: Wie kann man das verbreiten? Ist es die Aufgabe der Länder, das zu verbreiten, ist das die Aufgabe der EU oder soll es direkt von den NGOs ausgehen? Belgien hat eine gute Idee mit den Fonds, Frankreich macht das toll mit den Treffen der von Armut betroffenen Menschen auf verschiedenen Ebenen. Ja, aber wie kann man diese Maßnahmen verbreiten?

Jeanne Dietrich:

Um ehrlich zu sein, ich weiß nicht, wer diese Aufgabe übernehmen sollte. Möglicherweise durch die Peer-Groups, die das dann weitertragen; vielleicht auch durch die internationale NGO-Zusammenarbeit, wo das diskutiert und weitergetragen werden kann.

Eric Marlier:

Danke. Ms. Tarkowska?

Prof. Dr. Elzbieta Tarkowska:

Unsere Gruppe war eine deutsch-polnische Gruppe, Hauptthema waren die Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf Kinderarmut. Der Arbeitsmarkt kann dabei verschieden betrachtet werden, zum Beispiel spielen Probleme wie Arbeitslosigkeit oder wenig Arbeit eine Rolle. In Polen zum Beispiel hat die Arbeitsmigration der Eltern verschiedene Auswirkungen auf Kinderarmut, auf jeden Fall aber führt sie auch zu sozialer Ausgrenzung und sozialer Diskriminierung der zurückgelassenen Kinder. Man spricht in Polen von den „europäischen Waisenkindern", etwa 100.000 Kinder sind auf diese Weise von ihren Eltern verlassen. Das ist ein Beispiel der Auswirkung von Arbeitsmarktverhältnissen auf Armut und auf Ausgrenzung.

In Polen kann man die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf Kinderarmut sehr gut sehen, und zwar in ganz klaren Dimensionen. Erstens: Arbeitslosigkeit in den Familien führt zu einem geringen Einkommen und damit natürlich zum Anwachsen des Armutsrisikos auch für die Kinder. Zweite Ebene der Auswirkung von Arbeitslosigkeit ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen, in der Altersgruppe von 16 bis 19 oder 20 Jahren. In dieser Altersgruppe ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Das Problem der jungen Arbeitslosen ist, dass diese Situation den Start in das Erwachsenenleben erschwert. In Polen fehlt dagegen die ethnische Dimension der Kinderarmut oder zumindest wird dieser Aspekt kaum betrachtet.

Wir haben diese Probleme im Workshop diskutiert. Der schwierige Zugang zum Arbeitsmarkt in einigen Regionen in Polen findet sich auch durchaus in Deutschland. Die Bedingungen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind wohl auch in Deutschland ein Thema, sie wirken sich schließlich auch auf die Kinderarmut aus. Ein zunehmendes Problem in Deutschland wie auch in Polen ist die Armut trotz Arbeit, das Mindestlohnproblem, die zum Teil sehr geringen Löhne, flexible Teilzeitjobs und befristete Verträge. Auch die Integration der jungen Menschen in den Arbeitsmarkt ist ein wichtiges Thema, sowohl in Polen wie auch in Deutschland.

Wie kann man diese Probleme angehen, wie kann man sie verringern? Das Beispiel Polen zeigt Folgendes: Über 15, 20 Jahre hatten wir eine hohe Arbeitslosigkeit und es gab viele Projekte, um das anzugehen. Es gab viele Initiativen, viele Organisationen, die sich darum gekümmert haben, dass junge Leute wieder Arbeit bekommen und Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Verschiedenste Zielgruppen wurden unterstützt, um wieder Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen. Aber nur die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der Beitritt Polens in die Europäische Union hat wirklich eine Veränderung gebracht, alle Initiativen seien dahingestellt - die wirkliche Veränderung kam erst durch die wirtschaftliche

Verbesserung und die EU-Mitgliedschaft Polens. Das drückte das Niveau der Arbeitslosigkeit. Natürlich gibt es dennoch gute Erfahrungen aus der Arbeit der Organisationen.

Ein weiteres Beispiel aus Polen weist auf ein anderes Problem hin: Wir brauchen eine öffentliche gesellschaftliche Debatte über Armut, damit das kein Tabuthema ist, damit eine Integration und eine Teilhabe der Kinder möglich ist, damit die Kinder selbst Entscheidungen mit formulieren und mit tragen können. Das muss erst angeregt werden, diese öffentliche Debatte existiert im Grunde noch gar nicht. Kinderarmut ist zumindest in Polen ein „unsichtbares“ soziales Phänomen. Danke schön.

Eric Marlier:

Marion?

Marion MacLeod:

Ich denke, ich beginne mit dem Ende unserer Diskussion, denn das ist eigentlich die grundlegende Frage, nämlich die Frage nach dem Kinderrecht: ein Kind hat das Recht und den Anspruch, nicht in Armut aufzuwachsen.

Auf europäischer Ebene sollten wir ganz klar Position beziehen: Was sind die Kinderrechte und wie können sie durchgesetzt werden, damit die entsprechenden Themen angegangen werden können? Welche Methoden, welche Strategien brauchen wir dafür? Da sind wir sehr in die Diskussion gekommen und haben uns sehr auf die Bildungsaspekte konzentriert. Wir waren uns einig, dass ein frühes Eingreifen im Vorschulalter erforderlich ist. Das ist am effektivsten für die Entwicklung des Kindes. Dadurch kann man am ehesten eine soziale Ausgrenzung verhindern. Dafür reicht aber die Betreuung der Kinder allein nicht aus, sondern es bedarf wirklicher Vorschulbildung.

In Schottland beginnt das mit dem 3. Lebensjahr des Kindes, in anderen Ländern vielleicht etwas später. Die Unterstützung der Kinder sollte jedoch sehr früh beginnen und die Eltern sollten mit einbezogen werden, damit sie ihre Kinder entsprechend fördern können. Die Einbeziehung der Eltern ist ein ganz wichtiger Punkt, denn sie besitzen im Grunde das Potenzial, dem Kind eine positive Richtung zu weisen. Dafür müssen sie auch von Seiten der Gesellschaft entsprechend wertgeschätzt werden.

Wir haben auch das Gender-Thema behandelt. Es ist so, dass die Frauen auf dem Arbeitsmarkt noch oft benachteiligt werden, trotz der Tatsache, dass die Mädchen bei Bildungsvergleichen in den Schulen insgesamt besser abschneiden, in allen Schultypen, von der frühen Kindheit bis hin zur Universitätsbildung. Wir haben heute früh von Dominic Richardson gehört, dass wir alle bisher noch nicht besonders erfolgreich gewesen sind mit der Umsetzung der Theorie, dass Beschäftigung das Problem der Kinderarmut lösen würde.

Doch dass ist nicht so, die Beschäftigungspolitik ist nur ein Teil der Lösung. Sie ist nicht besonders effektiv in Bezug auf die Verringerung der Kinderarmut oder auf die Verhinderung der sozialen Ausgrenzung von Kindern. Es geht jedoch um Ermutigung, darum die Leute zu motivieren, dass sie von der Sozialhilfe zu bezahlter Arbeit wechseln. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die EU da bestimmte Richtungen vorgeben und Einfluss nehmen kann. Sie sollte auch bestimmte Bildungsziele festsetzen und dafür eintreten, dass Kinder durch Bildung wieder Zugang zu bestimmten Lebensbereichen erhalten. Man müsste klare Ziele setzen und durch eine finanzielle Unterstützung von Seiten der EU-Ebene könnten entsprechende Maßnahmen in den einzelnen Ländern angestoßen werden. Zum Beispiel bei dem Ziel, die Armut bis 2020 zu beenden - da muss die EU eben entsprechend motivieren.

Information ist ebenfalls wichtig. Es gibt so viele Statistiken und Datensammlungen, aber was haben diese Zahlen nun miteinander zu tun? Wie ist es mit materieller Armut, mit den Unterkunftsbedingungen? Hier ist es wichtig, dass wir europaweit gute Definitionen bekommen: Wo sind die eigentlichen Probleme, die wir bekämpfen müssen? Man kann natürlich den Menschen gegen materielle Armut einfach mehr Geld geben, aber wir müssen auch die Informationen weitergeben, die wir gesammelt haben. Wir müssen uns zusammentun und uns immer wieder auch treffen, um entsprechend Informationen austauschen und Aufklärung betreiben zu können.

Eric Marlier:

Herr Dr. Nees, möchten Sie noch etwas hinzufügen? Eigentlich wollte ich, dass Sie mit der 4. Frage anfangen. Möchten Sie gern noch etwas dazu sagen?

Dr. Albin Nees:

Ich würde gern einiges sagen zu der Problematik, beispielhafte Maßnahmen auf andere Länder zu übertragen.

Eric Marlier:

Okay. Ganz kurz in zwei Minuten, bitte.

Dr. Albin Nees:

Also, ich habe meine Schwierigkeiten mit dieser Definition: Was ist Armut? Wir gehen doch im Allgemeinen inzwischen davon aus, dass jemand arm ist, der weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens in einem Land bezieht. Wenn die Politik herginge und alle heraussuchen würde, die zu dieser Gruppe gehören und dann mit einem großen Kraftakt diese Menschen auf die 60 Prozent-Grenze heraufsetzen würde, damit sie an dieser Grenze sind und nicht mehr als arm gelten. Hätten wir dann noch Armut im Land oder nicht?

Bei uns in Deutschland ist die Diskussion so - wir haben das heute mehrfach gehört - dass man sagt, 2 Millionen Kinder leben von Leistungen der Sozialhilfe. Da ist das Sozialhilfegesetz selber gemeint und das zweite Sozialgesetzbuch, in Deutschland Hartz IV genannt. Diese Menschen gelten als arm. Bei diesen Leistungen wird jedoch genau das gemacht, was ich gesagt habe: Wir stocken auf bis zu den 60 Prozent - dann ist eigentlich laut Definition niemand mehr arm, weil er dieses Geld hat. Und trotzdem bezeichnen wir ihn weiter als jemanden, der zu der Gruppe der Armen gehört.

Ich wollte jetzt darauf hinweisen, dass das deutsche Sozialhilferecht für mich vorbildlich wäre, um da zu einer Lösung zu kommen. Unser Sozialhilferecht sagt nämlich: Aufgabe der Sozialhilfe ist es erstens, den Bedarf zu decken, das heißt, dem Menschen das zu geben, was er braucht. Zweitens, ihn zur Selbsthilfe zu befähigen. Das ist genau das, was wir jetzt immer wieder gehört haben. Es genügt nicht, jemandem Geld zu geben, sondern es muss auch sichergestellt werden, dass er befähigt wird, sich selbst zu helfen. Drittens, dass er in der Lage ist, am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen, also nicht isoliert ist, sich nicht ausgeschlossen fühlt und so weiter. Und viertens, dass er ein menschenwürdiges Leben führen kann. Menschenwürde verlangt von vornherein, dass jemand in einem reichen Land nicht arm sein darf, dass er teilhaben können muss an dem, was zum Üblichen in einem solchen Land gehört.

Und ich meine, das wäre die bessere Definition als die 60 Prozent-Definition, allerdings müssten wir uns danach, oder vielleicht schon vorher, darauf einigen, dass derjenige nicht mehr als arm bezeichnet werden kann, der alle diese Leistungen bekommt: Bedarfsdeckende, selbsthilfebefähigende, die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft ermöglichende und ein menschenwürdiges Leben sichernde Leistungen. Danke.

Eric Marlier:

Danke für die Zeiteinhaltung. Wir fangen keine Debatte an über die Terminologie und wie wir das berechnen. Ich glaube, das ist interessant, aber wir haben jetzt nicht die Zeit dafür.

Können wir zur nächsten Frage übergehen, weil ich auch Ihre Ansicht dazu wissen möchte? Die 4. Frage, da bitte ich um nur eine Minute, um die Diskussion anzuregen. Es geht um die gemeinsamen Herausforderungen bei der Bekämpfung der Kinderarmut. Was sind die gemeinsamen Herausforderungen? Hat die EU eine Schlüsselrolle zu spielen beim Kampf gegen Kinderarmut? Und wer sollte den politischen Stimulus geben, sollten das die Mitgliedsstaaten sein, das EU-Parlament? Eine Minute. Gemeinsame Herausforderungen.

Bea Cantillon:

Es gibt viele gemeinsame Herausforderungen, aber da ich nur eine Minute habe, nehme ich nur eine: Bildung. Ich glaube, dass Bildung die wichtigste gemeinsame Herausforderung ist. Es gibt in allen Mitgliedesstaaten, denen es gut geht, noch nicht unbedingt die gleichen Bildungsmöglichkeiten. Es gibt Länder, bei denen geht das besser als bei anderen. Wir in Belgien, Flandern z.B., schauen gern nach Finnland. Die Pisa-Statistik sagt, dass Finnland das relativ gut macht, besser als die anderen Länder, aber es ist nicht klar, warum Finnland besser ist als die anderen Länder. Der einzige Grund ist möglicherweise, dass Finnland eine spezielle Geografie hat und das Bildungssystem in Staaten wie Finnland anders arbeitet als das Bildungssystem z.B. in Berlin. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich große Herausforderungen finden. Wir müssen herausfinden, wie wir Bildungssysteme gestalten können, die gleiche Möglichkeiten für alle Kinder bieten.

*Jeanne Dietric*h:

Wir konzentrierten uns auf „good practice“, das war die belgische Praxis. Ein Staat gibt Geld, um Teilhabe zu finanzieren. Das kann eine Rolle sein, die die Mitgliedsstaaten übernehmen müssen: Geld zu geben, um gemeinsame gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Ich glaube jedoch auch, dass Bildung die wichtigste Frage ist.

Prof. Dr. Elżbieta Tarkowska:

Gleiche Möglichkeiten für Kinder. Wir in Polen haben dieses Problem nicht gelöst. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Die zweite Sache: Die Kinderrechte. Das ist glaube ich verbunden mit dem Fakt, dass man Kinder auch ernst nimmt. Welche Rolle sollte die EU in diesem Kontext haben? Ich glaube, in verschiedenen Staaten sind Kinderrechte in der Theorie vorhanden, aber man muss immer dahinter sehen, wie die Praxis wirklich aussieht.

Eric Marlier:

Ich weiß nicht, fangen wir eine Debatte an oder nicht? Ich weiß es nicht. Marion, wie sieht es aus?

Marion MacLeod:

Kinderrechte und Bildung sind fundamental, sind wesentlich miteinander verbunden. Ich glaube, dass es wichtig ist, wie wir dafür Geld ausgeben und auch, wie wir Bildung auf effektive Art und Weise vermitteln. Hier kann man schauen, wie das andere EU-Mitglieder machen, wie z.B. Dänemark, wo es eine kostenfreie Vorschulausbildung gibt. Wir haben 10 Jahre Schulpflicht, die kostenfrei ist. Das löst nicht unbedingt das Problem der Kinderarmut. Wir müssen das Problem lösen, bevor sie 3 Jahre sind, bevor sie also mit 3 Jahren diesem System beitreten. Sie müssen wirklich aktiv teilnehmen können und auch Nutzen aus der

Bildung, die ihnen angeboten wird, ziehen können. D.h. es müssen effektive Ziele eingeführt werden, um die Familien zu unterstützen, nicht einfach irgendwelche hochtrabenden Ziele. Es muss eine effektive, wirksame Bildung angeboten werden. Das hat etwas mit der Qualität und auch mit Erfahrung zu tun.

Dr. Albin Nees:

Ich unterstütze genau das, was wir jetzt gehört haben von der Unterstützung der Familien, weil das der beste Weg ist, zu erreichen, dass die Kinder selbsthilfefähig werden. Das wichtigste Kinderrecht ist im Übrigen das Recht der Kinder auf Erziehung und Bildung. Die Kinder sollen sich zu einer eigenverantwortlichen und solidarischen Persönlichkeit entwickeln können. In dieses Ziel muss sehr viel Kraft und auch Geld investiert werden, und ich glaube, das ist der richtige Weg.

Eric Marlier:

Ich habe eine fünfte Frage, aber wir haben nur bis fünf Uhr Zeit und vielleicht möchte noch jemand aus dem Publikum etwas sagen. Wie ist Ihre Antwort auf die gemeinsamen Herausforderungen? Möchte jemand etwas sagen?

Vielleicht möchte jemand etwas über die fünfte Frage wissen, da geht es um die Finanzkrise und den Einfluss auf Kinder. Sollen wir zu dieser Frage übergehen oder wollen Sie etwas sagen? Oder wollen Sie etwas vervollständigen zu der Diskussion, die in Ihrem Workshop stattgefunden hat? Niemand? Dann ist das bisher Gesagte also eine perfekte Reflektion von dem, was Sie denken, das ist ja hervorragend!

Ich glaube, dann gehen wir über zu der fünften und letzten Frage. Diese Frage beschäftigt sich - wie schon gesagt - mit der Finanzkrise. Ich erwarte keine Lösung von Ihnen, aber ich möchte einige Fragen stellen: Wie bewerten Sie den Einfluss der aktuellen Entwicklungen auf Kinder und Familien? Wie kann man den Einfluss der Finanzkrise auf die Kinder messen? Welche kurzfristigen Indikatoren zur Ermittlung der Veränderungen sind verfügbar oder sollten geschaffen werden? Welche speziellen Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach von den Mitgliedsstaaten ergriffen werden, um diesen Auswirkungen entgegenzutreten?

Dr. Bea Cantillon:

Ich weiß wirklich nicht, wie die Wirkung der Finanzkrise auf die Situation der Kinder sein wird. Ich kann nur einige Überlegungen anstellen, ausgehend von dem, was wir wissen. Erstens sollte man sich auf arme Familien konzentrieren, Zweitens: arme Familien mit Kindern sind von der Finanzkrise in der ersten Runde nicht so betroffen. Was passieren könnte, ist, dass Familien und Kinder als Konsequenz der Finanzkrise von steigender

Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Das ist etwas, was passieren könnte und was möglicherweise passieren wird. Und um zu Ihrer zweiten Frage zu kommen bezüglich der Indikatoren: Ich glaube nicht, dass wir neue Indikatoren brauchen. Arbeitslosigkeit ist der größte Indikator, den wir für so etwas haben. Und wir sollten uns darauf konzentrieren und sollten uns diesen Indikator in den nächsten Monaten und Jahren anschauen. Das ist alles, was ich zu dieser Frage zu sagen habe. Alles andere sind Spekulationen.

Eric Marlier:

Ich habe die Frage zu den kurzfristigen Indikatoren deshalb gestellt; weil das auch heute morgen erwähnt wurde: Wir haben ziemlich gute Indikatoren, um das Einkommen zu messen, aber das Problem ist, dass die sich auf Zeiträume beziehen, die 2 oder 3 Jahre zurück liegen. Wir brauchen jetzt ein zeitnahes Monitoring der Situation. Und ich weiß, dass die Kommission und die Mitgliedsstaaten begonnen haben, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Dass man registrierte Daten hat, verfügbar auf Städteebene oder Ebene der Länder oder des Landes insgesamt, weil diese Daten aktueller sind und wir zeitnah kontrollieren und den Einfluss der Krise auch feststellen können. Das ist einfacher, wenn man das mit Daten macht, die nur ein, zwei Monate alt sind.

Jeanne Dietrich:

Wir stimmen alle zu, dass wir keine klare Vorstellung haben, welchen Einfluss und welche Auswirkungen genau die Finanzkrise auf die Situation der Kinder haben wird. Aber ich denke an zwei Maßnahmen oder Messwerte, um den Einfluss zu messen. NGOs stellen in den letzten 2 Monaten mehr und mehr Lebensmittel zur Verfügung. Das sind Daten, die belegt sind. Das zweite ist, dass es mehr und mehr Leute gibt, die ihr Haus, ihre Wohnung verlassen müssen. Das sind ebenso ganz einfache Daten.

Prof. Dr. Elzbieta Tarkowska:

Ich sehe auch den Einfluss der Finanzkrise dahingehend, dass die Arbeitslosigkeit erhöht wird - ein indirekter Einfluss auf die Situation in Bezug auf Kinderarmut. In Polen zum Beispiel erheben wir jeden Monat Daten bezüglich der Arbeitslosigkeit. Wir haben sehr genaue Daten bezüglich der Arbeitslosigkeit, das ist ein guter Indikator dieser Situation.

Marion Mac Leod:

Ich glaube, Wohlfahrtspolitik und Sozialleistungspolitik sollten sich mit der Beschäftigung befassen und man sollte sich auch mit der Zukunft befassen. In vielen Ländern wird der Weg verfolgt, dass die Menschen aus der Armut herausgebracht werden, wenn sie nur auf den Arbeitsmarkt gelangen. Aber da gibt es viele potenzielle Einflüsse,

nicht nur die gegenwärtige finanzielle Krise. Man muss auch sekundäre Auswirkungen sehen. Manche Unternehmen werden ihren Geschäftssitz verlegen in andere Teile der Welt, aber das ist eine andere Frage. Wir müssen uns jedoch auch mit anderen Ansätzen beschäftigen.

Sie haben. gesagt, dass Menschen ihre Wohnung verlassen müssen. Wir müssen uns mit den kurzfristigen Folgen beschäftigen, wir müssen uns zum .Beispiel mit der Kriminalität beschäftigen, die die Armut hervorruft. Ich habe mich heute Morgen mit einer Studie beschäftigt über Kriminalität in Großbritannien. 1,4 Mio. Pfund werden pro Jahr ausgegeben für die Kriminalitätsbekämpfung. Das hat natürlich auch einen Einfluss auf Kinderarmut.

Wir müssen uns natürlich auch mit den wirtschaftlichen Kosten der Krise beschäftigen. Dadurch ergeben sich weitere Argumente, damit man effektiver in anderen Feldern wird, obwohl nur begrenzte Mittel vorhanden sind.

Dr. Albin Nees:

In Zusammenhang mit der Finanzkrise kommen mir drei Gedanken. Der erste: Ausgelöst wurde die Finanzkrise durch die Immobilienfinanzierungskrise in den Vereinigten Staaten von Amerika. Europäische Banken haben in großem Umfang dort investiert, um große Gewinne zu machen. Die Familienverbände sagen seit langem, dass die beste Investition die ist, in Familien zu investieren, in die Bildung, Ausbildung und Erziehung von Kindern. Das ist zukunftsträchtig und man fällt damit nie herein.

Der zweite Gedanke: Das ist jetzt etwas sehr bedenkliches. Ich kann hier das deutsche Beispiel nehmen. In Deutschland hat die öffentliche Hand 1,5 Billionen Euro Schulden, also 1500 Milliarden Euro Schulden. Jetzt kommen durch die Bankenkrise 100 Milliarden sofort dazu, möglicherweise 500 Milliarden. So etwas gab es noch nie. Und die Kinder und Enkel sind diejenigen, die das zu büßen haben, die das zurückzahlen müssen.

Und der dritte Gedanke ist wieder ein positiver: Wenn es gelingt, 500 Milliarden - jetzt rede ich wieder von Deutschland - zur Verfügung zu stellen zur Bewältigung einer solchen Krise, dann muss es doch auch möglich sein, einen Teil dieses Geldes zur Verfügung zu stellen zur Bewältigung der demographischen Krise, vor der wir stehen, die uns ja in eine demographische Katastrophe führen kann. Das ist die dritte Lehre, die, glaube ich, positiv ist. Die PolitikerInnen sollten das merken.

Eric Marlier:

Gut, vielen Dank. Nun ist das Publikum dran.

Peggi Liebisch:
(Verband alleinerziehender Mütter und Väter, AGF, Berlin)

Die persönliche Krise der Familien in Deutschland liegt schon ein Jahr zurück, da wurde nämlich die Mehrwertsteuer deutlich erhöht, was auch bedeutete, dass die Familien in ihrer Konsumkraft eingeschränkt wurden. Das heißt, wir brauchen in der Tat keine neuen Indikatoren, um zu messen, sondern in der Regel wird durch jede Art von Krise oder jede Art von Steuererhöhung die Kaufkraft oder der Aktionskreis der Eltern, und automatisch auch der Kinder, eingeschränkt. Ich wollte nur kurz darauf hinweisen: Wir haben eine Kampagne zur Mehrwertsteuer entwickelt, die wir auch europaweit führen. Wenn man sich die Reaktion der Regierung auf die Finanzkrise ansieht: Was wird gemacht? Es werden die Steuern gesenkt für diejenigen, die Autos kaufen. Die Autoindustrie wird gestützt, auch wieder mit Milliardenbeträgen, teure Konsumartikel werden von der Steuer befreit. Artikel für Kinder werden dagegen in der Mehrwertsteuer erhöht. Das heißt, da sind die Prioritäten auch vollkommen falsch. Wir wenden uns mit unserer Kampagne dagegen, die Mehrwertsteuer und die Steuern überhaupt für Familien immer weiter zu erhöhen und andererseits die Wirtschaft zu stützen – durch die Förderung derer, die bereits wirklich das Geld zur Verfügung haben, um an dieser Wirtschaft teilzunehmen und sie kaufkräftig zu unterstützen.

Wir möchten auch noch einmal für diese Mehrwertsteuerkampagne werben, damit wir europaweit erreichen, dass die Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder generell gesenkt wird auf den jeweiligen Mindestwert, der für Verbrauchsartikel oder für Lebensmittel gilt. In einigen Ländern ist das ja der Fall. Darauf wollte ich hier noch einmal ihre Aufmerksamkeit lenken.

Eric Marlier:

Danke sehr. Irena?

Irena Topinska:
(Centre for Economic and Social Research, CASE, Warschau)

Ich will jetzt nicht auf die Frage antworten, da bin ich mir nicht sicher. Aber was ist mit den Indikatoren, mit dem kurzfristigen Monitoringsystem? Ich denke, ein Kriterium ist die Arbeitslosigkeit. Dann kann man auch die SozialhilfeempfängerInnen oder auch die BewerberInnen um Sozialhilfe betrachten, auch daran erkannt man die Auswirkungen der Finanzkrise. Das war ja die Idee: Welche Kriterien zeigen auf, dass die Finanzkrise einen Einfluss hat? Was auch erhoben werden kann - für einige Kinder zumindest - ist die Anzahl der Kinder, die bestimmte Aktivitäten einschränken. Etwa, dass sie nicht mehr in Ferienlager mitfahren oder bestimmte Freizeitaktivitäten, die sie sich nicht mehr leisten können, reduzieren. Ich denke, das kann man erheben, das wäre noch meine Idee.

Eric Marlier:

Andere weitere Kommentare oder Fragen? Dominic?

Dominic Richardson:
(Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, Paris)

Ich möchte darauf eingehen, was Frau Topinska gesagt hat. Als die finanzielle Krise begonnen hat, haben wir vor allen Dingen gemerkt, dass bestimmte Sachen begrenzt wurden, dass z.B. weniger Reisen unternommen wurden, auch für Kinder. Das sind sicher Kurzzeitindikatoren. Ansonsten könnte man die gleichen Modelle verwenden wie für die Voraussagen in Bezug auf die verschiedenen Familientypen. Bestimmte demographische Erhebungen können ja zeigen, wie die Armutsrate sich verändert, wenn sich die Beschäftigungsbedingungen positiv verändern. Warum sollten wir nicht zumindest voraussagen können, was mit der Armutsrate passiert, wenn jetzt nur noch einer in der Familie arbeitet oder wenn gar keiner mehr in der Familie arbeitet? Also sozusagen die andere Richtung.

Noch einmal ein anderes Thema: ich wollte die Kollegin aus Schottland hier noch mal unterstützen in der Werbung für die Vorschulbildung. Das ist wirklich eine gemeinsame Herausforderung. Allerdings spreche ich nicht so gerne von Zielen. Ziele werden oft manipuliert. Und es werden von den Regierungen wiederum die Maßnahmen bevorzugt, mit denen man die Ziele am schnellsten erreichen kann. Da muss man also aufpassen. Die Hauptherausforderung für die EU sind Indikatoren. mit denen man ermitteln kann: Wie geht es denen besser, die wirklich ganz unten stehen? Wenn wir etwas für ein Kind tun, ist es vielleicht nicht gut für ein anderes. Aber auf jeden Fall liegt der Schwerpunkt ganz klar auf der Vorschulbildung.

Geert Jørgensen:
(Børnesagens Fællesråd - Joint Council for Child Issues, Kopenhagen)

Ich will nicht noch mehr Indikatoren nennen, aber wenn wir über eine Möglichkeit der Verbesserung der Situation für die Kinder sprechen, dann bin ich einverstanden, dass Bildung der wichtigste Faktor ist. Es ist aber sehr essentiell daran zu denken, dass, wenn wir einen Weg finden, wenn wir zum Beispiel die Eltern mit einbeziehen, dass wir dann trotzdem ganz verschiedene Schritte einleiten. Wie können wir während der Einbeziehung der Eltern gleichzeitig auch darauf achten, wie die Bildung verbessert wird, wie die Vorschulbildung verbessert wird? Wir haben an sich ein sehr gutes Bildungssystem, aber in Pisa schneiden wir schlecht ab. Also können wir nicht einfach sagen: Okay, mehr Geld dorthin. Wir müssen diese verschiedenen Maßnahmen immer nebeneinander her verfolgen und koordinieren, sonst ist es dann wieder nur eine Geldfrage oder eine Geldkonzentration auf eine Sache. Wenn Kinder einem Risiko ausgesetzt sind, muss man wirklich ein großes Spektrum an

Maßnahmen betrachten, damit letztendlich ein flexibles Instrumentarium existiert, mit dem man jedem Kind gerecht werden kann.

Eric Marlier:

Möchten Sie noch irgendwelche Kommentare geben oder haben Sie noch Fragen?

Kajsa Dahlström
(Globeträdet – Globetree, Stockholm):

Ich denke, die Finanzkrise spiegelt sich in der Situation der Kinder in Schweden zum Beispiel darin wider, dass viele Leute Häuser besitzen und die Aufnahme und Rückzahlung von Krediten nun schwieriger wird. Natürlich regen sich die Leute sehr auf, wenn sie arm werden, wenn sie bedroht sind, wenn sie Kredite nicht mehr nehmen können. Dann fühlen sie sich auch als arme Menschen. Sie könnten natürlich auch lernen von denen, die vorher schon in dieser Situation waren, und vielleicht gibt es dann eine Art Verbrüderung zwischen dieser Schicht der Armen und jener Schicht der Armen. Vielleicht gibt es da auch Chancen. Jede Krise hat auch ihre positiven Auswirkungen. Es könnte tatsächlich ein Dialog mit den Ärmsten zustande kommen, um voneinander zu lernen.

Eric Marlier:

Das ist noch einmal ein sehr positiver Abschluss dieser Diskussion. Ich möchte Ihnen ganz herzlich danken für die Kommentare, die Fragen von Ihnen und für die Anregungen von denen, die auf dem Podium mit uns gesprochen haben. Ich würde mich freuen, Sie alle bei nächster Gelegenheit wiederzusehen!

Schlussplädoyer: Kinder brauchen Zukunft!

Kajsa Dahlström,
Globeträdet, Stockholm

Ich würde gern ohne Mikrofon sprechen, aber das geht leider wegen der Übersetzung nicht. Damit Sie mich alle verstehen, habe ich mir dieses Mikrofon mit hier runter genommen. Ich mag es nicht, dort oben am Pult zu stehen, und ich erkläre Ihnen auch, warum ich das nicht mag. Ich bin Schauspielerin. Und wenn Sie eine Schauspielerin hinter so ein Pult stellen, dann wird sie sehr nervös. Sie sollen den ganzen Körper sehen, auch wenn er nicht schön aussieht, aber Sie sollen einfach alles von mir sehen. Das ist der Grund.

Ich bin sehr glücklich darüber, eingeladen worden zu sein, um hier das Schlussplädoyer zu halten. Meine Papiere sind endlos, ich würde morgen noch hier stehen, wenn ich alles sagen würde. Ich fühle mich auf jeden Fall sehr, sehr geehrt, zu dieser Konferenz eingeladen worden zu sein. Ich habe es auch sehr geschätzt, hier überall zuhören zu können. Ich werde nach Hause fahren und viel von dem weitergeben, was ich heute erfahren habe. Mir ist fast so, als ob ich mehrere Tage hier gewesen wäre.

Ich möchte Ihnen ganz kurz etwas zu meinem Werdegang sagen. Schon als ich jung war, wusste ich, dass ich Schauspielerin werden wollte. Ich entschied mein Leben, als ich 16 war. Im Hinterkopf hatte ich immer zwei Fragen, die ich mir stellen wollte, bevor ich sterbe. Die erste Frage: Hast du das gemacht, was du machen solltest? Ja. Und hast du das so gut gemacht, wie du es konntest? Ja. Okay, und dann könnte ich sterben. Mehr oder weniger war das meine Lebensabsicht. Als ich die Schule beendet habe, habe ich überlegt, was ich jetzt mache. Ich ging nach Nord- und Südamerika, nach Indien und Afrika, ich bin herumgereist, habe fotografiert und habe dabei selbst oft von nicht mehr als einem Dollar pro Tag gelebt. Man trifft dabei viele Menschen, die wissen, was man machen muss, um mit einem Dollar pro Tag zu überleben. Wir haben viel von diesen jungen Menschen gelernt, auch Großzügigkeit. Wie wenig sie auch hatten, sie haben alles mit uns geteilt. Sie haben Kokosnüsse gepflückt, sie sind fischen gegangen und wir haben nachgedacht über die Traditionen und Gewohnheiten in unserem eigenen Land, in Schweden. Durch die Interaktion mit diesen Menschen lernt man, dass man von sehr wenig leben kann, verglichen mit dem, wovon man in Schweden lebt.

Als wir zurückgekommen sind, haben wir über unsere Erfahrungen in anderen Ländern Theateraufführungen für Kinder und Erwachsene gemacht, auch zusammen mit Kindern, die aus anderen Staaten, wie der Türkei oder Südamerika, nach Schweden gekommen sind. Unsere Theatergruppe blieb jeweils für etwa eine Woche in den Gemeinden und spielte für Kinder und Erwachsene in Schulen und anderswo. Die Aufführungen basierten auf unseren

Erfahrungen mit Kindern aus den Ländern, die wir bereisten und wir haben Kinder mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund eingeladen, sich daran zu beteiligen. Wir hatten viel Spaß zusammen! Die schwedischen Kinder sagten dann: „He, du, aus der Türkei und du aus Bolivien, macht ihr die gleichen Sachen in euren Ländern wie wir hier in der Aufführung?“ In vielen Schulen gab es Spannungen zwischen den schwedischen Kindern und den Kindern aus anderen Ursprungsländern. Es gab viele Vorurteile, wie „die riechen schlecht und sehen komisch aus“. Aber plötzlich lag der Schwerpunkt auf einem positiven Miteinander und dem Voneinanderlernen, so ist viel passiert in den Gemeinden. Die Schwedische Internationale Entwicklungsbehörde hat eine Untersuchung darüber durchgeführt, welchen Einfluss unser Theater in den Gemeinden hatte, mit denen wir zusammengearbeitet haben. Das war ein sehr großer Einfluss, aber als unsere Ergebnisse der Regierung vorgestellt wurden, gab es lediglich eine emotionslose Antwort ohne Begeisterung. Im Theater ist Begeisterung wichtig – in der Regierung offenbar eher nicht. Wir mussten also eine völlig andere Sprache lernen – die Sprache der Bürokratie. Wir haben damals Papiere und Statistiken vorgelegt, aber man ändert die Menschen nicht wirklich, indem man ihnen Dokumente, Fakten und Zahlen vorlegt. Warum zahlen Menschen viel Geld, um Bruce Springsteen, Madonna oder andere Künstler zu sehen? Weil sie auf irgendeine Art und Weise davon berührt werden und das gemeinsame Erlebnis noch lange danach anhält. Wir müssen die Zahlen und die Fakten mit den Emotionen verbinden, damit zumindest einige unserer Anliegen in den Köpfen und Herzen der Menschen bleiben.

Einige Monate nach den Aufführungen besuchten wir nochmals dieselben Schulen, so dass die Kinder Zeit hatten, über das gemeinsame Erlebnis nachzudenken. Dabei wurden uns viele Fragen gestellt. Eine Frage von einem kleinen, 8-jährigen Mädchen hat uns wirklich tief bewegt und diese Frage hat eigentlich mein ganzes Leben verändert.

Das Mädchen fragte: „ Kann ich eine Frage stellen?“

„Ja, natürlich kannst du eine Frage stellen.“

„Glaubst du wirklich, dass wir eine Zukunft haben?“

Erst nach langer Zeit sagte ich: „Ich glaube, wir hätten das Theaterstück nicht gemacht, wenn wir nicht an die Zukunft glauben würden.“ Und sie rannte an mir vorbei und sagte: „Ich dachte, die Erwachsenen hätten aufgehört, an die Zukunft zu glauben“.

Wie Sie schon mitbekommen haben, stehe ich gerne auf der Bühne. Aber nachdem ich das kleine Mädchen getroffen hatte, fühlte ich, dass es an der Zeit war, die Bühne stattdessen den Kindern zu überlassen und selbst Publikum zu werden. Als ich zuhörte, was die Kinder uns mitteilen wollten, erkannte ich, wie viel sich seit meiner eigenen Kindheit verändert hat. Als ich Kind war, war für mich die Zukunft einfach gegeben, sie war da. Ich habe nie darüber nachgedacht. Aber was passiert mit den Kindern einer gesamten Generation, wenn sie nicht

das Gefühl haben, dass es eine Zukunft gibt? Wenn du nicht an die Zukunft glaubst, warum solltest du dann Mathe lernen, warum sollst du überhaupt etwas lernen?
Das hat heute für uns höchste Priorität: wirklich zuzuhören, was ein Kind sagt. Das Globe Theatre ist heute der Globetree und ein Treffpunkt für Künstler, Wissenschaftler, Politiker und andere, um den Kindern zuzuhören und von ihnen zu lernen. Die Kinder sind dabei frei bei der Wahl, wie sie ihre Sorgen mitteilen möchten. Wir haben erlebt, dass in der Gesellschaft viel über Kinder gesprochen wird, aber wir sprechen selten mit ihnen als gleichwertige Partner. Auch in diesem Raum gibt es keine Kinder - bis auf die, die wir selbst ganz tief in uns tragen. Wir haben sie nicht hier, aber wir sprechen über sie. Von meinen Erfahrungen ausgehend weiß ich sicher, wenn Sie Kinder hier hätten und diese Kinder auf die Bühne bitten und sie würden uns erzählen, was es heißt, in Armut zu leben – dann hätte diese Veranstaltung eine völlig andere Wendung genommen als die, die wir ihr jetzt gegeben haben. Wenn wir ihren eigenen Erfahrungen zugehört hätten, dann würden wir anders sprechen, anders miteinander interagieren: „Erinnerst du dich, was der- oder diejenige gesagt hat?“, „Gibt es nicht doch einen Weg, wie wir die Probleme irgendwie zusammen lösen könnten?“ Hier im Raum ist so viel geballtes Wissen. Wir haben viele Statistiken und ich weiß, wie schwierig es ist, Statistiken zusammenzustellen. Wir haben viele Leute hier in diesem Raum, die direkt mit Kindern zusammen arbeiten. Wir haben so verschiedene Sichtweisen, um diesen Diamanten zu betrachten. Und wenn wir auch die Kinder hier hätten, würden sie uns dazu anregen uns zu fragen: Was können wir tun? Wie können wir das Problem lösen? Dann hätten wir die Energie und auch den Wunsch, zu handeln. Die Kinder würden uns die Gewissheit verschaffen, dass wir etwas tun müssen. Die Fragen wären auch viel lebhafter. Die Köpfe und die Herzen würden zusammenarbeiten – die innere und die äußere Umgebung wären vereint.
In Nairobi wurden wir zu den Vereinten Nationen eingeladen. Globetree wurde gebeten, dort eine Eröffnungszeremonie für ein internationales Ministertreffen vorzubereiten. Wir haben mit Kindern mit ganz verschiedenen Lebenserfahrungen zusammengearbeitet, Kinder aus den Slums, Straßenkinder, Aids-Opfer, aber auch Mittelklasse-Kinder. Jede dieser Gruppen konnte dabei eine Botschaft an die Vereinten Nationen übermitteln. Globetree hat ihnen geholfen, alle Teile zu einer gemeinsamen Aufführung zusammenzufügen. Überall konnte man Tränen sehen. Auch bei mir, und ich bin es eigentlich gewöhnt, Kinder zu sehen; ich habe schon vieles gesehen. Aber auch ich habe geweint. Und dann habe ich Mr. Töpfer, den Chef dieses Programms, gefragt: „Schauen Sie mal, jeder weint.“
Er sagte: „Ja, ich auch.“
„Das hat man nicht oft bei den Vereinten Nationen.“
„Nein, das ist sehr selten.“

Und ich fragte: „Wie können wir dafür sorgen, diesen Moment zu nutzen? Wir sind alle bewegt von den Kindern, wie kann man das festhalten?“
„Machen Sie einen Vorschlag“, antwortete Mr. Töpfer.
Ein paar Wochen später schlugen wir vor: Lasst uns unter einem großen Baum treffen, wo sich die EntscheidungsträgerInnen und die Kinder austauschen können. Die Einweihung fand im September 2001 statt, es war ein wunderschöner Akazienbaum nahe am Wasser. Seitdem haben viele solcher Treffen unter diesem Baum stattgefunden. Diese Idee fand Verbreitung in anderen Ländern und viele Bürgermeister haben so einen Treffplatz direkt neben dem Rathaus, wo sie sich mit Kindern treffen und diskutieren. In Soweto, in Johannesburg, Südafrika, gibt es so einen Kinderbaum. Margot Wallström, sie ist zurzeit Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, nahm damals dort an einem Treffen mit den Kindern teil. Sie war sehr gerührt, zusammen mit den Kindern dort zu sitzen. Sie sagte: „Dieses Treffen mit euch hat mein Leben verändert. Ihr habt mein Herz berührt. Ich verstehe jetzt euer Leben hier in Soweto.“ Nach dem Treffen wollte sie so einen Treffpunkt auch bei der Europäischen Kommission haben. Im März dieses Jahres haben wir diesen Platz eingerichtet und Margot Wallström sagte bei der Einweihung: „Bitte, nutzt diesen Platz jetzt.“ Und dazu möchte ich Sie auffordern: Nutzen Sie diesen Ort! Einen Ort, wo die Kinder sprechen. Auf dem Boden vor der Europäischen Kommission in Brüssel steht jetzt ein Baum, das ist der Kindertreffpunkt. Hier können sich die europäischen EntscheidungsträgerInnen von Angesicht zu Angesicht mit Kindern treffen und von ihren Erfahrungen lernen. Jeder von uns kann die Kinder unterstützen so dass sie in der Lage sind, sich auszudrücken und ihre Sorgen zu teilen. Lassen Sie uns die Erfahrungen der Kinder mit unseren Handlungen verbinden!
Das ist etwas, was wir gemeinsam tun können. Keiner von uns, egal, wie fähig er ist, ist in der Lage, das Problem der Kinder zu lösen. Wir müssen zusammenarbeiten! Das ist auch der Hintergrund für die internationalen Zukunftstreffen, die Globetree im Jahr 1986 ins Leben gerufen hat. Und nun sagen die Kinder: Das ist wie eine Weltmeisterschaft der Zusammenarbeit, was wir machen. Genau das ist es, das ist eine wundervolle Betrachtung. Die Kinder haben das Ziel, dass diese Weltmeisterschaft der Kooperation im Jahr 2020 so groß und so berühmt wird wie die Olympischen Spiele. Warum nicht! Wenn wir das wollen, dann können wir das schaffen! Die Weltmeisterschaft der Kooperation beginnt mit den Sorgen und Gedanken der Kinder. Was sie denken, ist wichtig, das steht im Mittelpunkt. Sie arbeiten zusammen und versuchen, gemeinsam Lösungen zu finden. Wir laden PolitikerInnen dazu ein, die Kinder zu unterstützen und mit Ihnen gemeinsam etwas aufzubauen. Es ist schön zu sehen, wie die Politiker ihre Mäntel und Krawatten ablegen und den Hammer in die Hand nehmen um praktische Lösungen für die Ideen und die Träume eines Kindes zu finden. Diese Zusammenarbeit zwischen PolitikerInnen und Kindern ist sehr

erfolgreich. In Schweden gab es dieses Treffen 2006, 2008 fand die Weltmeisterschaft der Zusammenarbeit in Kampala, Uganda statt. 2010 wird es in Kuala Lumpur, Malaysia sein und 2012 wollen wir dieses Treffen in Brüssel haben und Europa dort vereinen. 2014 wird es in Ecuador sein. Im Jahr 2020 wollen wir bei den Vereinten Nationen sein.

Es ist also wichtig, Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen Kindern und Erwachsenen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Berufen zu finden. Wenn wir so große Probleme wie Armut angehen wollen, müssen wir wirklich zusammen arbeiten.

Was ich noch vermisse sind die Medien. Medien sind sehr wichtig, sie gehören in diese Gruppe mit hinein. Was immer wir hier sagen und was immer wir hier machen und erreichen – unsere guten Ideen müssen von den Medien aufgegriffen werden, andernfalls bleibt alles hier im Raum.

Bei dem nächsten Treffen, das Sie vorbereiten, hoffe ich, werden Sie beide Gruppen einladen, sowohl die Kinder als auch die Medien.

Ich hoffe auch, dass es uns gelingt, ein Forum zu finden, wo wir uns gegenseitig unterstützen können, wo wir voneinander Hilfe bekommen und wo wir alle diese guten Ideen und „best practices“ umsetzen können, das ganze Wissen, das wir haben. Ich habe vorhin in den Unterlagen von Dominic Richardson gelesen, was Gordon Brown, der britische Premierminister, gesagt hat: „Kinder sind 20 Prozent der Bevölkerung, aber sie sind 100 Prozent unserer Zukunft“. Das gefällt mir. Das ist ein weiterer Grund für uns, sie einzuladen und nicht nur über sie zu sprechen.

Ein Junge von der Straße hat einmal zu mir gesagt: „Du sprichst so viel. Du stellst so viele Fragen. Warum kommst du nicht einfach mit mir mit und schaust dir das selbst an?“ Er nahm meine Hand und wir sind einfach drei oder vier Stunden durch sein Wohngebiet gelaufen. Und dabei sah ich Sachen, die ich niemals mehr vergesse.

Wir sprechen hier über ganz andere Probleme. Ich gebe Ihnen einen Vergleich mit Kenia, mit meinen Jungs, mit denen ich dort arbeite. Ich habe anfangs mit fünf Jungen gearbeitet, zwei wurden inzwischen erschossen. Die Polizei hat ganz einfach das Problem gelöst, indem sie sie erschossen hat. Einer ist zurzeit im Gefängnis, einen habe ich versucht, in Uganda zur Schule zu bringen. Wenn in Schweden ein Kind erschossen werden würde, dann wären die Zeitungen über Monate voll von dieser Tragödie. In Kenia kümmert das niemanden.

Auf nationaler Ebene sind wir vergleichsweise weit vorangekommen. Und wir haben einen Standard, der mir etwas Hoffnung und Inspiration gibt, dass wir tatsächlich einiges erreichen können. Lasst uns die Hände reichen, um alle Möglichkeiten zu ergreifen, die wir haben - gemeinsam!

Fazit und Ausblick auf die Fachtagung 2009

Peggi Liebisch
Geschäftsführerin Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V., AGF, Berlin

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als Eltern, als VertreterInnen aus Verbänden, Instituten und Lobbyorganisationen sind wir im Allgemeinen der Auffassung: „Für die Kinder nur das Beste". Dafür arbeiten und kämpfen wir in den unterschiedlichsten Kontexten und Organisationen, national und international. Ob unsere Regierungen oder die EU das Beste für unsere Kinder wollen, haben wir heute angesichts der hohen Anteile armer Kinder in den Mitgliedsstaaten in Frage gestellt.

Dass es in Europa längst nicht selbstverständlich ist, allen Kindern die besten Entwicklungsmöglichkeiten zuteil werden zu lassen, haben uns sowohl die Eingangsreferate als auch der Erfahrungsaustausch in den Workshops erneut deutlich vor Augen geführt. Überall in den europäischen Mitgliedsstaaten sind Kinder aus armen Familien benachteiligt – beim Zugang zu Bildung und Betreuung, bei der Gestaltung ihrer Freizeit und ihres Lebensumfeldes, bei ihren Sozialkontakten und ihren Mitspracherechten und nicht zuletzt auch oft in ihrer Gesundheit. Das Ausmaß der Benachteiligung und die Bereiche, in denen diese zum Tragen kommt, variieren von Land zu Land, doch das Problem der Kinderarmut und ihrer Folgen ist dennoch überall auffällig.

Es ist das Ziel dieser Veranstaltung, aus Ihren Diskussionen und Ihren Empfehlungen ein Positionspapier zu erstellen, das mit deutlichen Forderungen an die politischen Entscheidungsträger herantritt. Dabei stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, die unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedsstaaten zu berücksichtigen und dennoch tragfähige, europaweit gültige Ansprüche zu formulieren. Sie haben auf dieser Veranstaltung mit Ihren Beiträgen und mit Ihren Erfahrungen den Grundstein für dieses Positionspapier gelegt. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bei Ihnen bedanken! Wir werden an diesem Papier arbeiten und dabei sicher auch den Rat des einen oder anderen Teilnehmers dieser Veranstaltung hinzu ziehen.

Trotz der Fülle an Informationen und der anregenden Diskussionen im Rahmen dieser Konferenz hat ein wesentlicher Akteur im Kampf gegen die europäische Kinderarmut bei den bisherigen Auseinandersetzungen kaum eine Rolle gespielt – die EU selber.

Auf EU-Ebene steht das Thema Kinderarmut, wie Sie heute mehrfach gehört haben, durchaus auf der politischen Agenda. Auch in der EU-Kommission hat man die Bedeutung von 19 Millionen armutsgefährdeten Kindern erkannt. Die EU bemüht sich, ihre Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. So hat sie beispielsweise im Rahmen des Social Protection Committee, einer gemeinschaftlichen Einrichtung der Nationalregierungen und der

EU-Kommission, eine spezielle Arbeitsgruppe zur Kinderarmut installiert und das Thema auch für ein Europäisches Jahr vorgesehen, mit dem jeweils besondere politische Akzente gesetzt werden sollen. Das Jahr 2010 wird laut EU das Europäische Jahr für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sein. Der Startschuss für diese Kampagne fiel vor wenigen Wochen, am 16. Oktober, mit einem Treffen der europäischen SozialministerInnen in Marseille.

Wir begrüßen dieses Interesse am Thema Kinderarmut. Doch welchen Beitrag kann die europäische Ebene tatsächlich leisten? Welche politischen Leitlinien liegen dem Kampf der EU gegen Armut und soziale Ausgrenzung zugrunde? Wie sind die bisherigen Zielsetzungen und Methoden der Armutsbekämpfung auf EU-Ebene zu bewerten? Und in welchen Gremien sind geeignete Adressaten für kinder- und armutspolitische Forderungen zu finden?

Diese und weitere Fragen wollen wir auf unserer Folgeveranstaltung nächstes Jahr klären und die bisherige wie die zukünftige Rolle der EU bei der Beseitigung von Armut - speziell der Kinderarmut - genauer betrachten. Dabei wird es zum einen um die kritische Reflexion der EU-Politik zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gehen, aber auch um die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den sozial- und familienpolitisch aktiven NGOs auf europäischer Ebene sowie darum, gemeinsam effektive Lösungswege zu entwickeln.

Die Auseinandersetzung um die Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut soll dabei vor allem aus der Perspektive der Kinderrechtskonvention der UN erfolgen, zu der sich alle europäischen Staaten bekannt haben. Wir haben uns heute eingehend mit den strukturellen Nachteilen befasst, die in der Regel mit der Einkommensarmut einhergehen. Und es sind gerade diese Ausschlussmechanismen, die allzu oft in einem empfindlichen Widerspruch zu den in der UN-Charta verbrieften Kinderrechten stehen.

Unsere Konferenz im nächsten Jahr wird also - im Unterschied zu der heutigen Veranstaltung - stärker auf die EU als handelnder Akteur ausgerichtet sein und dabei neben der Wissenschaft und den NGOs auch die politische Ebene mit einbeziehen. Die EU-Mitgliedsländer sollen dabei ebenfalls zu Wort kommen. So werden sich im Rahmen eines „Europa-Cafés“ verschiedene Initiativen und Projekte, die direkt mit den von Armut betroffenen Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien zusammenarbeiten, vorstellen und über ihre Konzepte und Strategien berichten. Auch auf der Grundlage dieser „best-practice“-Modelle sollen die politischen Maßnahmen innerhalb der EU sowie deren Effektivität kritisch bewertet werden.

Bis dahin werden wir das Positionspapier zum Thema Kinderarmut in Europa fertig stellen, damit es den teilnehmenden EntscheidungsträgerInnen der EU-Gremien direkt übergeben werden kann.

Ihre Beiträge im Rahmen der heutigen Veranstaltung werden dafür das Fundament bilden. Als TeilnehmerInnen dieses vorbereitenden ExpertInnen-Treffens sind Sie bereits jetzt ganz herzlich zu unserer Konferenz 2009 eingeladen! Wir würden uns freuen, Sie wieder begrüßen zu können und gemeinsam mit Ihnen an unserem Ziel weiter zu arbeiten.

Europäisches ExpertInnentreffen

14. November 2008, Berlin

„Kinder brauchen Zukunft – Für ein Europa ohne Armut!“

Liste der Referentinnen und Referenten

(in der Reihenfolge ihrer Vorträge)

Frau Elisabeth Bußmann

Diplom der Erziehungswissenschaften,
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e.V. (AGF)
Leiterin der Heimvolkshochschule „Gottfried Könzgen“ und des Familien-pädagogischen Institutes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) in Haltern am See, bei Dortmund, Deutschland
Ihre Hauptaktivitäten liegen u.a. in der Familienerziehung und in ihrem politischen Engagemant für Familienangelegenheiten
Frau Bußmann ist Präsidentin des Familienbundes der Katholiken (FDK) und der Föderation der Katholischen Familienverbände in Europa (FAFCE) sowie Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

Elisabeth Bußmann
Heimvolkshochschule „Gottfried Könzgen“
Annaberg 40
45721 Haltern am See, Germany

Dr. Dominic John Richardson

Dr. der Sozialpolitik,
Politischer Analytiker für Kindeswohl bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris, Frankreich
Wirkte mit an verschiedenen Berichten über Kindeswohl und Kinderarmut für die OECD und für UNICEF. Momentan ist er Koordinator des von der OECD geleiteten wikichild-Projekts und Mit-Koordinator der UNICEF IRC-OECD Datenverbundsinitiative.

Dominic John Richardson
Social Policy Division, OECD
2, rue André Pascal
75775 Paris Cedex 16, France

Dr. Irena Topińska

Dr. der Volkswirtschaftslehre,
Leiterin der Forschungsabteilung Sozialpolitik am Zentrum für Sozial- und Wirtschaftsforschung CASE in Warschau, Polen
Sie arbeitet hauptsächlich in Forschung und Beratung auf dem Gebiet der Armutsmessung, der Ausgestaltung von Strategien zur Armutsverminderung sowie der Ausarbeitung und Überwachung von Sozialhilfemodellen in EWG, GUS und EU-Ländern

Dr. Irena Topińska
Centre for Social and Economic Research CASE
Sienkiewicza 12
00-010 Warsaw, Poland

Frau Jana Hainsworth

Bachelor of Science /Naturwissenschaften,
Generalsekretärin von Eurochild AISBL in Brüssel, Belgien.
Sie leitet das Eurochild-Netzwerk mit 70 Mitgliedern aus 27 Ländern in Europa das sich um die Rechte und das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen kümmert. Einer der Schwerpunkte ihrer Arbeit ist die Beobachtung und die Weiterentwicklung der Offenen Methode der Koordinierung im Hinblick auf die soziale Inklusion und den Sozialschutz aus der Perspektive der Kinderrechte. Zudem leitete sie dieses Jahr die alljährliche Konferenz über Kinderrechte und Kindeswohl in Budapest mit 180 Teilnehmern.

Jana Hainsworth
Eurochild AISBL
Avenue des Arts 1-2
1210 Brussels, Belgium

Herr Eric Marlier

Wissenschaftlicher Berater am CEPS/INSTEAD Forschungsinstitut in Differdange, Luxembourg.
Er wird regelmäßig als Berater für internationale Politik eingesetzt, vor allem bei der EU Kooperation für sozialen Schutz und soziale Eingliederung. Schwerpunkte seiner Forschung sind u.a. vergleichende sozio-ökonomische Analysen vor allem über Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung, der EU-Prozess Sozialschutz und soziale Eingliederung sowie die Umsetzung internationaler Studien. Herr Marlier leitete die EU Task-Force Kinderarmut und Kindeswohl, deren Bericht im Januar 2008 von der Europäischen Kommission und allen 27 EU Mitgliedländern gebilligt wurde.

Eric Marlier
CEPS/INSTEAD Research Institute
Rue Emile Mark 44 B.P.48 L
4501 Differdange, Luxembourg

Frau Marion MacLeod

Master of Arts in Neuerer Geschichte,
Beauftragte für Politik und Parlament für Kinder in Scotland, Edinburgh, Schottland.
Der Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Bereitstellung von Beratung und Informationen an Mitglieder des schottischen Parlaments und andere Entscheidungsträger und die Beeinflussung der Regierungspolitik zugunsten der Kinder und ihrer Familien.

Marion MacLeod
Children in Scotland
Princes House
5 Shandwick Place
Edinburgh EH2 4RG, Scotland

Frau Jeanne Dietrich

Fachberaterin für Beschäftigung Wohnungswesen in der Abteilung Kampf gegen soziale Ausgliederung der UNIOPSS in Paris, Frankreich.

UNIOPSS (Union Nationale Interfédérale des Oeuvres et Organismes Privés Sanitaires et Sociaux) setzt sich für die Interessen von benachteiligten Menschen bei der Ausarbeitung der Sozialpolitik ein und sorgt dafür, dass sie angemessen vertreten werden.

Jeanne Dietrich
UNIOPSS
15/17 rue Albert CS 21306
75214 Paris Cedex 13, France

Prof. Dr. Elźbieta Tarkowska

Master of Arts der Soziologie,
Professorin der Soziologie Leiterin der Forschungsgruppe Armut an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, Polen
Ihre Studien konzentrieren sich auf Polen, gestern und heute, Lebensgewohnheiten armer Familien, Kinderarmut, Bildung und Armut, Verweiblichung der Armut sowie qualitative Methodik bei der Armutsforschung. Für ihre Arbeit über Armut und soziale Ausgliederung bekam Frau Tarkowska Finanzierung vom Staatskomitee für wissenschaftliche Forschung.
Weiterhin arbeitet sie als Chefredakteur für die polnische Zeitschrift „Kultur und Gesellschaft“.

Elźbieta Tarkowska
Institute of Philosophy and Sociology
ul. Nowy Świat 72, pokój 120
00-330 Warszawa, Poland

Dr. Bea Cantillon

Dr. der Politik- und Sozialwissenschaften,
Prof. am Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Antwerpen, Belgien. Sie lehrt in den Bereichen Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat und publiziert international in einem weiten Spektrum zu Themen in Verbindung mit Armut, sozialer Sicherung und dem Wohlfahrtsstaat. Frau Cantillon hat darüber hinaus bereits als Beraterin für Organisationen wie die OECD und die Europäische Kommission gearbeitet. Sie ist im Forschungsausschuss der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS)

Bea Cantillon
Universiteit Antwerpen
Middelheimcampus M.A.206
Middelheimlaan 1
2020 Antwerpen, Belgium

Dr. Albin Nees

Dr. der Rechtswissenschaften
Politiker und Staatssekretär a.D. im sächsischen Sozialministerium in Dresden, Deutschland.
Er ist Präsident des Deutschen Familienverbandes (DFV) und Ko-Autor eines Lehrbuchs über die Sozialhilfe

Albin Nees
Deutscher Familienverband (DFV) e.V.
Luisenstr. 48
10117 Berlin

Frau Kajsa Dahlström

Theater und Hochschule für Dramatik,
Präsidentin von Globetree, einer Organisation, die sich auf Kinder konzentriert und versucht sie vor allem mit Kreativität zu mobilisieren und bei ihren Bemühungen zu unterstützen ihr Leben und ihre Lebensumfeld zu verbessern.
Frau Dahlström veranstaltet mehrere Programme weltweit, um Wege aufzuzeigen, wie Kinderrechte und Teilhabe gefördert werden können. Sie hat Globetree 1982 gegründet.

Kajsa Dahlström
Storkyrkobrinken 2, Old town
103 11 Stockholm, Sweden

Frau Peggi Liebisch

Verwaltungswissenschaftlerin,
Bundesgeschäftsführerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter.
Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Steuern, Frauen und Verbandspolitik.

Peggi Liebisch
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V.
Hasenheide 70
10967 Berlin, Germany